

Bayern in Zahlen

Ausgabe 9 | 2014



Statistiktage Bamberg | Fürth 2014

Regionale Disparitäten:
Lebensverhältnisse im Vergleich



Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit der entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos

ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählten anderen Publikationen (Informationelle Grundversorgung).

Kostenpflichtig

sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen.

Newsletter-Service

Für Themenbereich/e anmelden. Information über Neuerscheinung/en wird per E-Mail aktuell übermittelt.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik

Jahrgang 145. (68.)

Artikel-Nr. Z10001

ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis

Einzelheft 4,80 €

Jahresabonnement 46,00 €

Zuzüglich Versandkosten

Bildnachweis Umschlagseite 1

© Frank – Fotolia.com

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de

Telefon 089 2119-3205

Telefax 089 2119-3457

Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de

Telefon 089 2119-3218

Telefax 089 2119-3580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Erläuterungen

0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der
kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit

– nichts vorhanden

/ keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug

· Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder
nicht rechenbar

... Angabe fällt später an

X Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll

() Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der
Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann

p vorläufiges Ergebnis

r berichtiges Ergebnis

s geschätztes Ergebnis

D Durchschnitt

≙ entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den
Summen sind auf das Runden der Einzelposition
zurückzuführen.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das Motto „Vernetzung der vorhandenen Potenziale“ ist in aller Munde. Aus diesem Grund wurde im Februar 2013 das „Statistik Netzwerk Bayern“ gegründet. Mitglieder sind aktuell neben dem Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung die Otto-Friedrich-Universität Bamberg, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, das Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München, das Institut für Geographie und Geologie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg sowie die Universität Augsburg.

Das Netzwerk bildet eine Plattform für den gegenseitigen Austausch von Wissen und Erfahrung zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik und fördert die Zusammenarbeit durch gemeinsame Veranstaltungen und Projekte.

Von Anfang an war es auch eines der Ziele, Statistik aus der fachlichen Nische zu führen und ihre Bedeutung für Politik und Gesellschaft zu betonen. Was also lag näher als ein öffentliches Forum zu bieten, auf dem sich amtliche und wissenschaftliche Statistik austauschen, Anwender aus der Praxis zu Wort kommen und Medien wie Öffentlichkeit an der Diskussion teilnehmen können? Die „Statistiktage Bamberg|Fürth“ waren geboren, wesentlich getragen von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und unserem Amt.

Im Juli dieses Jahres wurde die zweitägige Veranstaltung bereits zum dritten Mal ausgetragen. Nach den „Methoden und Potenzialen des Zensus 2011“ und den „Ursachen und Folgen des demographischen Wandels“ widmete sie sich diesmal der Regionalstatistik und -forschung. Konkret lautete das Thema „Regionale Disparitäten: Lebensverhältnisse im Vergleich“. In vier Themenblöcken wurden verschiedene Aspekte dieses spannenden Felds diskutiert. Den Leserinnen und Lesern der „Bayern in Zahlen“ wollen wir das nicht vorenthalten und freuen uns, Ihnen eine Schwerpunktausgabe zu den Statistiktagen Bamberg|Fürth 2014 präsentieren zu dürfen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst



Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung



	Statistik aktuell
498	Kurzmitteilungen
	Beiträge aus der Statistik
511	3. Statistiktage Bamberg Fürth 2014 Regionale Disparitäten: Lebensverhältnisse im Vergleich
	Historische Beiträge aus der Statistik
537	Das Verhältnis von Stadt und Land im Wandel der Zeit
	Bayerischer Zahlenspiegel
541	Tabellen
550	Graphiken
	Neuerscheinungen
	3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



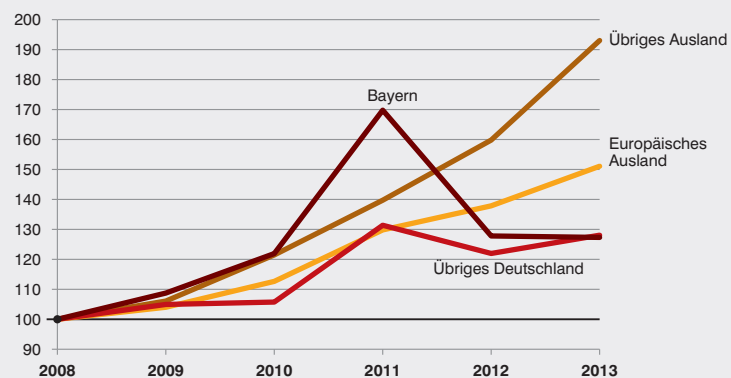
Bildung und Kultur

Zahl der Erstimmatrikulationen in Bayern 2013 weiter auf hohem Niveau

Die bayerischen Hochschulen verzeichneten im Wintersemester 2013/14 mit 355 915 Studierenden einen neuen Rekordwert. Die Zahl der Studierenden lag damit um 7,0% über dem vorangegangenen Wintersemester. 66 809 junge Menschen hatten erstmals ein Studium aufgenommen (+4,4%). Im gesamten Studienjahr 2013 (Sommersemester 2013 und Wintersemester 2013/14) betrug die Zahl der Erstimmatrikulationen 73 677 (+3,3%). Damit lag die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger zwar deutlich unter dem vor allem durch den doppelten Abiturientenjahrgang besonders hohen Wert des Studienjahres 2011 (85 867), bewegte sich aber im Vergleich zu den davor liegenden Studienjahren (2010: 64 749; 2009: 59 081) weiter auf hohem Niveau.

Der überwiegende Teil der Erstsemester waren deutsche Staatsbürger (58 770 oder 79,8%). Davon hatten 44 277 (75,3%) ihre Hochschulzugangsberechtigung in Bayern erworben, 13 572 oder 23,1% in einem anderen Bundesland und 921 im Ausland. Etwa ein Fünftel (14 907 oder 20,2%) der Erstimmatrikulierten besaß eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der überwiegende Teil dieser Studienanfänger hatte 2013 seine Hochschulzugangsberechtigung auch im Ausland erworben (12 582 oder 84,4%), etwa ein Achtel (12,3%) in Bayern.

Studienanfänger in Bayern seit 2008 nach Herkunft
jeweils Studienjahr (Sommer- und Wintersemester)
2008 = 100



Wie ein Vergleich mit dem Studienjahr 2008 zeigt, als der entsprechende Anteilswert noch bei 16,3% lag, hat die Attraktivität bayerischer Hochschulen für ausländische Studierende (im ersten Hochschulsemester) deutlich zugenommen. Dabei verdoppelte sich die Zahl der Studierenden aus dem außereuropäischen Ausland nahezu auf 6 320 (+93,0%), während der Anstieg aus dem europäischen Ausland nicht ganz so kräftig ausfiel (+51,1%).

Mit 40,3% war der Anteil der ausländischen Studienanfänger, die sich erstmals für ein sogenanntes MINT-Fach (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) einschrieben, 2013 insgesamt in etwa genauso hoch wie bei ihren deutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen. Allerdings schrie-

ben sich Ausländer hier deutlich häufiger an Universitäten (69,8%) ein als deutsche Studienanfänger, von denen etwa die Hälfte ihr MINT-Studium an einer Fachhochschule aufnahm. Besonders begehrt war dabei die TU München, an der sich 40,8% der ausländischen Studienanfänger in diesem Fächerbereich und insgesamt 20,5% aller Erstimmatrikulierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft inskribiert hatten.

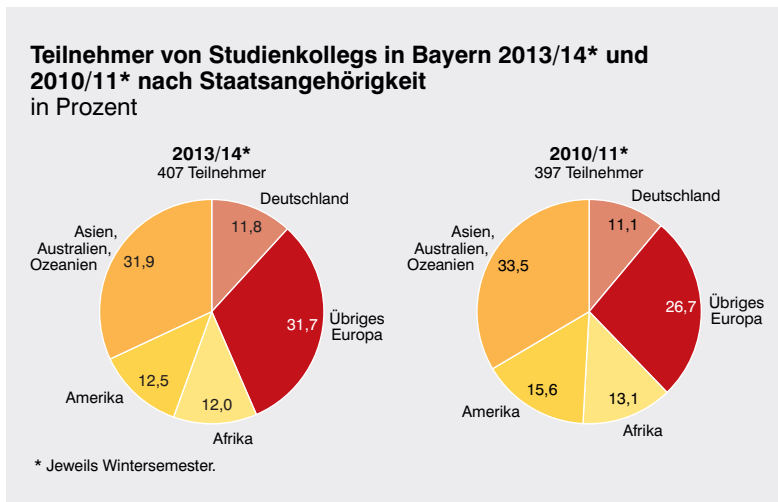
Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Studierende an den Hochschulen in Bayern – Wintersemester 2013/14 – Endgültige Ergebnisse“ (Bestellnummer: B31203 201300, Preis der Druckausgabe: 20,50 €).*

407 Studienkollegiaten in Bayern im Wintersemester 2013/14

Im Wintersemester 2013/14 waren an bayerischen Hochschulen 407 Studienbewerberinnen und -bewerber mit einer ausländischen Hochschulzugangsberechtigung immatrikuliert, die nicht als einem deutschen Abitur gleichwertig anerkannt ist. Diese Studienkollegiaten bereiten sich in den Studienkollegs bayerischer Hochschulen auf ein Fachstudium vor.

207 oder 50,9% der Studienkollegiaten waren Frauen. Im Wintersemester 1995/96 lag der Frauenanteil in den Studienkollegs noch bei 39,7%. Seit dem Wintersemester 1997/98 war immer mindestens die Hälfte der Kollegiaten Frauen, der höchste Wert war im Wintersemester 2001/02 mit 59,4% zu verzeichnen.

Die Studienbewerberinnen und -bewerber im Wintersemester 2013/14 stammten aus 74 verschiedenen Staaten. Unter ihnen waren auch 48 deutsche Staatsangehörige mit einer ausländischen Hochschulzugangsberechtigung, die sich in einem in der Regel zweisemestrigen fachspezi-



fischen Kurs auf die Prüfung vorbereiten, mit der festgestellt wird, dass sie über Kenntnisse auf Abiturniveau verfügen. 39 Studienkollegiaten sind albanische und 34 vietnamesische Staatsbürgerinnen und -bürger. Auf den nächsten Plätzen folgen russische (26) und marokkanische (18) sowie ukrainische (16) Staatsangehörige bzw. Kollegiaten.

Knapp ein Drittel (31,0%) der Kollegiaten – darunter 61,9% Männer – bereiten sich auf ein Studium

vor, das die Fachhochschulreife voraussetzt. 281 Kollegiaten wollen die deutschen Anforderungen entsprechende allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife erwerben. Diese Gruppe besteht überwiegend (55,9%) aus Frauen.



Soziales, Gesundheit

Neun von zehn Alleinerziehenden in Bayern sind Frauen

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, lebten 2012 im Freistaat knapp 1,3 Millionen Familien mit Kindern unter 18 Jahren, darunter waren knapp 219 000 Alleinerziehende (rund 17%). Knapp neun von zehn (89%) der Alleiner-

ziehenden mit minderjährigen Kindern waren Frauen. Das Familieneinkommen alleinerziehender Mütter mit minderjährigen Kindern lag im Jahr 2012 eher in den unteren Einkommensklassen der Mikrozensushebung. Knapp die Hälfte aller alleinerziehenden Mütter (47%) hatte ein mo-

natliches Nettoeinkommen von unter 1 500 Euro. Rund 13% mussten mit weniger als 900 Euro auskommen, gut 34% hatten immerhin 900 bis unter 1 500 Euro jeden Monat zur Verfügung. Höhere Einkommen mit monatlich 1 500 bis unter 2 600 Euro verzeichneten gut 39% und ein Einkommen von mehr als

2 600 Euro stand knapp 14 % für sich und ihre minderjährigen Kinder zur Verfügung. Alleinerziehende Väter hatten dagegen zu mehr als drei Viertel (gut 77 %) ein monatliches Einkommen von mehr als 1 500 Euro.

Gut zwei Drittel der alleinerziehenden Mütter sowie acht von zehn alleinerziehenden Vätern bestritten ihren Lebensunterhalt vorwiegend aus einer eigenen Erwerbstätigkeit. Für alleinerziehende Frauen stellten relativ häufiger auch Arbeitslosengeld I oder Leistungen nach

Hartz IV mit zusammen 15 % sowie Einkünfte von Angehörigen mit gut 5 % den überwiegenden Lebensunterhalt dar.

Von den aktiv erwerbstätigen alleinerziehenden Müttern in Bayern (ohne Beurlaubte wie z. B. durch Elternzeit) gingen gut 58 % einer Teilzeittätigkeit nach und knapp 42 % arbeiteten in Vollzeit. Bei den alleinerziehenden Vätern waren dagegen fast 93 % in Vollzeit beschäftigt und nur gut 7 % arbeiteten in Teilzeit.

Methodischer Hinweis:

Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, bei der jährlich rund ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland befragt wird. Um die ermittelten Befragungsergebnisse auf die Gesamtbevölkerung hochrechnen zu können, werden ausreichend strukturierte und fortgeschriebene Bevölkerungszahlen benötigt. Die vorliegenden Ergebnisse des Mikrozensus 2012 beruhen noch auf den Fortschreibungsergebnissen auf Basis der Volkszählung 1987. Eine Hochrechnung des Mikrozensus auf Grundlage der aktuellen Fortschreibung des mit Stichtag 9. Mai 2011 durchgeführten Zensus ist erst ab dem Mikrozensus 2013 vorgesehen.

Knapp 518 000 Kinder waren in Bayern 2014 in Kindertagesbetreuung

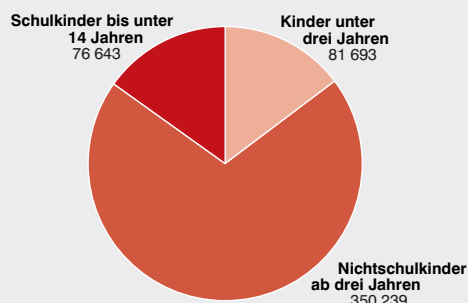
Am 1. März 2014 gab es in Bayern 8 989 Kindertageseinrichtungen, 240 mehr als im Vorjahr. In diesen standen 562 378 Plätze zur Verfügung (+4,4 %). Gestiegen ist auch die Zahl der betreuten Kinder: von 492 769 im März 2013 auf 508 575 im März dieses Jahres (+3,2 %).

Bei den Kindern unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen war ein Zuwachs von 72 562 auf 81 693 Kinder zu verzeichnen (+12,6 %), bei den Kindern ab drei Jahren, die noch nicht die Schule besuchten, von 345 694 auf 350 239 Kinder (+1,3 %). Bei den in Tageseinrichtungen betreuten Schulkindern stieg die Zahl der Kinder von 74 513 im letzten Jahr auf 76 643 (+2,9 %).

Zum Stichtag waren 91 269 Personen in den bayerischen Kindertageseinrichtungen tätig, davon 76 359 überwiegend im pädagogischen Bereich, was einer Zunahme des pädagogischen Personals von 7,8 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Kinder in Kindertageseinrichtungen in Bayern am 1. März 2014 nach Altersgruppen

Insgesamt: 508 575



In der öffentlich geförderten Kindertagespflege gab es insgesamt 10 692 Kinder, die von 3 258 Tagespflegepersonen (3 204 Tagesmütter und 54 Tagesväter) betreut wurden.

Verglichen mit dem Vorjahr wurden 89 Kinder weniger in der Tagespflege betreut (-0,8 %), bei den unter Dreijährigen lag der Rückgang bei 1,9 %. Die Zahl der Tagespflegepersonen sank von 3 390 im März

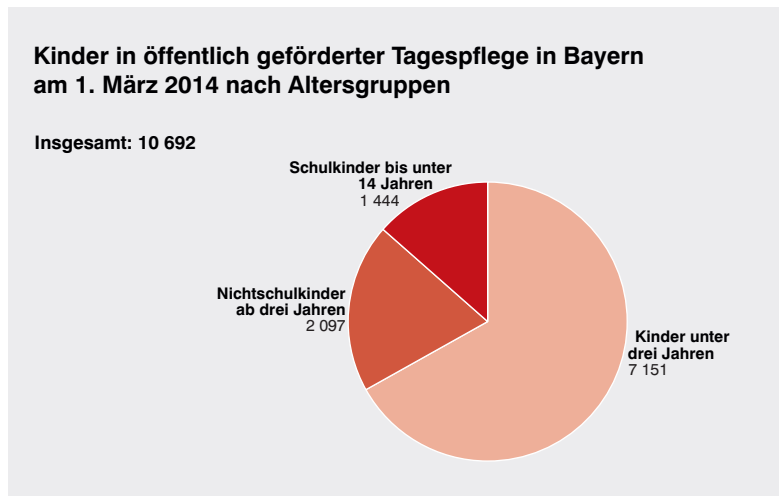
2013 auf 3 258 im März dieses Jahres (-3,9 %).

Insgesamt waren somit am 1. März 2014 in Bayern 517 855 Kinder (ohne Doppelzählungen) in Kindertagesbetreuung. Gegenüber den 502 134 Kindern im Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von 3,1 %. Bei den unter Dreijährigen war gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 11,3 % zu verzeichnen, nämlich von 79 714 betreuten Kin-

dem im März 2013 auf 88 700 im März dieses Jahres.

Damit lag die Betreuungsquote (Anzahl der betreuten Kinder je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe) der Kinder unter drei Jahren am 1. März 2014 in Bayern bei 27,6%, d. h. mehr als jedes vierte bayerische Kind unter drei Jahren war in Kindertagesbetreuung.

Die höchste Betreuungsquote mit 43,6% war in der Stadt Coburg zu verzeichnen, gefolgt vom Landkreis Coburg (43,4%) und der Stadt Erlangen (40,6%). Die niedrigste Betreuungsquote gab es im Landkreis Berchtesgadener Land (14,4%) gefolgt vom Land-



kreis Traunstein (16,6%), und dem Landkreis Ostallgäu (16,7%).

Methodischer Hinweis:
Zur Berechnung der Betreuungsquote wurde die Fortschreibung der Bevölkerung Stand 31. Dezember 2012 der Volkszählung 1987 verwendet.

BAföG-Ausgaben in Höhe von 434 Millionen Euro für Schüler und Studierende in Bayern 2013

2013 bezogen in Bayern 127 271 junge Menschen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Das entspricht einem Rückgang von 2,3% oder 2 983 Geförderten im Vergleich zum Vorjahr. Die Ausgaben für diese Ausbildungsförderung sanken leicht von 434,7 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 433,9 Millionen Euro im Jahr 2013 und damit um 0,2%.

Wie in den Vorjahren waren auch 2013 etwa 70% der Geförderten Studierende an Hochschulen (89 004). Ihre Zahl ging gegenüber dem Vorjahr um 1,0% zurück. Die Zahl der geförderten Schüler fiel um 5,1% auf 38 267 Personen. Der durchschnittliche Förderbetrag je Fall und Monat fiel indes im Jahr

2013 mit 436 Euro erneut höher aus als im Vorjahr (426 Euro). Nicht in allen Fällen erstreckte sich die Förderung auf das ganze Jahr. 2013 wurden in Bayern im Durchschnitt monatlich 82 908 junge Menschen durch das BAföG gefördert, darunter 60 391 Studierende. Bezogen auf die rund 311 566 Studierenden im Sommersemester 2013 entsprach das einem Anteil von 19,4%.

Insgesamt lebten 2013 in Bayern 31,1% der durch das BAföG Geförderten bei ihren Eltern. Studenten, die BAföG-Unterstützung erhielten, lebten mit 78,8% überwiegend außerhalb des Elternhauses. Im Fall der Schüler lebte dagegen mehr als die Hälfte (54,3%) noch bei den Eltern.

53 739 oder 42,2% der bayerischen BAföG-Empfänger erhielten 2013 eine Vollförderung. Der maximale Förderbetrag deckt den errechneten Gesamtbedarf in voller Höhe ab. Die Zahl der Teilgeförderten, bei denen Einkommen und/oder Vermögen auf ihren Bedarf angerechnet wurden, fiel gegenüber 2012 um 0,8% leicht ab, ebenso wie die Zahl der Vollgeförderten (-4,3%).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausbildungsförderung nach dem BAföG und dem BayAföG in Bayern 2013“ (Bestellnummer: K9100C 201300, nur als Datei).*

Leichter Anstieg der Fallzahlen in bayerischen Krankenhäusern 2013

Die Zahl der vollstationär behandelten Patienten (Fallzahl) betrug im Jahr 2013 rund 2,88 Millionen und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 27 220 (+1,0%). Parallel dazu nahm die Zahl der insgesamt angefallenen Behandlungstage um 3 704 auf 21,22 Millionen ab, was mit 0,02% Rückgang in etwa dem Stand der letzten beiden Jahre (2012 und 2011) entspricht. Der durchschnittliche Krankenhausaufenthalt blieb mit 7,4 Tagen unverändert.

Im Jahr 2013 standen in den 366 bayerischen Krankenhäusern 75 675 Betten für die stationäre Versorgung zur Verfügung, das sind 269 weniger als im Vorjahr. Die Auslastung der aufgestellten Betten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 76,4 auf 76,8%.

Seit 1991 stieg die Zahl der behandelten Patienten von fast 2,2 Millionen auf mehr als 2,8 Millionen, die Zahl der Belegungstage sank im gleichen Zeitraum jedoch um

21,9% von 27,2 Millionen auf 21,2 Millionen. Gleichzeitig verkürzte sich die durchschnittliche Verweildauer von 12,5 Tagen auf 7,4 Tage.

Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2013“ (Bestellnummer: A4200C 201300, nur als Datei).*

Bettenzahl und Patientenbewegung in bayerischen Krankenhäusern von 1991 bis 2013						
Jahr	Krankenhäuser insgesamt	Aufgestellte Betten insgesamt	Patientenbewegung ¹			
			Fallzahl	Berechnungs-/ Belegungstage	durchschnittl. Verweildauer	Nutzungsgrad der Betten
			Anzahl	Tage		%
1991	424	87 914	2 177 094	27 150 044	12,5	84,6
1992	421	87 318	2 243 193	27 042 539	12,1	84,6
1993	411	87 032	2 284 551	26 750 703	11,7	86,5
1994	410	87 021	2 342 743	26 495 982	11,3	83,4
1995	408	86 407	2 421 130	26 379 433	10,9	83,6
1996	406	85 609	2 459 269	25 724 153	10,5	82,1
1997	407	84 686	2 512 598	25 646 527	10,2	83,0
1998	409	84 230	2 586 709	25 790 075	10,0	83,9
1999	405	83 718	2 629 233	25 743 557	9,8	84,2
2000	406	83 484	2 661 234	25 531 675	9,6	83,6
2001	407	83 138	2 678 249	25 024 518	9,3	82,5
2002	400	82 540	2 668 938	24 400 575	9,1	81,0
2003	398	82 078	2 658 771	23 226 323	8,7	77,5
2004	387	79 674	2 550 443	21 597 421	8,5	74,1
2005 ²	385	80 077 ³	2 522 724 ⁴	21 312 162 ⁴	8,4 ⁴	75,2 ⁴
2006	381	76 182	2 529 978	21 052 305	8,3	75,7
2007	375	75 883	2 601 174	21 267 035	8,2	76,8
2008	379	75 499	2 674 573	21 311 376	8,0	77,1
2009	377	75 897	2 736 316	21 328 694	7,8	77,0
2010	373	75 789	2 762 631	21 284 761	7,7	76,9
2011	370	75 827	2 811 503	21 215 787	7,5	76,7
2012	369	75 944	2 856 218	21 222 170	7,4	76,4
2013	366	75 675	2 883 438	21 218 466	7,4	76,8

1 Einschließlich Stundenfälle.

2 Einmalig wurden im Berichtsjahr 2005 die gesunden Neugeborenen in den Grunddaten erhoben. Da die Angaben für gesunde Neugeborene nicht separat ausgewiesen werden können, sind Vergleiche mit den Vorjahren bzw. mit den Folgejahren nur bedingt möglich.

3 Die Zahl umfasst auch die Betten für Neugeborene.

4 Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die gesunden Neugeborenen bei dieser Kennzahl herausgerechnet.



Rechtspflege

Mehr Verurteilungen in Bayern 2013

Im Jahr 2013 lag die Zahl der abgeurteilten Personen, gegen die ein Strafverfahren vor bayerischen Gerichten rechtskräftig abgeschlossen

wurde, mit 150 085 um 0,2% höher als im Jahr 2012. Die Gerichte entschieden 2013 in 81,7% der Fälle oder bei 122 693 Beschuldigten auf

eine Verurteilung. In 15,5% der Fälle, d. h. bei 23 197 Personen, wurde das Verfahren eingestellt. Nur 2,7% der Verfahren (4 055 Personen) en-

Rechtskräftig Abgeurteilte in Bayern 2013 nach Art der Entscheidung								
Tatbestandsgruppe (der schwersten Straftat)	Abgeurteilte	Mit Beendigung des Verfahrens durch						
		Personen insgesamt	Verurteilung			Frei- spruch	Ein- stellung	sonstige Entscheidung*
			davon					
			Erwach- sene	Heran- wach- sende	Jugend- liche	ohne Maßregeln		
Straftaten ohne Straftaten im Straßenverkehr	118 784	94 905	78 497	9 808	6 600	3 715	20 039	125
davon								
nach dem StGB	94 537	73 699	60 269	7 672	5 758	3 284	17 432	122
nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	24 247	21 206	18 228	2 136	842	431	2 607	3
Straftaten im Straßenverkehr	31 301	27 788	25 245	1 942	601	340	3 158	15
davon								
nach dem StGB	22 544	20 759	18 963	1 615	181	236	1 534	15
nach dem StVG	8 757	7 029	6 282	327	420	104	1 624	
Insgesamt 2013	150 085	122 693	103 742	11 750	7 201	4 055	23 197	140
2012	149 804	121 876	102 074	12 111	7 691	3 994	23 770	164
Veränderung 2013/2012								
Anzahl	281	817	1 668	- 361	- 490	61	- 573	- 24
%	0,2	0,7	1,6	- 3,0	- 6,4	1,5	- 2,4	- 14,6

* Als „sonstige Entscheidung“ zählen: Anordnung von Maßregeln der Besserung und Sicherung selbständig oder neben Freispruch und Einstellung, ferner Absehen von Strafe sowie Überweisung an das Familiengericht gemäß § 53 JGG.

deten mit einem Freispruch. Die restlichen 140 Fälle (0,1 %) wurden durch „sonstige Entscheidungen“ beendet.*

Von den 122 693 Verurteilungen des Jahres 2013 richteten sich 103 742 oder 84,6 % gegen Personen im Alter ab 21 Jahren („Erwachsene“), 11 750 oder 9,6% gegen Heranwachsende (Personen zwischen 18 bis unter 21 Jahren) und 7 201 oder 5,9% gegen strafmündige Jugendliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren. Im Berichtszeitraum befanden sich unter den Verurteilten 23 244 Frauen, das waren um 0,5% weniger als im Jahr 2012. Ihr Anteil an allen Verur-

teilten betrug 18,9%. Von den Verurteilten waren, soweit von diesen Personen entsprechende Angaben vorlagen, 56 687 vorbestraft. Dies waren 46,2% aller Verurteilten. Von diesen schon früher Straffälligen waren 39 571 bereits mehrfach mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, unter ihnen 11 064 Personen drei- oder viermal und 19 066 fünfmal oder öfter.

Von den Schuldsprüchen des Jahres 2013 entfielen 77,4% auf Straftaten der „klassischen Kriminalität“ außerhalb des Straßenverkehrs und 22,6% auf Straftaten im Straßenverkehr („Verkehrskriminalität“). Die Absolutzahl der Verurteilungen

bei der klassischen Kriminalität ist von 93 469 um 1,5% auf 94 905 gestiegen. Die Zahl der Verurteilungen in der Verkehrskriminalität ging von 28 407 auf 27 788 und somit um 2,2% zurück.

Insgesamt waren 36 209 der im Jahr 2013 für schuldig befundenen Personen Ausländer oder Staatenlose; das ist ein Anstieg um 2 303 oder 6,8%. Der Anteil der Ausländer oder Staatenlosen an allen Verurteilten lag bei 29,5 % und damit höher als im Vorjahr.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Abgeurteilte und Verurteilte in Bayern 2013“ (Bestellnummer: B61003 201300, Preis der Druckausgabe: 23,50 €).*



Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bayerische Fleischproduktion im ersten Halbjahr 2014 leicht gestiegen

Im ersten Halbjahr 2014 wurden in Bayern in gewerblichen Schlachtbetrieben sowie durch Haus-schlachtungen 394 500 Tonnen (t)

zum Verzehr geeignetes Fleisch (ohne Geflügel) erzeugt. Im Vergleich zum Vorjahr war dies eine Steigerung um 4 000 t bzw. 1,0%.

Auf Schweinefleisch entfielen fast 62% der gesamten Schlachtmenge. Gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres sank die

Schlachtaufkommen aus gewerblichen Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft in Bayern im ersten Halbjahr 2014 nach Regierungsbezirken												
Gebiet	Insgesamt	davon										
		Rinder zusammen	davon						Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde
			Ochsen	Bullen	Kühe	weibl. Rinder*	Kälber	Jung-rinder				
Tonnen												
Oberbayern	105 645	45 627	826	21 869	13 869	8 547	340	175	59 746	237	20	15
Niederbayern	112 411	17 532	76	10 679	3 558	3 041	92	85	94 717	86	4	72
Oberpfalz	24 720	14 330	73	4 045	7 069	3 008	61	74	10 213	120	12	45
Oberfranken	56 209	19 990	44	7 416	9 336	3 035	90	69	36 157	33	7	22
Mittelfranken	32 233	13 405	41	5 497	5 247	2 466	96	58	18 568	242	8	9
Unterfranken	16 703	3 901	81	1 823	1 206	673	75	44	12 635	156	4	6
Schwaben	46 538	35 124	370	15 081	14 235	5 044	291	103	11 219	182	8	5
Bayern 1. Hj. 2014	394 460	149 909	1 511	66 411	54 520	25 814	1 044	609	243 255	1 057	64	174
1. Hj. 2013	390 453	142 082	1 464	59 975	53 584	25 500	1 051	509	247 102	1 032	68	170
Veränderung absolut	4 006	7 828	48	6 436	936	314	- 7	101	- 3 847	25	- 4	4
%	1,0	5,5	3,3	10,7	1,7	1,2	- 0,7	19,8	- 1,6	2,4	- 5,7	2,6

* Ausgewachsene weibliche Rinder, die noch nicht gekalbt haben (Färsen).

Schweinefleischproduktion um 1,6% (3 800 t) auf 243 300 t. Die Zahl der geschlachteten Schweine nahm im gleichen Zeitraum um 1,5% (38 000 Tiere) auf 2,54 Millionen ab. Gut 63% des Schweinefleischs wurden in Niederbayern (94 700 t bzw. 38,9%) und Oberbayern (59 700 t bzw. 24,6%) erzeugt.

38% der Schlachtmenge entfielen auf die Rindfleischerzeugung. Mit 149 900 t war die produzierte Fleischmenge um 5,5% (7 800 t)

höher als von Januar bis Juni des Vorjahres. Aufgrund eines etwas geringeren durchschnittlichen Schlachtgewichts nahm die Zahl der geschlachteten Rinder um 5,7% (23 200 Tiere) auf 433 600 zu. Der regionale Schwerpunkt der Rindfleischproduktion liegt im Süden Bayerns, und zwar in Oberbayern mit 45 600 t (Anteil 30,4%) sowie in Schwaben mit 35 100 t (23,4%).

Die verbleibende Schlachtmenge von 1 300 t verteilte sich insbeson-

dere auf Schafffleisch (1 100 t) sowie in geringem Umfang auf Ziegen- und Pferdefleisch.

Recht unterschiedlich ist der Beitrag Bayerns zur Fleischerzeugung in Deutschland. Während beim Rindfleisch gut ein Viertel der Schlachtmenge aus Bayern stammt, liegt der Anteil beim Schweinefleisch bei lediglich knapp einem Zehntel.



Verarbeitendes Gewerbe

Umsätze der bayerischen Industrie im ersten Halbjahr 2014 um 4,7% über dem Vorjahresniveau

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2014 erzielte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, ein Umsatzplus von 4,7%

gegenüber Januar bis Juni 2013. Von den 164,9 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen 90,2 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+5,4%) und darunter rund 29,2 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (+6,0%). Die Anteile der Aus-

landsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betragen 54,7 bzw. 17,7%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende Juni 2014 um 1,6% über dem Vorjahresstand.

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern legten im ersten Halbjahr 2014 gegenüber dem Vor-

jahreshalbjahr um 7,4% zu. Die Bestelleingänge aus dem Ausland stiegen um 9,6%, die aus dem Inland um 3,8%.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistische Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Juni 2014“ (Bestellnummer: E1101C 201406, nur als Datei) und „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juni 2014“ (Bestellnummer: E1300C 201406, nur als Datei).*



Tourismus

Umsatz des bayerischen Gastgewerbes im ersten Halbjahr 2014 um 1,3% gestiegen

Nach vorläufigen Ergebnissen stieg der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie) im ersten Halbjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nominal um 1,3%, nach Preisbereinigung ging der Umsatz um 0,8% zurück. Der nominale Umsatz nahm in der Beherbergung um 0,3 % ab (real: -2,4%). Wäh-

rend der bedeutendste Zweig der Beherbergung, die Hotellerie, Umsatzeinbußen hinnehmen musste (nominal: -0,6%; real: -2,6%), verbuchten die Campingplätze und die sonstigen Beherbergungsstätten (Privatquartiere etc.) hohe nominale und reale Umsatzzuwächse. Auch die Ferienunterkünfte u.Ä. meldeten für das

erste Halbjahr 2014 einen nominalen und realen Umsatzzuwachs.

In der Gastronomie wuchsen nominaler (+2,7%) und preisbereinigter Umsatz (+0,4%).

Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes stieg im ersten Halbjahr um 1,5% (Vollzeitbeschäf-

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes im Juni und im Jahr 2014					
Vorläufige Daten					
Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real*		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent					
Juni					
Beherbergung	1,4	- 0,3	1,6	1,8	1,3
davon Hotellerie	0,4	- 1,2	1,5	1,7	1,2
Ferienunterkünfte u. Ä.	11,7	9,7	1,0	6,5	- 1,9
Campingplätze	74,9	72,0	6,3	- 2,8	14,1
sonstige Beherbergungsstätten	36,7	34,2	29,3	41,7	16,0
Gastronomie	1,6	- 0,5	1,9	0,7	2,5
davon Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	1,8	- 0,3	1,7	0,4	2,6
Caterer und Erbringung sonstiger					
Verpflegungsdienstleistungen	- 1,1	- 3,3	- 0,9	0,1	- 1,6
Ausschank von Getränken	4,9	2,8	5,2	6,5	4,9
Gastgewerbe insgesamt	1,5	- 0,4	1,8	1,3	2,1
Januar bis Juni					
Beherbergung	- 0,3	- 2,4	1,5	1,6	1,5
davon Hotellerie	- 0,6	- 2,6	1,6	1,5	1,6
Ferienunterkünfte u. Ä.	2,7	1,0	- 1,4	2,2	- 3,3
Campingplätze	11,1	9,2	2,2	1,4	2,9
sonstige Beherbergungsstätten	41,0	37,8	28,5	39,8	17,3
Gastronomie	2,7	0,4	1,5	1,1	1,7
davon Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	3,7	1,5	1,8	0,5	2,5
Caterer und Erbringung sonstiger					
Verpflegungsdienstleistungen	- 1,0	- 3,1	- 1,4	2,3	- 4,1
Ausschank von Getränken	1,4	- 0,7	3,1	5,7	2,5
Gastgewerbe insgesamt	1,3	- 0,8	1,5	1,3	1,7

* In Preisen des Jahres 2010.

tigte; +1,3%; Teilzeitbeschäftigte: +1,7%).

Im Juni 2014 erhöhte sich der Umsatz des bayerischen Gastgewerbes im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 1,5% (real: -0,4%). Die Zahl der Beschäftigten des Gastgewerbes nahm um 1,8% zu.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Monatsbericht verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Im Monatsbericht Juni 2014 wurde in der Monatsstatistik im Gastgewerbe ein Berichtskreiswechsel durchgeführt. Ein Teil der bisher berichtspflichtigen Unternehmen wurde durch andere, vergleichbare Unternehmen ausgetauscht.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juni 2014“ (Bestellnummer: G4300C 201406, nur als Datei).*



Preise

Inflationsrate in Bayern im August 2014 bei 0,8%

Für Bayern lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im August 2014 bei +0,8%; im vorangegangenen Juli hatte sie bei +0,7% gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem August des Vorjahres nur um 0,5% erhöht. Bei den einzelnen Produkten verlief die Preisentwicklung dabei sehr unterschiedlich. Erheblich teurer als im Vorjahr waren insbesondere Molkereiprodukte.

So haben sich beispielsweise die Preise für frische Milch (+5,1%), Quark (+12,9%) und Schnittkäse (+14,7%) deutlich erhöht. Stark gestiegen sind auch die Preise für Bohnenkaffee (+8,3%). Preisrückgänge waren hingegen bei Gemüse (-7,5%) zu beobachten. Auch Eier (-11,7%) haben sich binnen Jahresfrist spürbar verbilligt.

Im Energiesektor sind die Preise für Heizöl gegenüber dem August des Vorjahres um 4,2% gefallen. Bei Gas war ein geringfügiger Preisrückgang von 0,3% zu ver-

zeichnen. Die Preise für Strom sind um 1,1% gestiegen. Kraftstoffe waren im August 2014 um 3,7% günstiger als im August des Vorjahres.

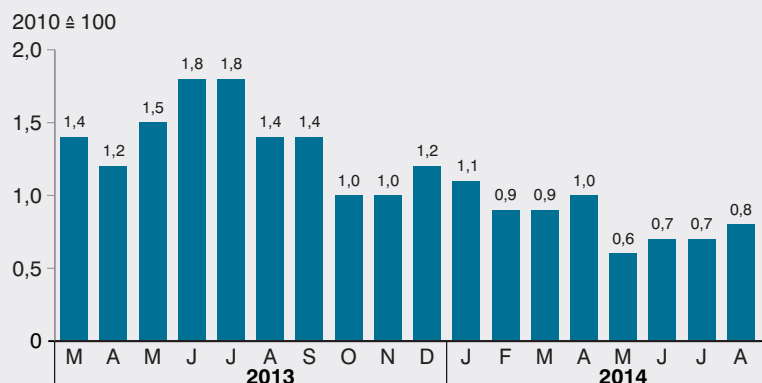
Weiterhin entspannt verläuft im Landesdurchschnitt die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem August des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,5%. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im August weiterhin die Preise vieler hochwertiger technischer Pro-

dukte. So konnten die Verbraucher u. a. tragbare Computer (-9,8%), DVD-Recorder (-9,1%) und Fernsehgeräte (-6,7%) spürbar günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat sind die Verbraucherpreise im Gesamtniveau um 0,1% gestiegen. Kraftstoffe (-1,8%) haben sich etwas verbilligt, während sich die Preise für Heizöl (+1,2%) leicht erhöht haben. Wohl hauptsächlich aus saisonalen Gründen sind die Preise für Gemüse (-6,5%) binnen Mo-

Verbraucherpreisindex für Bayern von März 2013 bis August 2014

Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent



natsfrist deutlich zurückgegangen. Nach Auslaufen der Sommerabschlussverkäufe und der beginnenden Umstellung auf die Herbst- und Winterkollektion haben sich Bekleidungsartikel (+4,9%) hingegen wieder verteuert.

Hinweis
Diese Kurzmitteilung zum Berichtsmonat August 2014 enthält vorläufige Ergebnisse.

Endgültige und ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, August 2014 mit Jahreswerten von 2011 bis 2013 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und

Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201408, nur als Datei)* und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2010 bis August 2014 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201408, Preis der Druckausgabe: 6,10 €).*



Öffentliche Finanzen, Steuern, kommunaler Finanzausgleich

Über eine Milliarde Euro Erbschaft- und Schenkungsteuer für den Freistaat Bayern im Jahr 2013

Die bayerischen Finanzämter setzten im Jahr 2013 insgesamt über eine Milliarde Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer fest. Dies entsprach gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 10,8% bzw. 103 Millionen Euro. Die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer fließen als Ländersteuer vollumfänglich in die Kassen der Bundesländer.

Insgesamt wurden 29 275 steuerpflichtige Erwerbsfälle im Jahr 2013 erfasst, 6,7% mehr als im Vorjahr. Vererbt bzw. verschenkt wurde von diesen ein Vermögenswert von 10,8 Milliarden Euro (+24,0%). Nach Berücksichtigung der persönlichen und sachlichen Steuerbefreiungen, -begünstigungen sowie der Freibeträge und zzgl. eventueller Vorerwerbe verblieben steuerpflichtige Erwerbe in Höhe von 7,3 Milliarden Euro

(+23,4%) zur Steuerfestsetzung. Rund 78% (824 Millionen Euro) der festgesetzten Steuereinnahmen ergaben sich aus Erwerben von Todes wegen (z. B. Erbschaften, Vermächtnisse). Die 21 895 Erben zeigten den Finanzämtern einen für die Steuerfestsetzung maßgeblichen steuerpflichtigen Erwerb von 3,9 Milliarden Euro an. Daneben wurden 7 380 steuerrelevante Schenkungen erfasst. Diese führten mit einem steuerpflichtigen Erwerb von fast 3,4 Milliarden Euro zu einer Steuerfestsetzung von knapp 238 Millionen Euro.

Sehr große Vermögensübertragungen gab es nur selten: Weniger als ein Prozent der Erben und knapp über drei Prozent der Beschenkten erhielten ein steuerpflichtiges Vermögen von über 2,5 Millionen Euro. Mit einem An-

teil von 29,5% waren sie jedoch maßgeblich an den Erbschaft- und Schenkungsteuereinnahmen des Freistaats beteiligt.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik weist nur die Vermögensübertragungen aus, für die eine Steuer festgesetzt wurde. Die Mehrzahl der tatsächlichen Erbschaften und Schenkungen liegt jedoch unterhalb der hohen Freibetragsgrenzen und ist entsprechend nicht erfasst. Basis der Angaben bildet das Festsetzungsjahr 2013, d. h. der Steuerentstehungszeitpunkt des Erbschafts- oder Schenkungsfalls kann bereits in den Vorjahren eingetreten sein.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Erben und Schenken in Bayern 2013“ (Bestellnummer: L4600C 201300, nur als Datei).*



Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

Knapp 6,2 Millionen Wohnungen in Bayern Ende 2013

Der Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen wird durch Fortschreibung der Ergebnisse der jeweils jüngsten Gebäude- und Woh-

nungszählung (GWZ) mittels der jährlichen Ergebnisse der Baufertigstellungs- und der Bauabgangstatistik festgestellt. Dementspre-

chend basiert die Fortschreibung ab Berichtsjahr 2011 auf den endgültigen Ergebnissen der GWZ 2011 und hat in Bayern zum Stich-

Bestand ¹ an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in Bayern						
Gebiet	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ²					
	insgesamt	davon mit ... Räumen			Wohnfläche insgesamt	Wohnfläche je Einwohner
		1 oder 2	3 oder 4	5 oder mehr		
Anzahl					100 m ²	m ²
31. Dezember 2013						
Oberbayern	2 194 227	419 285	957 586	817 356	2 006 595	45,2
Niederbayern	552 178	49 013	181 198	321 967	606 996	51,3
Oberpfalz	525 106	49 723	197 182	278 201	538 574	50,1
Oberfranken	534 706	47 241	212 398	275 067	531 626	50,3
Mittelfranken	852 067	100 018	395 043	357 006	796 413	46,8
Unterfranken	637 256	55 635	258 964	322 657	644 447	49,7
Schwaben	864 947	93 491	354 035	417 421	849 093	47,2
Bayern	6 160 487	814 406	2 556 406	2 789 675	5 973 744	47,6
Kreisfreie Städte	2 010 350	472 424	1 041 521	496 405	1 552 347	42,4
darunter Großstädte ³	1 529 380	392 019	802 306	335 055	1 144 973	41,2
Landkreise	4 150 137	341 982	1 514 885	2 293 270	4 421 397	49,7
31. Dezember 2012						
Oberbayern	2 176 104	415 687	950 506	809 911	1 986 981	45,3
Niederbayern	546 843	48 240	179 863	318 740	600 143	50,9
Oberpfalz	521 543	49 284	196 182	276 077	534 014	49,8
Oberfranken	532 802	46 899	211 966	273 937	529 264	49,9
Mittelfranken	846 486	98 552	393 661	354 273	790 368	46,7
Unterfranken	634 193	55 178	258 156	320 859	640 602	49,3
Schwaben	858 797	92 537	351 943	414 317	841 894	47,1
Bayern	6 116 768	806 377	2 542 277	2 768 114	5 923 265	47,5
Kreisfreie Städte	1 996 296	467 767	1 035 854	492 675	1 539 752	42,5
darunter Großstädte ³	1 518 090	388 066	797 518	332 506	1 135 309	41,3
Landkreise	4 120 472	338 610	1 506 423	2 275 439	4 383 512	49,5

1 Fortschreibung auf Basis der endgültigen Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011.

2 Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

3 München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Würzburg, Fürth, Erlangen.

tag 31. Dezember 2013 einen Bestand von knapp 6,2 Millionen Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ergeben. Verglichen mit dem Wohnungsbestand Ende 2012 entspricht dies einem leichten Plus an Wohnungen von 0,7%, wobei sich die meisten Wohnungen (96,4%) in Wohngebäuden befanden (aktuell insgesamt 2,9 Millionen Häuser; +0,7% gegenüber Ende 2012).

Bezogen auf die Einwohnerzahl (Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011; Stand: 30. Juni 2013) lebten in Bayern Ende 2013 rein rechnerisch jeweils zwei Personen in einer Wohnung. Für die rund zwei Millionen Wohnungen in den kreisfreien Städten errechnete sich eine entsprechende Belegungsquote von 1,82 Einwohnern und für die 4,2 Mil-

lionen Wohnungen in den Landkreisen von 2,14 Einwohnern. Anzumerken ist hierbei, dass die Wohnungen in den Landkreisen mit durchschnittlich 106,5 Quadratmetern wesentlich geräumiger waren als diejenigen in den kreisfreien Städten (77,2 Quadratmeter). Bayernweit war jede Wohnung Ende 2013 im Durchschnitt 97 Quadratmeter groß, so dass jeder Einwohner Bayerns rein rechnerisch über 47,6 Quadratmeter Wohnfläche verfügte. Am geräumigsten wohnte man in Niederbayern mit 51,3 Quadratmetern Wohnfläche je Einwohner, wogegen sich ein Einwohner in Oberbayern mit durchschnittlich 45,2 Quadratmetern Wohnfläche begnügen musste.

Von den zum Jahresende 2013 festgestellten 6,2 Millionen Woh-

nungen waren die meisten (45,3%) große Wohnungen mit mindestens fünf Räumen und lediglich 13,2% Ein- oder Zweizimmerwohnungen. Erwartungsgemäß lag der Anteil der Ein- und Zweizimmerwohnungen in den kreisfreien Städten über demjenigen in den Landkreisen (23,5% gegenüber 8,2%) und umgekehrt der Anteil der Wohnungen mit fünf oder mehr Räumen in den Landkreisen über demjenigen in den kreisfreien Städten (55,3% gegenüber 24,7%).

Die Anzahl der Wohngebäude (einschließlich Wohnheime) in Bayern belief sich zum Jahresende 2013 auf exakt 2 948 790 (+0,7% gegenüber Ende 2012). Von diesen Wohngebäuden waren 67,3% Einfamilienhäuser (+0,8%), 18,6% Zweifamilienhäuser (+0,5%) und 14,0% Mehrfamili-

liehnhäuser (+0,7%), wobei in den vergleichsweise wenigen Mehrfamilienhäusern allerdings 46,8% aller Wohnungen in Wohngebäu-

den (einschließlich Wohnungen in Wohnheimen) untergebracht waren.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Bayern – Stand: 31. Dezember 2013“ (Bestellnummer: F2400C 201300, nur als Datei).*

Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern im ersten Halbjahr 2014 mit 4,3% im Plus

Im ersten Halbjahr 2014 wurden von den unteren Bauaufsichtsbehörden in Bayern insgesamt 28 409 Wohnungsbaugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) erteilt. Dies entspricht einem Genehmigungs-

anstieg von 4,3% gegenüber den ersten sechs Monaten 2013. Rund neun Zehntel (88,7%) bzw. 25 205 dieser aktuell genehmigten Wohnungen sind in neuen Wohngebäuden projektiert.

Durch Baumaßnahmen am vorhandenen Gebäudebestand sollen 2 639 Wohnungen (9,3%) entstehen und in neuen gewerblichen Hochbauten (sogenannte Nichtwohngebäude) sollen 565 Wohnungen realisiert werden. Insgesamt

Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern von Januar bis Juni 2013 und 2014				
Bezeichnung	Wohnungsbaugenehmigungen ^{1,2} in Bayern			
	Januar bis Juni 2013	Januar bis Juni 2014	Veränderung 2014 gegenüber 2013	
	Anzahl		%	
Nach Gebäudearten				
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	26 958	27 732	774	2,9
davon				
in neuen Wohngebäuden zusammen	24 513	25 205	692	2,8
davon				
in Wohngebäuden mit 1 Wohnung	9 619	9 671	52	0,5
in Wohngebäuden mit 2 Wohnungen	2 338	2 396	58	2,5
in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen	11 649	11 171	- 478	- 4,1
in Wohnheimen	907	1 967	1 060	116,9
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Wohngebäuden	2 445	2 527	82	3,4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden insgesamt	286	677	391	136,7
davon				
in neuen Nichtwohngebäuden	470	565	95	20,2
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Nichtwohngebäuden	- 184	112	296	X
Wohnungen insgesamt	27 244	28 409	1 165	4,3
Nach Regierungsbezirken				
Oberbayern	11 015	12 021	1 006	9,1
Niederbayern	2 738	2 834	96	3,5
Oberpfalz	2 711	2 423	- 288	- 10,6
Oberfranken	1 350	1 621	271	20,1
Mittelfranken	3 952	2 970	- 982	- 24,8
Unterfranken	2 067	2 483	416	20,1
Schwaben	3 411	4 057	646	18,9
Bayern	27 244	28 409	1 165	4,3
Kreisfreie Städte	9 124	9 788	664	7,3
darunter Großstädte ³	7 461	7 544	83	1,1
Landkreise	18 120	18 621	501	2,8

1 Ab Berichtsjahr 2012 werden die „Sonstigen Wohneinheiten“ als Wohnungen erfasst.
 2 Einschließlich Genehmigungsfreistellungen.
 3 München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Würzburg, Fürth, Erlangen.

samt wurde in den ersten sechs Monaten 2014 der Neubau von 12 287 Wohngebäuden (+1,0% gegenüber dem ersten Halbjahr 2013) sowie von 4 244 Nichtwohngebäuden genehmigt (-0,7%).

Von den insgesamt 25 205 Wohnungen, die in neuen Wohngebäuden geplant sind, sollen 13 138 bzw. 52,1% in Mehrfamilienhäusern (einschließlich Wohnheimen) gebaut werden und die anderen 12 067 Wohnungen im Eigenheimbereich, darunter vier Fünftel (80,1%) als Einfamilienhäuser. Damit lagen die Wohnungsbaufreigaben im Eigenheimbereich zusammen um 0,9% über dem Vorjahresniveau (Einfamilienhäuser: +0,5%; Zweifamilienhäuser: +2,5%), wogegen das vergleichbare Vorjahresergebnis im Mehrfamilienhausbau (ohne Wohnheime) um 4,1% verfehlt wurde.

Auch im ersten Halbjahr 2014 wurden die meisten genehmigten Wohnungen (12 021 bzw. 42,3%) für Oberbayern gemeldet (+9,1% gegenüber Januar bis Juni 2013). Während Mittelfranken (2 970; -24,8%) und die Oberpfalz (2 423; -10,6%) weniger Wohnungsbaugenehmigungen als im ersten Halbjahr 2013 verzeichneten, verbuchten die anderen fünf bayerischen Regierungsbezirke höhere Freigabebeträge, und zwar zwischen 3,5% (Niederbayern) und 20,1% (Obersowie Unterfranken). Den höchsten absoluten Zuwachs verbuchte Oberbayern (+1 006 Wohnungsbaufreigaben).

Von den in Bayern im ersten Halbjahr 2014 zum Bau freigegebenen Wohnungen sollen 9 788 bzw. 34,5% in den kreisfreien Städten und 18 621 bzw. 65,5% in den Landkreisen entstehen. Jede vierte

Wohnung (insgesamt 7 544 bzw. 26,6%) ist in einer der acht bayerischen Großstädte geplant. Wurden in den Großstädten insgesamt um 1,1% mehr Wohnungsbaugenehmigungen erteilt, verzeichneten die kreisfreien Städte zusammen ein entsprechendes Plus von 7,3% und die Landkreise von 2,8%.

Ausführliche Ergebnisse zum aktuellen Monatsabschluss enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im Juni 2014“ (Bestellnummer: F21013 201406, Preis der Druckausgabe: 8,40 €).*

Leichter Rückgang der Beschäftigtenzahl in der bayerischen Energie- und Wasserversorgung 2014

Im Juni 2014 waren in 249 Betrieben der Energie- und Wasserversorgung insgesamt 29 371 Personen tätig. Damit hat sich der Personalstand binnen Jahresfrist um 281 bzw. 0,9% verringert. Der Monatsverdienst betrug durchschnittlich 4 414 Euro.

Neun von zehn Beschäftigten (26 231 Personen) arbeiteten im Juni 2014 in 194 Betrieben, die schwerpunktmäßig in der Elektrizitätsversorgung tätig waren. Das waren um 326 Personen (1,2%) weniger als noch ein Jahr zuvor. Jeder Mitarbeiter leistete dort im Schnitt 108 Arbeitsstunden. Der

durchschnittliche Monatsverdienst belief sich in diesem Bereich auf 4 391 Euro.

Die 30 Betriebe, die überwiegend im Bereich Gasversorgung tätig waren, hatten im Juni 2014 mit 2 037 um 23 Personen (1,1%) weniger Beschäftigte zu verzeichnen als ein Jahr zuvor. Diese arbeiteten im Berichtsmonat im Schnitt 109 Stunden. Der Monatsverdienst nahm hier mit durchschnittlich 5 519 Euro den Spitzenplatz ein. Zudem wurden im Juni 2014 Daten von 19 Betrieben erhoben, deren Tätigkeitsschwerpunkt in der Wasserversorgung lag und von sechs

Betrieben, die zum Wirtschaftszweig Wärme- und Kälteversorgung gehörten.

Die dargestellten Ergebnisse sind vorläufig. Sie basieren auf Angaben aus dem Monatsbericht bei Betrieben der Energie- und Wasserversorgung für Juni 2014. Im Rahmen dieser Erhebung werden Betriebe der Energie- und Wasserversorgung von bayerischen Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs mit 20 oder mehr Beschäftigten befragt.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Energiewirtschaft in Bayern; Teil I: Monatsergebnisse – 2. Vierteljahr 2014“ (Bestellnummer: E4200C 201442, nur als Datei)*

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

3. Statistiktage Bamberg | Fürth 2014

Regionale Disparitäten: Lebensverhältnisse im Vergleich

Am 17. und 18. Juli 2014 fanden die 3. Statistiktage Bamberg | Fürth unter dem Titel „Regionale Disparitäten: Lebensverhältnisse im Vergleich“ statt. Experten aus amtlicher und wissenschaftlicher Statistik sowie Referenten aus angrenzenden Forschungs- und Praxisbereichen informierten Fachwelt und Öffentlichkeit zu Themen rund um regionale Unterschiede. Organisiert wurde die Tagung im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und dem Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung.

Programm

Grußworte

- Präsidentin Marion Frisch,
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
- Präsident Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert,
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Vortragsblock I: Regionalisierung in und mit amtlichen Statistiken

- Regionale Auswertungsmöglichkeiten am
Beispiel amtlicher Bildungsdaten
Daniela Lamprecht, Bayerisches Landesamt
für Statistik und Datenverarbeitung
- Regionalisierung von Ergebnissen der Volks-
wirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der
amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung
Dr. Tilman von Roncador und Jan Kurzidim,
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
- Zur Schätzung regionaler Preisindizes
Sara Bleninger und Alexandra Trojan,
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Vortragsblock II: Ungleiche Lebensverhältnisse und ihre Folgen

- Die Analyse regionaler Disparitäten auf
dem Partnermarkt mithilfe amtlicher Daten
Daniel Wiese und Dr. Jan Eckhard
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- Große Unterschiede zwischen den Regionen
und ihren Arbeitsmärkten
Prof. Dr. Uwe Blien, Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung



Vortragsblock III: Wertschöpfung in struktur- schwachen Räumen – Regenerative Energien

- Entwicklungschancen der dezentralen Energie-
versorgung in den Kommunen
Prof. Dr. Wolfgang George, Technische
Hochschule Mittelhessen
- Regionale Wertschöpfung am Beispiel des Land-
kreises Rhein-Hunsrück: Standortfaktoren durch
Erneuerbare Energien verbessern
Landrat Bertram Fleck, Rhein-Hunsrück-Kreis

Vortragsblock IV: Daseinsvorsorge in struktur- schwachen Räumen – Gesundheit und Pflege

- Eine Multiagentensimulation zur Angebots- und
Nachfrageentwicklung bei der hausärztlichen
Versorgung
Prof. Dr. Jürgen Rauh, Julius-Maximilians-Univer-
sität Würzburg
- Zukunftssicherung durch bürgerschaftliches
Engagement
Josef Martin, Vorsitzender der Seniorengenos-
senschaft Riedlingen



Statistik Netzwerk Bayern

Im Februar 2013 wurde das „Statistik Netzwerk Bayern“ aus der Taufe gehoben. Gründungsmitglieder sind das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, die Otto-Friedrich-Universität Bamberg sowie das zur Bundesagentur für Arbeit gehörende Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Die Gründung beruht auf einer Initiative des Landesamts, das seine Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung erweitern und durch gemeinsame Veranstaltungen und Projekte fördern will. Das Netzwerk soll als Plattform für den gegenseitigen Austausch von Wissen und Erfahrung dienen. Permanent wachsende Anforderungen an die Statistik sind ohne intensive Zusammenarbeit zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik kaum mehr erfolgreich zu bewältigen.

Institutionalisierte Vernetzungen zwischen amtlicher Statistik, Wissenschaft und Forschung sind in Deutschland weitgehend Neuland. Die Metropolregion Nürnberg bietet mit ihrer empirischen Forschungstradition und den dort ansässigen Einrichtungen beste Voraussetzungen, insbesondere vor dem Hintergrund der Verlagerung des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung von München nach Fürth.

Da das Netzwerk offen ist für weitere Partner aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung mit Sitz in Bayern, sind zwischenzeitlich folgende weitere Einrichtungen dem Netzwerk beigetreten:

- Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
- Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Institut für Geographie und Geologie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
- Universität Augsburg

Netzwerkpartner können werden:

- Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern sowie deren Einrichtungen und Lehrstühle/Professuren
- Forschungseinrichtungen mit Sitz in Bayern, auch soweit sie unselbständige Teile einer juristischen Person des öffentlichen oder des privaten Rechts sind
- Institutionen mit Sitz außerhalb Bayerns können je nach Forschungsinteresse und Projektlage als kooperierende Institutionen in die Arbeit des Statistik Netzwerk Bayern einbezogen werden. Im Gegensatz zu Netzwerkpartnern nehmen sie nicht an der Steuerung des Netzwerks teil. Sie können aber an den Angeboten und Veranstaltungen des Netzwerks teilhaben und werden regelmäßig über dessen Aktivitäten informiert.

Kontaktadresse bei Fragen oder Interesse an einer Beteiligung:

Statistik Netzwerk Bayern
c/o Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
81532 München
Statistiknetzwerk@lfstad.bayern.de



**Grußworte
der Präsidentin des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung,
Frau Marion Frisch**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu den Statistiktagen Bamberg|Fürth 2014. Schön, dass wir hier in der beeindruckenden Bibliothek des Staatlichen Bauamts Bamberg tagen können.

Die Statistiktage, die die Universität Bamberg zusammen mit dem Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung inzwischen schon zum dritten Mal ausgerichtet, haben das Ziel, den Austausch zwischen Experten der amtlichen und universitären Statistik sowie verschiedener empirischer Forschungsbereiche zu fördern. Ein wichtiges Anliegen ist uns auch der Praxistransfer. Insofern freue ich mich sehr, dass wir auch dieses Jahr wieder die Interessen eines breiten Publikums aus Verwaltung, Forschung und Regionalplanung ansprechen konnten.

Als Thema für die kommenden zwei Tage haben wir „Regionale Disparitäten – Lebensverhältnisse im

Vergleich“ gewählt. Da kann ich gleich eine Brücke zu meinem Amt schlagen:

Wie einigen von Ihnen bereits bekannt sein dürfte, wird mein Amt im Zuge einer regionalpolitischen Entscheidung der bayerischen Staatsregierung schrittweise von der oberbayerischen Landeshauptstadt München in das Gebäude der ehemaligen Quelle-Hauptverwaltung im mittelfränkischen Fürth verlagert. Man kommt in diesem Zusammenhang nicht umhin, sich über regionale Disparitäten Gedanken zu machen. Wie unterschiedlich sind die Lebensverhältnisse in Franken und Altbayern eigentlich? Lässt es sich in Fürth wirklich deutlich günstiger leben als in München? Erreicht man mit demselben Einkommen mehr Lebensqualität?

Als amtliche Statistik haben wir die Aufgabe, statistische Informationen über Zustand und Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft, öffentlichem Sektor und Umwelt bereitzustellen. Diese Informationen, meist tief regionalisiert, sollen Bund, Ländern und

Gemeinden als politische und wirtschaftliche Entscheidungsgrundlage dienen, der Wissenschaft den „Rohstoff“ für die empirische Forschung liefern und den Bürger über die wirtschaftliche und soziale Lage informieren.

Im bevölkerungsstatistischen Bereich beobachten wir beispielsweise seit einiger Zeit, dass städtische Räume wanderungsbedingt wieder verstärkt an Bevölkerung gewinnen. Das betrifft nicht nur den Großraum München, sondern auch periphere Mittel- und Oberzentren, die aufgrund ihrer infrastrukturellen Ausstattung attraktiver für Zuwanderer sind als die Gemeinden in ihrer Umgebung. Auch die Weltkulturerbe- und Universitätsstadt Bamberg ist mit ihren mittlerweile über 5 300 Zuzügen im Jahr 2012 (genau: 5 347, 683 Zuzüge mehr als im Jahr 2006) ein Beispiel für Reurbanisierungstendenzen.

Viele, vor allem periphere ländliche Räume unterliegen dagegen einem entsprechenden Abwanderungstrend, der eine Folge von ökonomischen und infrastrukturellen Abkopplungsprozessen dieser Regionen zu sein scheint und den demographischen Wandel vor Ort verschärft.

Diese Prozesse erschweren die im Grundgesetz und der bayerischen Verfassung geforderte Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, wobei regelmäßig zu betonen ist, dass gleichwertig nicht als statistische Gleichverteilung der Möglichkeiten zur Erfüllung der einzelnen Daseinsgrundfunktionen interpretiert werden soll, also etwa die gleiche Zugänglichkeit zum Gesundheits- und Bildungssystem oder identische Erwerbschancen. Stattdessen ist die Idee, dass sich Nachteile in einzelnen Bereichen (z. B. beim Pendeln) durch Vorteile in anderen (z. B. beim Wohnen) ausgleichen lassen, sodass die verschiedenen Raumtypen in der Summe gleichwertige Lebensverhältnisse bieten.

Die Vorstellungen, welche Ressourcen und Teilhabemöglichkeiten für die Menschen in einer Gemeinde zukünftig relevant sein werden und auf welche Weise sie verfügbar gemacht werden können, ändern sich aber gerade grundlegend. Denken Sie an die Auswirkungen des demographischen Wandels, des technischen Fortschritts und der wirtschaft-



lichen Veränderungen im Zuge der Globalisierung oder in Folge der Energiewende, auf unser alltägliches Leben und Zusammenleben.

Die Frage lautet also, welche Zukunftsbranchen und sozialen Modelle gerade in ländlichen Räumen günstige Wachstumsbedingungen finden und damit dazu beitragen können, Wertschöpfung und Daseinsvorsorge vor Ort zu sichern. Das sehr abwechslungsreiche Tagungsprogramm der Statistiktage 2014 versucht, die verschiedenen Aspekte regionaler Disparitäten und der Möglichkeiten zur Erhaltung bzw. Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse näher zu beleuchten.

Den Organisatoren der Statistiktage – Susanne Rässler, Inhaberin des Bamberger Lehrstuhls für Statistik und Ökonometrie, Uwe Blien, Professor für Arbeitsmarkt- und Regionalforschung an der Uni Bamberg und Forschungsbereichsleiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie Michael Fürnrohr, Abteilungsleiter für Bevölkerung, Haushalte, Zensus, Erwerbstätigkeit (etc.) in meinem Amt – möchte ich an dieser Stelle meinen besonderen Dank für die Zusammenstellung aussprechen.

Entsprechend wünsche ich Ihnen bzw. uns nun zwei aufschlussreiche Tage im Zeichen der Regionalstatistik, Regionalforschung und Regionalplanung mit spannenden Vorträgen, angenehmer Diskussionsatmosphäre und einem alles in allem schönen Aufenthalt in Bamberg.

Damit übergebe ich das Wort an Professor Godehard Ruppert, Präsident der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.



**Grußworte
des Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg,
Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer,

am 8. Februar 2013 wurde eine Kooperation besiegelt, die bundesweit ihresgleichen sucht: Die Kooperationen zwischen der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie dem Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung im sogenannten Statistik Netzwerk Bayern. Die drei Organisationen betreten damit weitgehend Neuland, denn solche Vernetzungen zwischen amtlicher Statistik, Wissenschaft und Forschung sind in Deutschland selten. Dass der Metropolregion Nürnberg in diesem Fall eine Vorbildfunktion zukommt, verdankt sie vor allem ihrer passgenau ausgerichteten Infrastruktur: Hier treffen empirische Forschungstradition und anwendungsorientierte Verwaltung auf engem Raum zusammen; kurze Wege ermöglichen Synergieeffekte. Der Erfolg wird nicht zuletzt dadurch belegt, dass mittlerweile sieben Institutionen beteiligt sind.

Wie wichtig Statistik für die Bevölkerung ist, zeigte sich schon am ersten gemeinsamen Projekt zur Berechnung regionaler Preisniveaus. Mit der diesjährigen Tagung über Regionalstatistik und -for-

schung knüpfen wir daran. Im Mittelpunkt stehen Disparitäten: Lebensverhältnisse im Vergleich. Die gesellschaftliche und politische Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik liegt hier auf der Hand: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untersuchen auf der Grundlage amtlicher Daten die Folgen ungleicher Lebensverhältnisse. Sie sprechen über Standortfaktoren und Entwicklungschancen – von Infrastruktur, Energieversorgung oder medizinischer Versorgung.

Die Bamberger Sozialwissenschaften sind sehr stark empirisch ausgerichtet – und für die Empirie ist Statistik besonders wichtig, erst recht die Zusammenarbeit mit der amtlichen Statistik. Wenn wissenschaftliche und amtliche Statistik gut kooperieren, Perspektiven abgleichen und Entwicklungen anregen, profitieren beide Seiten in hervorragender Weise und die amtliche Statistik ist auf Dauer doppelt brauchbar: für die politische Planung ebenso wie für die wissenschaftliche Erkenntnis.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen erkenntnisreiche Vorträge und viele weiterführende Gespräche!

Vortrag

Regionale Auswertungsmöglichkeiten am Beispiel amtlicher Bildungsdaten

Daniela Lamprecht, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung



Zur Person:

Daniela Lamprecht ist Referentin im Sachgebiet „Bevölkerung, Kompetenzzentrum Demographie“ des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung und dort für die Durchführung des Projekts „Analyse- und Prognosemöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund auch auf regionaler Ebene“ zuständig. Zuvor war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Universität Bamberg sowie für ein kommerzielles Forschungs- und Sozialplanungsinstitut tätig. In letzterer Funktion war sie an der Erstellung verschiedener Analyse- und Sozialplanungsprojekte von Kreisen und kreisfreien Städten beteiligt, darunter auch an Tagesbetreuungsplänen, Jugendhilfeplänen (Teilplan Jugendarbeit), Bildungsleitplänen und Schulbedarfsanalysen.

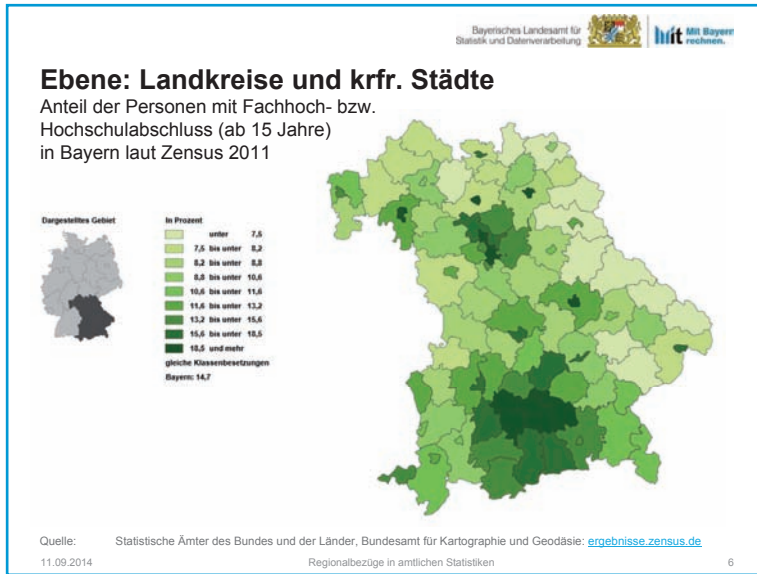
Abstract:

Der demographische Wandel bringt auf kommunaler Ebene einschneidende Veränderungen in verschiedensten Politikbereichen von der Kindertagesbetreuung über den Arbeitsmarkt bis hin zur Altenhilfe mit sich. Für Kreise und Gemeinden wird ein systematisches Sammeln, Interpretieren und Bewerten von Daten und Informationen daher immer wichtiger, um nachhaltige Regionalplanungen vornehmen und zukünftige Entwicklungen steuern zu können. Insbesondere im Bildungsbereich wird zunehmend unterstützend, ergänzend und vernetzend eingegriffen, um die regionale Standortattraktivität und die Lebensqualität der Bevölkerung vor Ort zu erhöhen.

Der Vortrag gibt einen Einblick in die räumlichen Gliederungssystematiken amtlicher Statistiken und zeigt am Beispiel von Bildungsdatenquellen auf, worauf bei regionalen Sekundäranalysen amtlicher Statistiken geachtet werden muss. Zudem wird auf die von Seiten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bereitgestellten Datenzugangs- und Auswertungsmöglichkeiten für die verschiedenen Nutzergruppen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft eingegangen.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Regionale Auswertungsmöglichkeiten am Beispiel amtlicher Bildungsdaten“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/wichtige_themen/statistik/00653.php

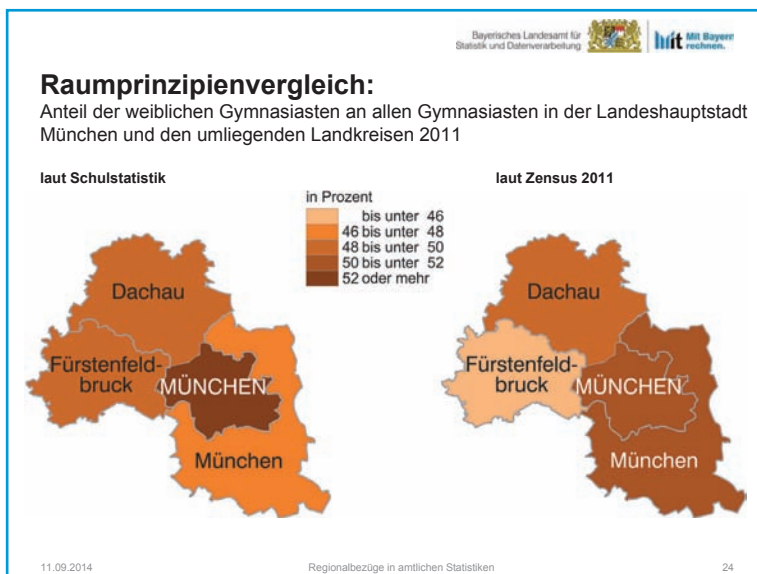


Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung **mit Bayern rechnen.**

Methodische Unterschiede

	Amtliche Schulstatistik	Zensus-Stichprobe 2011
Erhebungsart	Vollerhebung der Schulen	10%-Stichprobe der Bevölkerung
Erhebungseinheit	Schulen bzw. Schüler	Personen
Erhebungsweg	Nutzung von Schulverwaltungsdaten	Befragung
Erhebungsturnus	jährlich	zukünftig alle 10 Jahre
Regionalbezug	Standort der jeweiligen Schule ▶ Schulortprinzip ▶ Gemeindeebene o. tiefer	Hauptwohnsitz des Befragten ▶ Wohnortprinzip ▶ Kreis-, ggf. Gemeindeebene
Merkmalkatalog	Ein bereits erworbener Schulabschluss von in Schulausbildung befindlichen Personen kann ausgewiesen werden. Differenzierte Abbildung von Schularten/Jahrgangsstufen.	In Schulausbildung befindliche Personen werden grundsätzlich der Kategorie „ohne Schulabschluss“ zugerechnet. Kategorisierte Abbildung von Schularten/Jahrgangsstufen.

11.09.2014 Regionalbezüge in amtlichen Statistiken 21



Vortrag

Regionalisierung von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung

Dr. Tilman von Roncador und Jan Kurzidim, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung



Abstract:

Zentrale Aufgabe der amtlichen Statistik ist es, laufend regional und fachlich gegliederte Informationen über die demographische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Lage Deutschlands bereitzustellen. Hierfür werden Verwaltungsdaten genutzt, Befragungen bei Unternehmen und Haushalten durchgeführt sowie spezielle Rechenwerke, wie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder verschiedene Bevölkerungsvorausberechnungen, erstellt. Dadurch steht ein breiter Fundus an verschiedensten Datenquellen für Regionalvergleiche bis hinunter zur Kreis- und teilweise auch Gemeindeebene zur Verfügung. Methodisch gesehen sind dabei zwei Arten der Regionalisierung zu unterscheiden: Bei einem top-down-Ansatz werden Ergebnisse einer höheren regionalen Einheit mittels geeigneter Indikatoren auf eine tiefere regionale Einheit heruntergebrochen, während bei einem bottom-up-Ansatz Ergebnisse von tiefen regionalen Einheiten zu Ergebnissen höherer regionaler Einheiten aggregiert werden.

Zu den Personen:

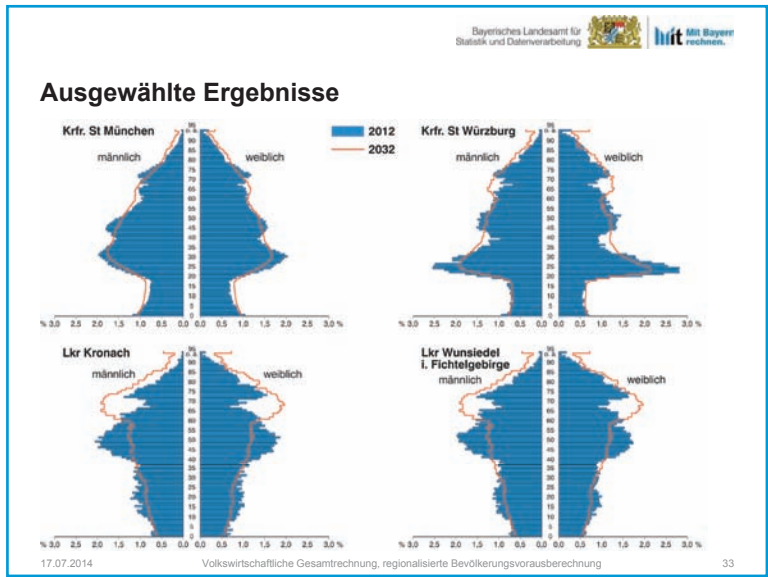
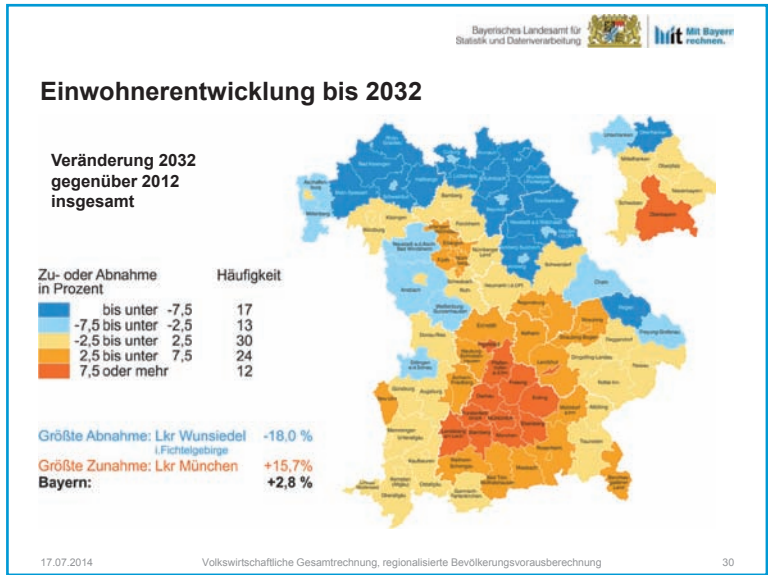
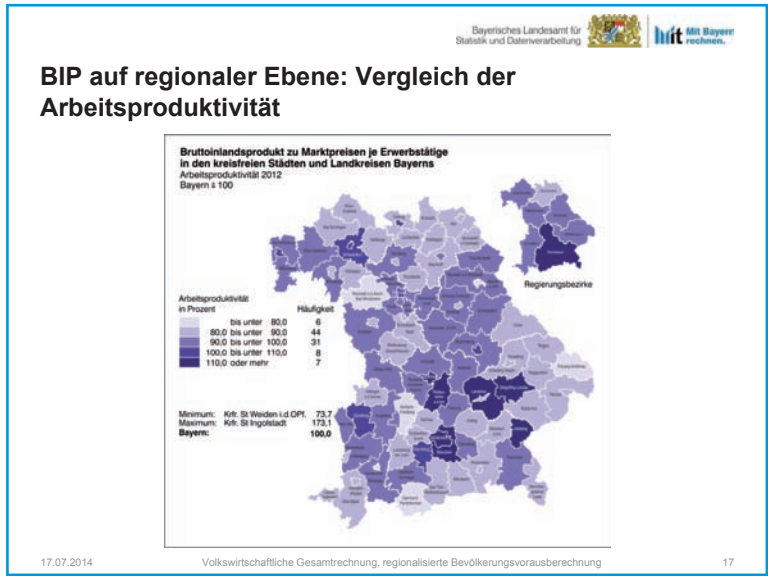
Dr. Tilman von Roncador, seit 2000 im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung tätig, leitet seit 2010 das Sachgebiet „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit“. Zuvor Aufgaben u. a. in den Bereichen Zensus, Mikrozensus, Hochschulstatistik und Umweltstatistik.

Jan Kurzidim arbeitet seit 2008 im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Er ist stellvertretender Leiter des Sachgebiets „Bevölkerung, Kompetenzzentrum Demographie“ und neben den amtlichen Bevölkerungsstatistiken u. a. verantwortlich für die regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Landesamts. Vorher Tätigkeit in einem privaten Sozialforschungsinstitut und v. a. mit Projekten aus den Bereichen des demographischen Wandels und der Bildungs-, Senioren- und Jugendplanung betraut.

Der Vortrag stellt mit den Bevölkerungsvorausberechnungen sowie den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen exemplarisch zwei Bereiche mit Regionalergebnissen vor und geht auf den jeweiligen Regionalisierungsansatz sowie auf Besonderheiten der regionalisierten Ergebnisse ein.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Regionalisierung von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/wichtige_themen/statistik/00653.php



Vortrag

Zur Schätzung regionaler Preisindizes

Sara Bleninger und Alexandra Trojan, Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Zu den Personen:

Sara Bleninger studierte Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Statistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Februar 2011 wurde sie wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lehrstuhls für Statistik und Ökonometrie an der Universität Bamberg unter der Leitung von Prof. Dr. Susanne Rässler. Ihre Forschung konzentriert sich auf den Bereich der Sensitivitätsanalyse, die regionale Verbraucherpreisstatistik sowie die Multiple Imputation.

Alexandra Trojan studierte Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg mit den Schwerpunkten Statistik und Methoden der empirischen Sozialforschung. Seit April 2010 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie der Universität Bamberg unter der Leitung von Prof. Dr. Susanne Rässler tätig. Ihre Forschungsinteressen liegen in der Multiplen Imputation sowie der regionalen Verbraucherpreisstatistik.

Abstract:

Ziel der Preisstatistik ist es, die zeitliche Preisentwicklung abzubilden und damit die Inflation zu messen. Neben dieser zeitlichen Perspektive ist es jedoch insbesondere für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften von Interesse, auch räumliche Vergleiche ziehen zu können. Neben internationalen Vergleichen ist dabei zusehends die regionale Perspektive in den Mittelpunkt gerückt. Es wird nach Möglichkeiten gesucht, für kleinräumige Einteilungen wie Regionen und einzelne Städte das Preisniveau zu bestimmen. Die amtliche Statistik in Deutschland bietet aber nur als tiefste Gliederungsebene Preisindizes für die Bundesländer an, was bei weitem als räumliche Untergliederung nicht ausreicht.

Unser Ziel ist es, auf Basis der Daten, die für den Verbraucherpreisindex erhoben werden, unter Zuhilfenahme weiterer Informationen einen regionalen Verbraucherpreisindex zu bestimmen. Dabei sind mehrere Aufgaben zu erfüllen: Erstens müssen alle relevanten Informationen in Form von Daten verwendet werden. Zweitens muss ein entsprechender regionaler Preisindex gefunden werden. Drittens müssen statistische Methoden zur Schließung der vorhandenen Datenlücken entwickelt und angewandt werden.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Zur Schätzung regionaler Preisindizes“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/wichtige_themen/statistik/00653.php



Motivation
Verbraucherpreisindex für Deutschland
Überblick über den Forschungsstand
Operationalisierung
Erste Ergebnisse
Ausblick
Berechnungsmethode
Warenkorb
Räumliche Verteilung der Preiserhebung
Datengrundlage bayerische Verbraucherpreisstatistik

Bayerische Verbraucherpreisstatistik

Stichprobenumfang

- 27.419 Einzelpreise für 607 Positionen des Warenkorbs aus 18 ROR
- Gesamtstichprobenumfang Mieten: ca. 1950 Preise
- Nach Datenbereinigung: ca. 26.000 Einzelpreise für 432 Güter

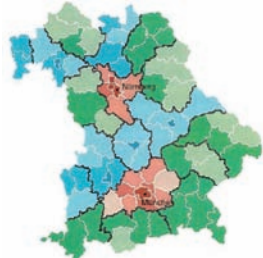


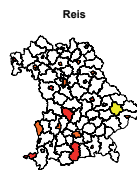
Abbildung: Kreisregionen in Bayern

Sara Bleninger und Alexandra Trojan
Zur Schätzung regionaler Preisindizes 9 / 22

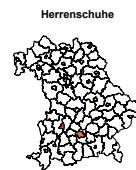
Motivation
Verbraucherpreisindex für Deutschland
Überblick über den Forschungsstand
Operationalisierung
Erste Ergebnisse
Ausblick
Regionale Preise als Problem fehlender Daten
Single Imputation
Multiple Imputation

Problem 1: Zu wenig Daten

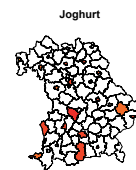
Reis



Herrenschuhe



Joghurt



- fehlende Daten: Preis in Kreisen, die keine Erhebungsgemeinde sind
- beobachtete Daten: Preis in Erhebungsgemeinden

Sara Bleninger und Alexandra Trojan
Zur Schätzung regionaler Preisindizes 13 / 22

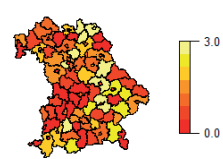
Motivation
Verbraucherpreisindex für Deutschland
Überblick über den Forschungsstand
Operationalisierung
Erste Ergebnisse
Ausblick
Regionale Preise als Problem fehlender Daten
Single Imputation
Multiple Imputation

Lösung 4: MI mit räumlicher Korrelation (KriMI)

- Räumliche Korrelationen werden als parametrische Korrelationsfunktion in der Regressionsgleichung berücksichtigt.
- Kriging wird im MI-Sampling genutzt.

$$p(i) = x(i)' \beta + \gamma(i) + \epsilon(i)$$

Reis



mit $\{\gamma(i), i \in \mathbb{R}^2\}$ als stationäres Gauß-Zufallsfeld

- $\mu(i) = E(\gamma) = 0$
- $\tau^2(i) = Var(\gamma)$
- $\rho(i, s) = Corr(\gamma(i), \gamma(s)) = \rho(r)$ mit $r = \|i - s\|$
- $x(i)' \beta$ räumlicher Trend
- $\epsilon(i)$ üblicher Störterm

Sara Bleninger und Alexandra Trojan
Zur Schätzung regionaler Preisindizes 20 / 22

Vortrag

Die Analyse regionaler Disparitäten auf dem Partnermarkt mithilfe amtlicher Daten

Daniel Wiese und Dr. Jan Eckhard, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg



Zu den Personen:

Daniel Wiese ist seit 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Die makrostrukturellen Rahmenbedingungen des Partnermarkts im Längsschnitt“ am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg. Zuvor hat er sein Soziologiestudium an der TU Chemnitz abgeschlossen. Seine Forschungsinteressen liegen in der Erforschung von Partnermärkten und Partnerwahlprozessen und in den Methoden der empirischen Sozialforschung.

Dr. Jan Eckhard ist seit 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Die makrostrukturellen Rahmenbedingungen des Partnermarkts im Längsschnitt“ am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg. Zuvor war er an der Universität Mainz tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialstrukturanalyse, Bevölkerungsforschung und Familiensoziologie. Von Herrn Dr. Jan Eckhard gibt es leider kein Foto von der Veranstaltung.

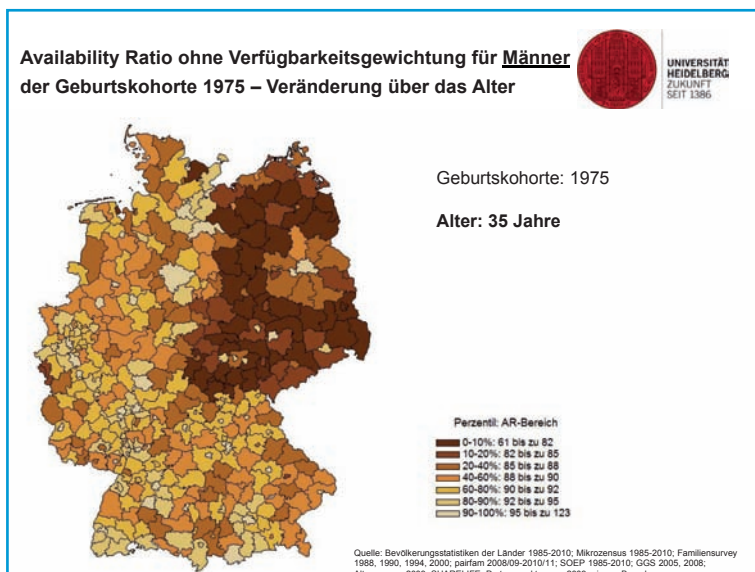
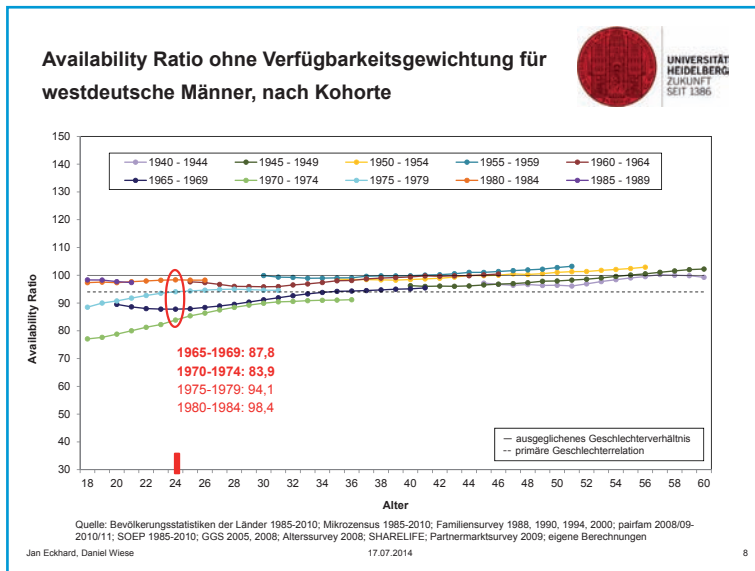
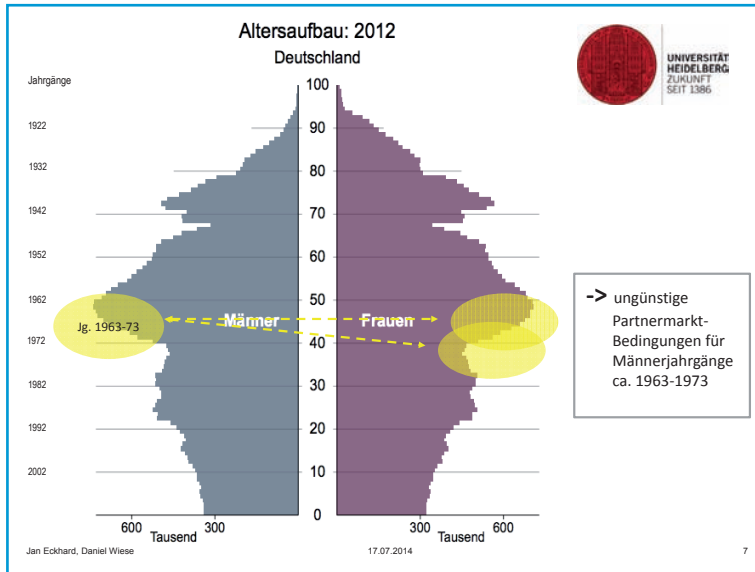
Abstract:

Gegenstand des Vortrags sind methodische Konzepte und erste Ergebnisse des Forschungsprojektes „Die makrostrukturellen Rahmenbedingungen des Partnermarkts im Längsschnitt“. Das Projekt erarbeitet auf der Basis amtlicher Regionaldaten theoretisch adäquate Indikatoren zur Bestimmung regionaler Partnermarktbedingungen auf der Ebene von Kreisen und im Längsschnitt für die Jahre ab 1985. Hierbei werden komplexe Partnermarktindikatoren entwickelt, die neben der Partnermarktkonkurrenz auch den Aspekten der Partnermarktrelevanz, -verfügbarkeit, -effizienz und -transparenz Rechnung tragen. Auf dieser Grundlage erfolgt erstmals für Deutschland eine Beschreibung der kleinräumig definierten makrostrukturellen Rahmenbedingungen des Partnermarkts im Lebensverlauf unterschiedlicher Kohorten.

Im ersten Teil des Vortrags wird der theoretische Hintergrund, die methodische Umsetzung und die datenbezogenen Voraussetzungen der Partnermarktindikatoren vorgestellt. Anschließend werden erste Ergebnisse über die regionalspezifische Entwicklung der Partnermarktbedingungen über den Lebenslauf unterschiedlicher Kohorten präsentiert. Den Abschluss bilden die Diskussion noch offener Punkte und ein Ausblick auf geplante Forschungsarbeiten.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Die Analyse regionaler Disparitäten auf dem Partnermarkt mit Hilfe amtlicher Daten“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/wichtige_themen/statistik/00653.php



Vortrag

Große Unterschiede zwischen den Regionen und ihren Arbeitsmärkten

Prof. Dr. Uwe Blien, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Zur Person:

Uwe Blien beendete 1980 das Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie mit dem Diplom. 1986 promovierte er zum Doktor der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Regensburg. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Regensburg sowie am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg und am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. 1999 habilitierte er für Volkswirtschaftslehre an der Universität Kaiserslautern. Seine Tätigkeit für das IAB begann er 1990, seit 2002 ist er Leiter des Forschungsbereichs Regionale Arbeitsmärkte. Im Jahr 2006 wurde er zum Honorarprofessor der TU Kaiserslautern und 2008 auf den Lehrstuhl für Soziologie, insbesondere Arbeitsmarkt- und Regionalforschung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg berufen. Uwe Blien ist Fellow des Labor and Socio-Economic Research Center (LASER) der Universität Erlangen-Nürnberg und Research Fellow des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit. Von 2010 bis 2014 war er gewählter Vorsitzender der „Gesellschaft für Regionalforschung“ (GfR), dies ist die deutschsprachige Sektion der European Regional Science Association (ERSA).

Abstract:

Die Lebensverhältnisse der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich erheblich: Zunächst ist der Unterschied zwischen Ost und West immer noch prägend. Darüber hinaus gibt es selbst in dem relativ besser gestellten Westen Regionen, die von tiefen Arbeitsmarktkrisen betroffen

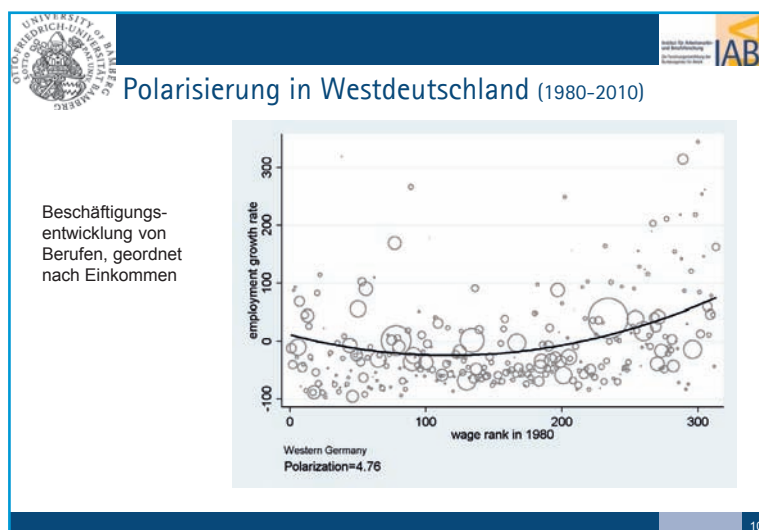
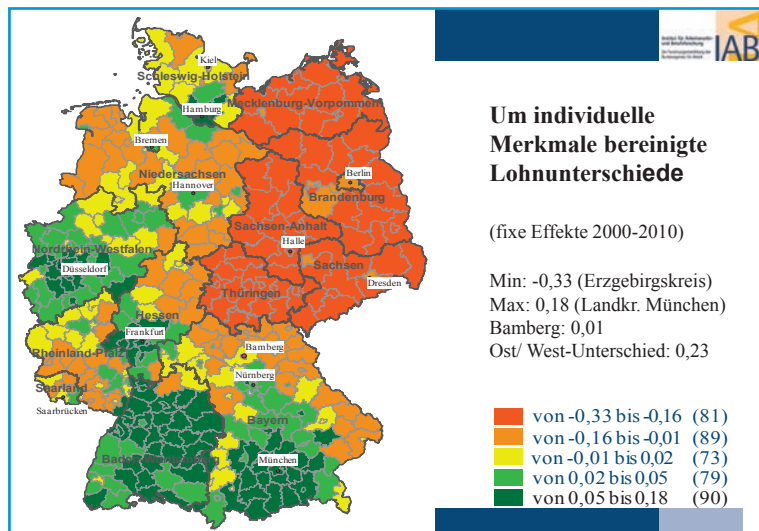
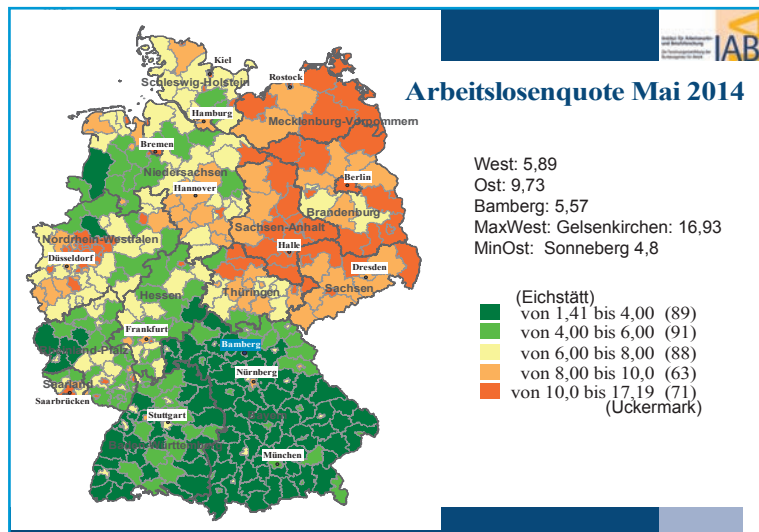
sind, während für andere Vollbeschäftigung maßgeblich ist. Die Unterschiede sind fast von der gleichen Größenordnung wie solche zwischen europäischen Staaten. Doch nicht nur bei der Arbeitslosigkeit finden sich große Disparitäten, sondern auch bei der Höhe der Löhne. Hier sind die Unterschiede in der Größenordnung von eins zu zwei.

Die letzte Finanzkrise hat dabei erhebliche Auswirkungen auf die Struktur dieser Disparitäten gehabt. Sie hat in erster Linie prosperierende Regionen betroffen, während die Regionen in Ostdeutschland sogar eher eine positive Entwicklung durchlaufen haben. So hat sich bei der Arbeitslosigkeit in den letzten zehn Jahren tendenziell eine Konvergenz, eine allmähliche Angleichung, ergeben. Legt man den Fokus auf das Bundesland Bayern, so ist die Spannweite der Arbeitslosigkeit viel kleiner als in Gesamtdeutschland, weil kaum überdurchschnittliche Quoten auftreten. Stattdessen gibt es viele Regionen, vor allem in den ländlichen Gebieten und im Süden, die nahezu Vollbeschäftigungsniveau aufweisen. In verschiedenen Landesteilen macht weniger die offene Arbeitslosigkeit Sorgen als die Beschäftigungsentwicklung, die andererseits oft hinter den unterschiedlichen Arbeitslosenquoten steht. Insbesondere in den nordöstlichen Gebieten Bayerns, d.h. nicht weit von Bamberg entfernt, finden sich Regionen, die von starken Beschäftigungsverlusten und von Abwanderung geprägt sind.

Wie lassen sich diese großen Unterschiede in der Entwicklungsrichtung erklären? Im vorliegenden Kontext wird ein Ansatz herangezogen, der zum Verständnis insbesondere auf den technischen Fortschritt und den Strukturwandel abstellt. Regionen, in denen viele innovative Betriebe konzentriert sind, die eine „elastische“, d.h. steigerungsfähige Nachfrage auf sich vereinen, machen eher eine positive Entwicklung durch. Andererseits sind Regionen, die mit Betrieben ausgestattet sind, die tendenziell am Ende ihres Produktzyklus stehen, eher von Beschäftigungseinbrüchen betroffen. In solchen Betrieben mit „inelastischer“ Güternachfrage führt technischer Fortschritt eher zu Freisetzungen als zu Produktionsausweitungen und dies erklärt den Unterschied.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Große Unterschiede zwischen den Regionen und ihren Arbeitsmärkten“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/wichtige_themen/statistik/00653.php



Vortrag

Entwicklungschancen der dezentralen Energieversorgung in den Kommunen

Prof. Dr. Wolfgang George, Technische Hochschule Mittelhessen



Zur Person:

Wolfgang George leitet den TransMIT-Projektbereich für Versorgungsforschung an der Technischen Hochschule Mittelhessen. Er ist Herausgeber der sieben Bücher umfassenden Serie „Regionales Zukunftsmanagement“, in welcher sich über 200 Autoren aus dem In- und Ausland mit der Zukunftsgestaltung des ländlichen Raums befassen. Die Anwendungsmöglichkeiten der kooperativen Ökonomie, welche in Deutschland maßgeblich über das Genossenschaftswesen operationalisiert wird, bilden einen seiner Arbeits- und Forschungsschwerpunkte.

Abstract:

In einem ersten Teil des Vortrags wird die erreichte Situation der regionalen Wertschöpfung aufgrund des Ausbaus der regenerativen Energien für die Kommunen und Regionen beschrieben. Deutlich wird, dass das Ausmaß der angeblichen Kosten des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare Energien-Gesetz – EEG 2014) ziemlich genau dem Umfang der erreichten regionalen Wertschöpfung entspricht. In einem zweiten Abschnitt wird eine zeitgemäß erweiterte Definition des Funktionsprinzips der „Regionalen Wertschöpfung“ eingeführt. Von dieser ausgehend, wird in einem abschließenden Teil der Ausführungen die Energiewende als Gemeinschaftswerk aller Betroffenen der Gemeinden und Regionen erkennbar. Deutlich wird, über welche Mechanismen die vielerorts zu beobachtenden Widerstände (etwa gegen die Windkraft) entstehen und welche Lösungsoptionen in deren Überwindung als verlässlich anzusehen sind.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Entwicklungschancen der dezentralen Energieversorgung in den Kommunen“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/wichtige_themen/statistik/00653.php



Beispiel: Erneuerbare Energie

Faktoren der regionalen Wertschöpfung

Nebeneffekte und nicht-monetäre Effekte

Nutzen

- Verbesserung kommunaler Haushalte
- Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- Standortattraktivität

www.unendlich-viel-energie.de

Ausmaß der Wertschöpfung

Entwicklung der kommunalen Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien

Jahr	gesamte kommunale Wertschöpfung	davon: Strom
2009	6,8	5,5
2010*	10,5	9,2
2011*	8,9	7,5

* Berechnung auf Basis Zubauprognoese des BEE

Quelle: IÖW; Stand: 10/10

www.unendlich-viel-energie.de

Regionale Wertschöpfung:
17 Mrd. 2012 (davon 60% öffentliche Hand)

EEG-Umlage:
17 Mrd. 2012

IÖW, Freiburg, Hirschel

Nutzen zugunsten Vieler?

Erneuerbare Energien in Bürgerhand

Verteilung der Eigentümer an der bundesweit installierten Leistung zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen 2010 (53.000 MW).

Eigentümergruppe	Anteil
Privatpersonen	40%
Landwirte	11%
Sonstige	1,5%
Gewerbe	9%
Fonds / Banken	11%
Andere Energieversorger	7%
Große vier Energieversorger	6,5%
Projektierer	14%

Gesamt: 53.000 MW_{et}

Quelle: trend research; Stand: 10/2011

www.unendlich-viel-energie.de

Vortrag

**Regionale Wertschöpfung am Beispiel des Landkreises Rhein-Hunsrück:
Standortfaktoren durch Erneuerbare Energien verbessern**

Landrat Bertram Fleck, Rhein-Hunsrück-Kreis (Rheinland-Pfalz)



Zur Person:

Bertram Fleck, Jahrgang 1949, ist Jurist und seit 1989 Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises. Zuvor war er im höheren Dienst der Finanzverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz bei verschiedenen Finanzämtern, der Oberfinanzdirektion und zuletzt als persönlicher Referent des Finanzministers tätig. Herr Fleck hat mehr als 25 Jahre Erfahrung in der kommunalen Verwaltung und ist Vorsitzender des Unterausschusses des Rheinland-pfälzischen Landkreistages sowie des Deutschen Landkreistages. Insbesondere setzt er sich mit Themen im Bereich Klimaschutz und Erneuerbare Energien auseinander. Sein Kreis ist im Strombereich bereits „Energieexporteur“.

Abstract:

Der demografische Wandel hat ländliche Räume bereits erreicht. Tragfähigkeitsprobleme bei der Bereitstellung der Daseinsvorsorge in den Handlungsfeldern „Leben – Wohnen – Arbeiten“ sind zu erwarten. Die Kostenexplosion fossiler Energieträger wird den Handlungsdruck in den kommenden Jahren massiv verschärfen.

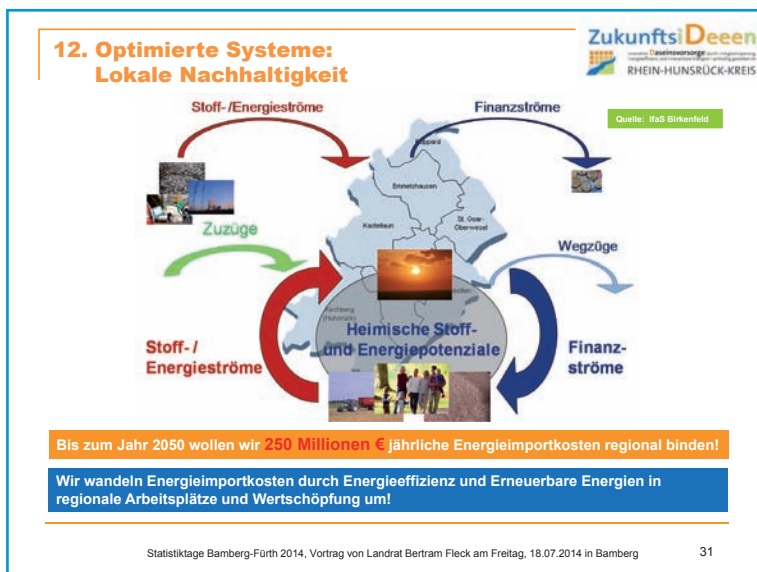
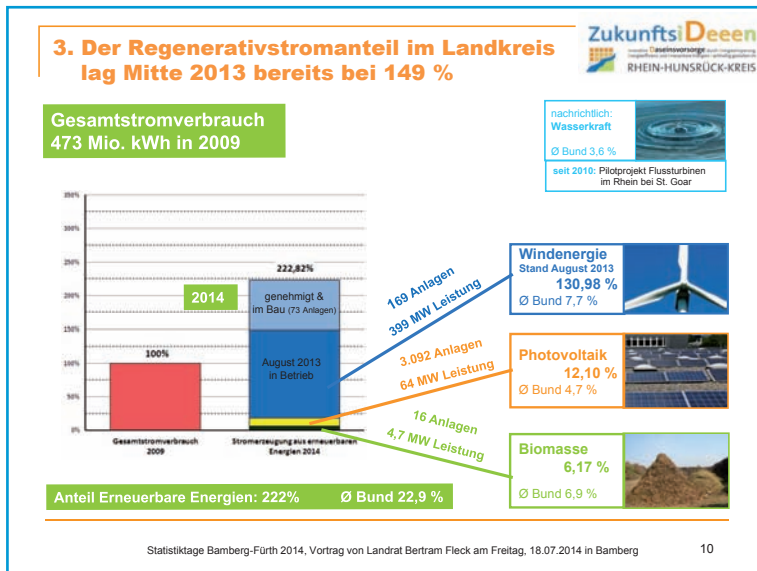
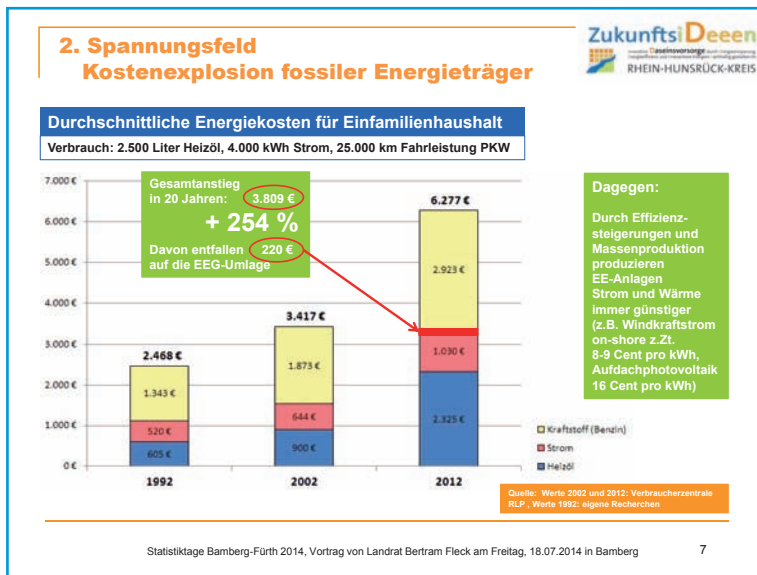
Im ländlichen Raum sind umfangreiche Potentiale für Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien (EEE) vorhanden. Beispielhaft kann im Rhein-Hunsrück-Kreis der Wärmeverbrauch um 50% reduziert werden, der verbleibende Energiebedarf durch einen lokalen Mix aus Biomasse, Solarthermie, Windkraft und Wärmepumpen gedeckt werden und im Jahr 2050 achtmal so viel Strom aus Erneuerbaren Energien jährlich produziert werden, wie verbraucht wird. Außerdem können die Bürger ihren eigenen Strombedarf aus Photovoltaik decken.

Schon heute werden 32,5 Millionen Euro jährliche Wertschöpfung (Umsatz) alleine aus dem Betrieb von EEG-Anlagen (Gesetz für den Ausbau erneuerbare Energien – Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2014) erreicht. Schnittstellen zwischen EEE und Daseinsvorsorge müssen erkannt und genutzt werden! Die Wertschöpfungseffekte aus EEE betragen bis zum Jahr 2050 ca. 11 Milliarden Euro. Der größte Profit liegt beim Bürger.

Bis zum Jahr 2050 wollen wir im Rhein-Hunsrück-Kreis 250 Millionen Euro jährliche Energiebezugs-kosten regional binden. Wir wandeln Energieimportkosten durch die Ausschöpfung der vorhandenen Potentiale aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien in regionale Arbeitsplätze und Wertschöpfung um. Daher sind die Erneuerbaren Energien die Zukunftschance für den ländlichen Raum zur Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen aus dem demografischen Wandel. Wir gestalten den notwendigen Umwandlungsprozess systematisch durch unser Projekt „Zukunftsideen“ (Innovative Daseinsvorsorge durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien nachhaltig gestalten im Rhein-Hunsrück-Kreis).

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Regionale Wertschöpfung am Beispiel des Rhein-Hunsrück-Kreises: Standortfaktoren durch Erneuerbare Energien verbessern“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/wichtige_themen/statistik/00653.php



Vortrag

Eine Multiagentensimulation zur Angebots- und Nachfrageentwicklung bei der hausärztlichen Versorgung

Prof. Dr. Jürgen Rauh, Julius-Maximilians-Universität Würzburg



Zur Person:

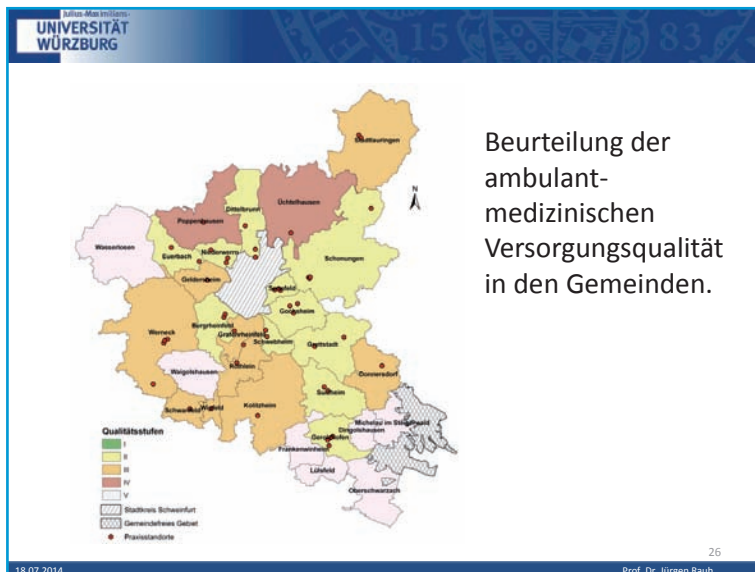
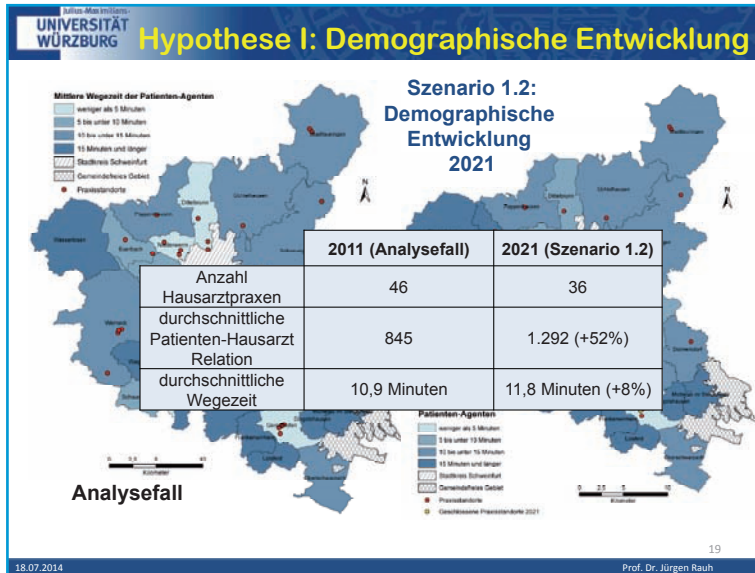
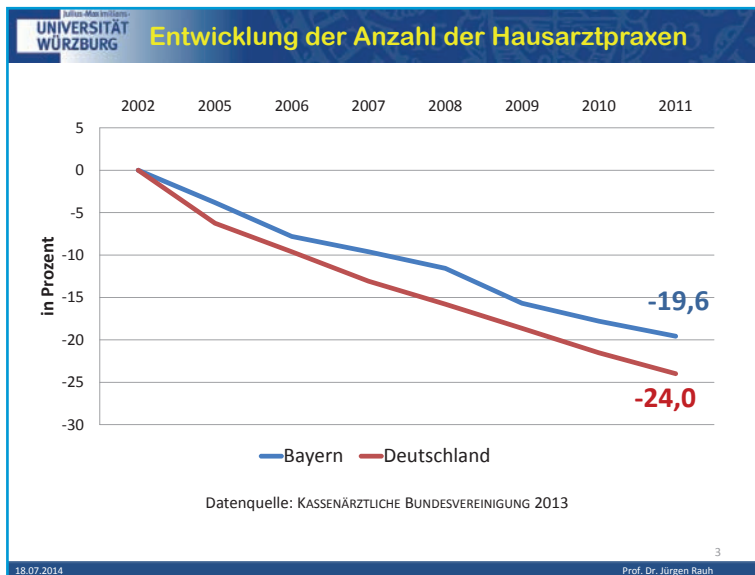
Prof. Dr. Jürgen Rauh ist seit 2002 Professor für Sozial- und Bevölkerungsgeographie sowie regionalwissenschaftliche Methodenlehre an der Universität Würzburg. Er hat an der Universität Regensburg mit einem Thema zur logistischen Tourenplanung im Vertriebswesen von Tageszeitungen promoviert und mit einer Arbeit zu räumlichen Aspekten der Telekommunikation habilitiert. Aktuelle Forschungsschwerpunkte handeln von Analysemethoden und Modellierungen in der Handelsforschung und Sozialgeographie, insbesondere Multiagentensystemen zur Simulation von Konsumentenverhalten sowie den Wechselwirkungen zwischen Informations- und Kommunikationstechnologien und Raum.

Abstract:

Hinsichtlich der Aufrechterhaltung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge bringt der demographische Wandel eine Reihe an Herausforderungen vor allem in dünn besiedelten Räumen mit sich. Was Hausarztpraxen in ländlichen Räumen angeht, macht sich der demographische Wandel sowohl auf Nachfrage- als auch auf Angebotsseite bemerkbar. Praxisstandorte mit Tragfähigkeitsproblemen oder fehlender Nachfolge werden Schließungen zur Folge haben mit Konsequenzen bezüglich der Erreichbarkeit der Hausarztpraxen durch die Patienten. Jedoch gestaltet sich die Abschätzung zukünftiger Angebots- und Nachfragestrukturen sowie der verkehrlichen Erreichbarkeiten auch angesichts unterschiedlicher Handlungsoptionen der Planung von medizinischen Versorgungseinrichtungen schwierig. Im Vortrag, der auf einem Grundlagenforschungsprojekt und der Dissertation von C. Neff beruht, soll vorrangig ein individuenbasiertes Simulationsmodell unter Verwendung der Multiagententechnologie vorgestellt werden. Ziel des Projektes war die Prüfung, ob diese individuenbasierte Modellierungs- und Simulationstechnik geeignet ist, solch komplexe Bedingungen mit hinreichender Genauigkeit abzubilden, um dann auch der Planung von medizinischen Versorgungseinrichtungen eine Entscheidungsunterstützung zu liefern. Mit dem Simulationsprogramm, das für das Fallbeispiel eines Landkreises entwickelt wurde, lassen sich mögliche zukünftige Entwicklungen und mögliche Effekte des demographischen Wandels auf die hausärztliche Versorgung darstellen und in Szenarienform miteinander vergleichen.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Eine Multiagentensimulation zur Angebots- und Nachfrageentwicklung bei der hausärztlichen Versorgung“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/wichtige_themen/statistik/00653.php



Vortrag

Zukunftssicherung durch bürgerschaftliches Engagement

Josef Martin, Vorsitzender der Seniorengenossenschaft Riedlingen (Baden-Württemberg)



Zur Person:

Josef Martin, Oberamtsrat i. R., Studium der Agrarwirtschaft und Kontaktstudium Verwaltungsrecht. Berufliche Tätigkeit in der Landwirtschaftsverwaltung Baden-Württemberg als Berater und Verwaltungsleiter. Mitglied des Gemeinderates der Stadt Riedlingen und des Kreistages Biberach. Gründer und Vorsitzender der Seniorengenossenschaft Riedlingen, Kreisvorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und Verantwortlicher der Robert Bosch Stiftung.

Abstract:

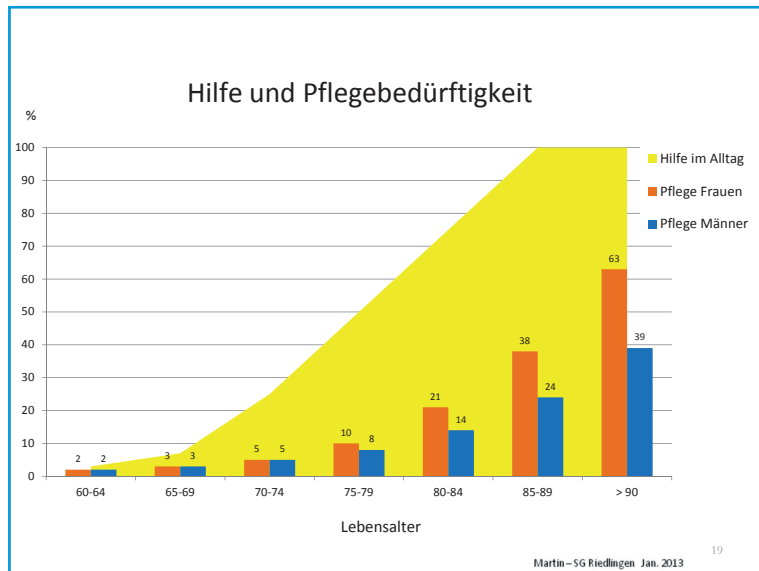
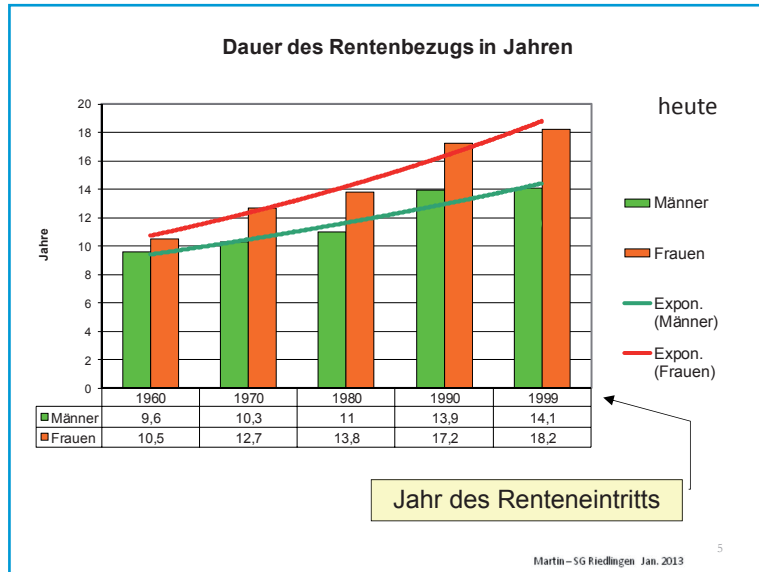
Die Zahl älterer Menschen wird in den nächsten Jahrzehnten stark zunehmen und damit auch der Betreuungs- und Versorgungsbedarf. Die vorhandenen Versorgungsstrukturen werden in der Zukunft nicht mehr ausreichen, diesen Bedarf sachgerecht zu decken, vor allem nicht zu Konditionen, die von den Betroffenen oder der Gesellschaft insgesamt finanzierbar sind. Dies trifft besonders auch auf die deutlich wachsende Zahl demenzkranker Menschen zu.

Die notwendige Versorgung kann in der Zukunft nur sichergestellt werden, wenn – ergänzend zu den bestehenden – weitere neue Strukturen auf bürgerschaftlicher Basis geschaffen werden. Bewährt hat sich die Gründung eigenständiger bürgerschaftlicher Selbsthilfeeinrichtungen, die in erster Linie Alltagshilfen, aber auch pflegenaher Tätigkeiten zu günstigen Konditionen anbieten. Vorstellbar und wünschenswert wäre eine enge Zusammenarbeit mit klassischen Pflegediensten, mit denen sogar gemeinsame Angebote entwickelt werden könnten.

Die Seniorengenossenschaft (SG) Riedlingen ist eine solche Einrichtung, gegründet 1991, um Lücken in den sozialen Bereichen zu füllen. Sie hat derzeit 135 freiwillige Mitarbeiter, ist rein bürgerschaftlich organisiert, gemanagt, verwaltet und finanziert. Ziel ist es, alles Notwendige bereit zu stellen, dass die Mitglieder bis zum Lebensende zu Hause bleiben können. Eigen- und Selbstständigkeit sollen weitestgehend erhalten werden. Den freiwilligen Mitarbeitern wird durch ein Entgelt die Möglichkeit eröffnet, entweder die Rente aufzustocken oder Reserven zu bilden. Wer das Entgelt bei der SG anspart, erhält für jedes angesparte Stundenentgelt eine Zeitgutschrift, die später wieder eingelöst werden kann. Eine Stunde bleibt eine Stunde. Durch die gegenseitige Unterstützung und Eigenfinanzierung wird auch die jüngere Generation entlastet.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
 „Zukunftssicherung durch bürger-
 schaftliches Engagement“.

Die komplette Präsentation finden
 Sie unter [www.statistik.bayern.de/
 wichtige_themen/statistik/
 00653.php](http://www.statistik.bayern.de/wichtige_themen/statistik/00653.php)



Unser Konzept

Gegenseitige Hilfe,
 verbindlich, gesichert.

**Die Riedlinger
 Heinzelmenschen**

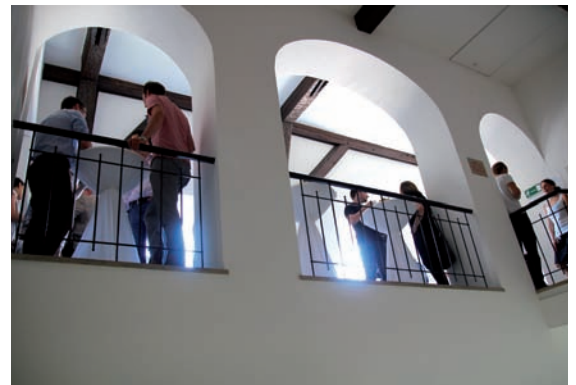
Das macht Sinn,

macht Spaß und:

rechnet sich.

Martin-SG Riedlingen Jan. 2013 12

Impressionen von den Statistiktagen 2014





Gastgeber der „Statistiktage 2014“ war die Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Sie wurde bereits im Jahre 1647 gegründet und ist Studienstätte für derzeit insgesamt fast 13 000 Studentinnen (61%) und Studenten (39%)*.

Den Namen „Otto-Friedrich“ trägt die Universität Bamberg seit 1988. Die Namensgebung erfolgte zu Ehren des Universitätsgründers Fürstbischof Melchior OTTO Voit von Salzburg und des späteren Stifertvaters Fürstbischof FRIEDRICH Karl von Schönborn.

Die Universität hat aktuell vier Fakultäten: „Geistes- und Kulturwissenschaften“, „Humanwissenschaften“, „Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik“ sowie „Sozial- und Wirtschaftswissenschaften“, mit dem Lehrstuhl „Statistik und Ökonometrie“, dem Bindeglied zum „Statistiknetzwerk Bayern“ und zu den „Statistiktagen Bamberg|Fürth“.

Die Einrichtungen der Universität befinden sich im Stadtgebiet Bamberg, zum Großteil in historischen Gebäuden. Daher war es naheliegend, dass als Tagungsort der „Statistiktage 2014“ das ehemalige Dominikanerkloster Bamberg ausgewählt wurde. Dieses ehrwürdige Gemäuer, welches Anfang des 14. Jahrhunderts erbaut wurde, beherbergt heute im Klostertrakt das Staatliche Bauamt mit seiner Bibliothek (Tagungsort) und in dem umfunktionierten Kirchengebäude die Aula der Universität Bamberg.

* Wintersemester 2012/13.

Quellen: Universität Bamberg und Staatliches Bauamt Bamberg.





Das Verhältnis von Stadt und Land im Wandel der Zeit

Durch die ganze Geschichte des europäischen Raumes zieht sich wie ein roter Faden die Polarität von Stadt und Land. Alle Hochkulturen waren auch Stadtkulturen und oft genug bildeten die Städte den Angelpunkt des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Geschehens.

Auf der anderen Seite wären die Städte ohne das bäuerliche Um- und Hinterland niemals zu denken gewesen und das in Traditionsbewußtsein und in einer natürlichen Lebensordnung verwurzelte Bauerntum hat seinerseits das politische und kulturelle Antlitz der Völker nachhaltig geprägt.

In das Gleichgewichtsverhältnis, das sich nach mancherlei Wirren zwischen diesen beiden Bereichen hergestellt hatte, trat mit der Industrialisierung ein tiefgreifender Umbruch ein. Er wirkte sich in einer zunehmenden Niveauverschiebung zugunsten der Städte aus, bis das Land zeitweise zum Stiefkind der Gesellschaftsordnung zu werden drohte. Die zwei Weltkriege haben erneut einen Wandel eingeleitet und heute kann man — bei einer Ausweitung des Verstärkerprozesses zu einem säkularen Vorgang — eine Annäherung des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges in Stadt und Land erkennen.

Verstädterung als Bevölkerungsballung und als Strukturwandel

Der Vorgang, den man allgemein als „Verstädterung“ oder auch „Urbanisierung“ bezeichnet, hat zwei unterschiedliche Aspekte. Der eine bezieht sich auf die räumliche Konzentration der Bevölkerung in städtischen Ballungsgebieten, der andere beschäftigt sich mit einem sozial-ökonomischen Strukturwandel, der eine Angleichung auch der ländlichen, nicht agglomerierten Bevölkerung an städtische Lebensformen und dessen Lebensstandard zur Folge hat, mit anderen Worten, es erfolgt ein Abbau des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Niveauunterschiedes zwischen Stadt und Land.

Stadt und Land in der Statistik

Für einen exakten Vergleich von Stadt und Land müßte man statistische Daten heranziehen, die nach der Einwohnerzahl der Gemeinden gegliedert sind. Leider sind solche Angaben im allgemeinen recht spärlich, so daß man sich hier mit Angaben für ganze Landkreise bzw. kreisfreie Städte begnügen muß. Da in Bayern die Zahl der kreisfreien Städte jedoch ziemlich groß ist — die kleinste hat nur 10 785 Einwohner — ist der Fehler beim Vergleich in der vorliegenden Form nicht sehr wesentlich; mit Ausnahme der beiden kreisangehörigen Gemeinden Dachau (Einwohner: 27 593) und Garmisch-Partenkirchen (Einwohner: 25 151) werden sämtliche Gemeinden ab 20 000 Einwohner unter den Angaben für die kreisfreien Städte erfaßt; 18 kreisfreie Städte haben 10 000 bis 20 000 Einwohner, so daß mit ihnen zwei Fünftel dieser Kleinstädte mit in die Untersuchung einbezogen werden.

Die Stadtbevölkerung nimmt zu — die Städte ufern aus

Die Einwohnerzahl der Städte ist im ständigen Wachstum begriffen (Übersicht, Zeile 1). Durch die Kriegszerstörungen war ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zwar von 37 vH vor dem Kriege auf rd. 31 vH im Jahre 1950 gesunken und hat auch bis 1958 mit 35 vH noch nicht ganz den Vorkriegsanteil erreicht. Die eigentliche Entwicklung wird aber weit deutlicher durch die Veränderung seit 1950 veranschaulicht, in der die Landbevölkerung um 331 078 oder 5,2 vH abgenommen hat, während die städtische Bevölkerung um 424 641 oder 15,2 vH angestiegen ist, mit anderen Worten: die Städte haben per Saldo mehr neue Einwohner in ihren Mauern aufgenommen als aus den bayerischen Landgemeinden überhaupt abgewandert sind, das heißt, daß noch eine erhebliche Zahl von Menschen von außerhalb Bayerns in unsere Städte gezogen ist.

Das Wachstum der Städte als sozio-ökonomische Gebilde ist aber in der Tat noch viel stärker, denn der Zudrang zu den Städten findet seinen Niederschlag nicht nur innerhalb der administrativen Stadtgrenzen, sondern es lassen sich viele auch im engeren Umland der größeren Städte, in den sogenannten „Stadtregionen“ nieder, zu denen auch noch städtische Einwohner kommen, die im Rahmen der Eigenheimförderung hier eher noch einen preisgünstigen Bauplatz finden. Für die 9 Stadtregionen¹⁾ in Bayern betrug der Bevölkerungszuwachs in den Umlandgemeinden in der Zeit von 1950 bis 1958 nicht weniger als 112 481 Personen, was einer Zuwachsrate von 17,3 vH entspricht, die im Vergleich zu der Entwicklung der

betreffenden Kernstädte mit + 19,2 vH nicht wesentlich niedriger liegt.

Geburtenüberschuß auf dem Lande — Wanderungsgewinn der Städte

Von jeher waren die Geburtenziffern (Zeile 10) auf dem Lande höher als in den Städten und das Verhältnis der Geburtenraten ist die ganze Zeit über erstaunlich konstant geblieben — wobei man in den letzten Jahren aber auch ein Wiederansteigen der Geburten in den Städten feststellen kann. Da die Zahl der Eheschließungen auf 1 000 der Bevölkerung (Zeile 9) nach wie vor in den Städten größer ist als auf dem Lande, ist diese hohe Geburtenziffer in erster Linie auf die größere Kinderzahl bei den bäuerlichen Familien zurückzuführen.

Infolge des relativ stärkeren Rückganges der Sterbefälle (Zeile 11) auf dem Lande — es besteht heute praktisch kein Unterschied mehr gegenüber den Städten — nimmt der Geburtenüberschuß (Zeile 12) auf dem Lande im Vergleich zu den Städten immer mehr zu, obwohl die Geburten, bezogen auf die Bevölkerung, sowohl in den Städten als auch auf dem Lande, noch immer erheblich niedriger liegen als vor dem Kriege.

Wenn die Städte trotz eines Sterbefallüberschusses wachsen, so liegt das offensichtlich an der Wanderung vom Lande in die Stadt. Wir haben schon eingangs hierauf hingewiesen, und auch die Angaben für die einzelnen Jahre (Zeile 13) bestätigen diese Feststellung; bemerkenswert ist allerdings, daß sich diese Entwicklung gegenüber der Nachkriegszeit nicht unerheblich verlangsamt hat (vgl. 1951 zu 1958).

Heimatvertriebene ziehen in die Städte

Eine Ursache hierfür dürfte die Tatsache sein, daß die Abwanderung der ursprünglich vor allem auf dem Lande angesiedelten Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in die Städte inzwischen erheblich nachgelassen hat: während im Jahre 1950 noch 80 vH der Flüchtlinge auf dem Lande wohnte, ist dieser Anteil bis 1958 auf nur noch rd. 67 vH zurückgegangen; so ist auch der Anteil der Flüchtlinge an der Stadtbevölkerung von rd. 14 vH auf gut 18 vH gestiegen (Zeile 2) und hat auf dem Lande entsprechend abgenommen. Trotzdem wohnen von den Flüchtlingen immer noch etwas mehr auf dem Lande als von der einheimischen Bevölkerung.

Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte

Eine weitere Ursache für die Abwanderung vom Lande sind die in der Landwirtschaft freigesetzten Kräfte, z. T. bedingt durch die Mechanisierung, z. T. aber auch infolge der Abwerbung durch die Industrie. Diese Erscheinungen können wir am Rückgang der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen (Zeile 15) — selbst auf dem Lande — beobachten, wo ihr Anteil von 56 vH auf gut 42 vH sämtlicher Erwerbspersonen auf dem Lande sank. Man kann wohl mit Recht annehmen, daß bei der nächsten Volkszählung im Jahre 1961 noch ein weiterer Rückgang zu verzeichnen sein wird. Zum Teil steckt hinter diesem Rückgang allerdings auch ein gewisser Strukturwandel auf dem Lande.

¹⁾ München, Nürnberg-Fürth, Augsburg, Regensburg, Würzburg, Bamberg, Aschaffenburg, Erlangen, Schweinfurt.

Vergleichszahlen für die kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern

Zeile	Merkmal	Jahr	Zahl		Jahr	Zahl		Auf 1000 bzw. 10000 Einwohner der Spalten 2, 4 und 6		
			1	2		3	4	5	6	7
1	Bevölkerung St L	1939	2 610 984 4 473 102	1950	2 802 773 6 381 693	1958	3 227 414 6 050 615	.	.	.
Auf 1000 Einwohner										
2	Heimatvertriebene St L			1950	396 429 1 540 891	1958	586 477 1 185 464	141,4 241,5	181,7 195,9	
3	Katholische Bevölkerung St L	1939	1 671 552 3 505 123	1950	1 767 390 4 833 505			640,2 783,6	630,6 757,4	
4	Evangelische Bevölkerung St L	1939	827 421 893 278	1950	944 018 1 490 257			316,9 199,7	336,8 233,5	
Altersgliederung										
5	unter 6 Jahre St L	1939	213 578 522 011	1950	204 393 579 624			81,8 116,7	72,9 90,8	
6	6 bis unter 20 Jahre St L	1939	499 742 1 149 140	1950	543 156 1 566 183			191,4 256,9	193,8 245,4	
7	20 bis unter 65 Jahre St L	1939	1 694 529 2 483 019	1950	1 795 573 3 656 810			649,0 555,1	640,7 573,0	
8	über 65 Jahre St L	1939	203 135 318 932	1950	259 651 579 076			77,8 71,3	92,6 90,8	
9	Eheschließungen St L	1940	29 741 30 976	1951	29 160 59 409	1958	30 524 52 071	11,4 6,9	10,0 9,5	9,6 8,6
10	Geburten (ohne Totgeborene) St L	1940	46 389 106 930	1951	34 471 112 820	1958	43 200 118 243	17,8 23,9	11,9 18,0	13,6 19,6
11	Sterbefälle (ohne Totgeborene) St L	1940	32 273 60 969	1951	30 655 69 161	1958	35 028 66 882	12,4 13,6	10,6 11,0	11,0 11,1
12	Geburtenüberschuß St L	1940	14 116 45 961	1951	3 816 43 659	1958	8 172 51 361	5,4 10,3	1,3 7,0	2,6 8,5
13	Wanderungsgewinn oder -verlust (—) St L	1940	— 5 997 — 42 301	1951	62 647 —108 657	1958	48 465 — 22 800	2,3 9,5	21,6 17,3	15,0 3,8
14	Erwerbspersonen insgesamt St L	1939	1 267 834 2 506 891	1950	1 357 170 3 214 115			485,6 560,4	484,2 503,6	
15	dar. landwirtschaftl. Erwerbspersonen St L	1939	36 430 1 402 961	1950	33 968 1 364 177			14,0 313,6	12,1 213,8	
16	Beschäftigte (Arbeiter, Angestellte, Beamte) in 1000 St L			1954	1 084,5 1 519,9	1959	1 266,4 1 842,4		361,0 246,8	392,4 304,5
17	Arbeitslose in 1 000 St L			1954	120,9 265,7	1959	52,7 132,9		40,2 43,1	16,3 22,0
18	Industriebeschäftigte (in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten) St L			1950	380 059 301 563	1958	585 919 500 066		135,6 47,3	181,5 82,6
19	Industrieller Jahresumsatz in Mill. DM St L			1950	6 033,5 3 843,4	1958	14 451,7 10 499,7		2 152,5 ¹⁾ 602,2 ²⁾	4 478,4 ¹⁾ 1 735,2 ²⁾
Auf 10 000 Einwohner										
20	Kraftfahrzeugbestand insgesamt St L	1936	120 468 152 225	1950	153 137 356 705	1959	437 070 1 010 582	470,0 340,0	546,4 559,0	1 354,2 1 670,2
21	Krafträder St L	1936	52 736 100 636	1950	61 354 221 625	1959	94 264 350 495	205,7 224,8	218,9 347,3	292,1 579,3
22	Personenkraftwagen St L	1936	51 474 39 391	1950	54 142 58 258	1959	286 437 350 141	200,8 88,0	193,2 91,3	887,5 578,7
23	Lastkraftwagen St L	1936	14 111 8 212	1950	32 683 33 346	1959	46 237 46 030	55,1 18,3	116,6 52,3	143,3 76,1
24	Zugmaschinen St L	1936	1 080 3 083	1950	2 780 40 628	1959	5 694 256 447	4,2 6,9	9,9 63,7	17,6 423,8
Auf 1000 Einwohner										
25	Tonrundfunkgenehmigungen (ohne solche für Kraftfahrzeuge) St L			1953	795 416 1 142 623	1957	941 957 1 345 686		269,1 183,7	297,1 223,5
26	Fernsehrundfunkgenehmigungen St L			1955	3 991 4 041	1958	79 572 64 752		1,3 0,7	25,1 10,8
27	Höhere Schulen St L			1950	150 110	1958	174 127		.	.
28	Schüler in Höheren Schulen St L			1950	83 321 29 707	1958	105 052 38 541		29,7 4,7	32,5 6,4
29	Mittelschulen St L			1950	52 69	1958	72 116		.	.
30	Schüler in Mittelschulen St L			1950	9 038 6 625	1958	19 614 21 076		3,2 1,0	6,1 3,5
31	Fertiggestellte Wohnungen St L			1950	32 674 28 008	1958	37 818 46 566		11,7 4,4	11,8 7,7

St = kreisfreie Städte, L = Landkreise.

Vergleichszahlen für die kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern (Fortsetzung)

Zeile	Merkmal	Jahr		Zahl		Jahr		Zahl		Auf 1 000 bzw. 10 000 Einwohner der Spalten 2, 4 und 6		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Auf 10 000 Einwohner												
32	Ärzte insgesamt nur berufsausübende) . . . St			1950	6 917	1958	7 915			24,7	24,5	
	L				5 044		5 270			7,9	8,7	
33	Fachärzte St			1950	2 319	1958	2 995			8,3	9,3	
	L				859		1 048			1,3	1,7	
34	Apotheken öffentliche) St			1950	440	1958	573			1,6	1,8	
	L				666		781			1,0	1,3	
Auf 1 000 Einwohner												
35	Krankenhausbetten St			1950	43 423	1958	52 195			15,5	16,2	
	L				40 207		49 345			6,3	8,2	
36	Ausbezahlte Löhne je Industrie-Arbeiter (einschl. Lehrlinge) im Monatsdurchschnitt in DM St			1953	280	1958	357					
	L				257		335					
37	Summe der ausbezahlten Löhne (in Mill. DM) im Monatsdurchschnitt. St			1953	99,6	1958	163,0			33,1 ¹⁾	50,5 ¹⁾	
	L				79,9		141,7			13,0 ¹⁾	23,4 ¹⁾	
38	Ausbezahlte Gehälter je Industrie-Angestellter (einschl. Lehrlinge) im Monatsdurchschnitt in DM St			1953	455	1958	608					
	L				390		525					
39	Summe der ausbezahlten Gehälter (in Mill. DM) im Monatsdurchschnitt. St			1953	39,4	1958	73,8			13,1 ¹⁾	22,9 ¹⁾	
	L				18,7		35,2			3,0 ¹⁾	5,8 ¹⁾	
40	Laufend unterstützte Personen (offene Fürsorge) St	1936	175 496	1951	75 726	1959	49 602	68,5	26,1	15,4		
	L		171 137		172 951		72 539	38,2	27,5	12,0		
41	Inlandschulden ²⁾ in Mill. DM St			1951	128,3	1958	870,4			45,8	274,5	
	L				84,9		683,0			13,3	113,4	
42	Realsteuerkraft je Einwohner in DM St			1953		1958				68,3	110,6	
	L									30,0	53,0	
43	Beteiligung an den Landtagswahlen in vH der Wahlberechtigten insges. St			1950		1958				75,2	71,2	
	L									82,1	77,2	

Strukturverschiebungen als Kriegsfolge

Durch die Kriegsverluste auf der einen und den Einstrom von fast 2 Mill. Heimatvertriebenen auf der anderen Seite, haben sich in der Struktur der Bevölkerung von Stadt und Land eine Reihe von Veränderungen ergeben. So hatte z. B. im Altersaufbau im Jahre 1950 die Zahl der Kinder unter 6 Jahren auf 1 000 der Bevölkerung (Zeile 5) auf dem Lande wesentlich stärker abgenommen als in den Städten, während der Anteil der Älteren und insbesondere der nicht mehr im erwerbsfähigen Alter stehenden über 65jährigen (Zeile 8) erheblich stärker zugenommen hatte; in den Städten dagegen war eine geringe Zunahme der Jugendlichen (Zeile 6) bei einem nicht unerheblichen Rückgang auf dem Lande zu verzeichnen. Nicht zuletzt brachte der Krieg auch einen Rückgang an Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bevölkerung; besonders machte sich das natürlich auf dem Lande bemerkbar, wo ja die Heimatvertriebenen ihre erste Bleibe gefunden hatten. Hier war der Anteil der Erwerbspersonen auf 1 000 der Bevölkerung (Zeile 14) von rd. 560 im Jahre 1939 auf nur rd. 504 im Jahre 1950 zurückgegangen, während er in den Städten sich kaum vom Vorkriegsstande unterschied. Gerade auf diesem Gebiet trat jedoch schon bald auch auf dem Lande eine merkliche Besserung ein.

Ausweitung der Produktivkräfte auch auf dem Lande

Die Konsolidierung nach der Währungsreform löste eine gewaltige wirtschaftliche Expansion aus, in deren Gefolge sich Bayern von einem Agrar- zu einem Agrar-Industriestaat wandelte. Diese Expansion erfaßte nicht nur alle Wirtschaftszweige, sondern sie belebte auch alle Landesteile, ja, in mancher Beziehung hat sie gerade auf dem Lande ganz besondere Erfolge zu verzeichnen.

Während das Arbeitnehmerpotential (Gesamtzahl der unselbständigen Beschäftigten) (Zeile 16) von 1954 bis 1959 in den Städten um rd. 11,7 vH zunahm, stieg es auf dem Lande um 12,1 vH, d. h., daß auf dem Lande noch etwas mehr neue

Arbeitsplätze geschaffen werden konnten als in den Städten. Wenn wir früher sahen, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen zurückgeht, so ist dieser Rückgang z. T. auf die Ausweitung der gewerblichen Wirtschaftszweige zurückzuführen; das aber entspricht gerade dem, was wir eingangs als Urbanisierung durch einen sozial-ökonomischen Strukturwandel bezeichnet haben.

Die führende Rolle bei dieser Entwicklung spielt verständlicherweise die Industrie, des zahlenmäßig größten Arbeitgebers in Bayern. So stieg die Zahl der Beschäftigten in der Industrie in den Jahren von 1950 bis 1958 auf dem Lande um 65,8 vH, während die Zunahme in den Städten nur rd. 54,2 vH ausmachte. Bezogen auf 1 000 der Bevölkerung (Zeile 18) aber stieg die Beschäftigtenzahl um rd. drei Viertel, während in den Städten die Bezugszahl nur um ein Drittel zunahm. Bemerkenswert ist, daß sich dabei auch der Umsatz, gemessen an der Einwohnerzahl (Zeile 19), auf dem Lande fast verdreifacht hat gegenüber in den städtischen Industriebetrieben, wo dieser nur um etwas mehr als das Doppelte gestiegen ist. Damit konnte also auch die Arbeitsproduktivität in den ländlichen Industriebetrieben beachtliche Fortschritte machen. Bei diesen Vergleichen muß man allerdings beachten, daß ein nicht unerheblicher Teil dieser „ländlichen“ Industriebetriebe sich im unmittelbaren Vorfelde, im Umland der Stadtregionen befindet (von 1953 bis 1958 entfielen von der Zunahme an Industriebeschäftigten in den ländlichen Industriebetrieben nicht weniger als rd. 15 vH auf das Umland der 9 großen bayerischen Stadtregionen) und somit als ein Teil des städtischen Agglomerationsraumes zu werten ist.

Auch auf dem Lande steigen die Einkommen

Die Erhöhung der gewerblichen Tätigkeit brachte verständlicherweise gerade auf dem Lande eine Erhöhung der Kaufkraft; so ist von 1953 auf 1958 z. B. die ausbezahlte Lohnsumme für die Industriearbeiter je 1 000 der Bevölkerung (Zeile 37) auf dem Lande mit 80 vH wesentlich stärker ge-

St = kreisfreie Städte, L = Landkreise. — ¹⁾ In 1 000 DM. — ²⁾ Ohne Vorkriegsauslandsschulden, jedoch einschl. Kassenkredite.

stiegen als in den Städten (rd. 53 vH) und auch bei den Gehältern ergibt sich ein ähnliches Bild. Diese Erhöhung ergibt sich z. T. aus der Zunahme der Beschäftigtenzahlen, aber auch die Verdienste selber (Zeilen 36 und 38) sind auf dem Lande, insbesondere bei den Arbeitern, stärker angestiegen als in den Städten. Dieses ist z. T. auf tarifliche Lohnangleichungen (Abbau der niedrigen Ortsklassen), z. T. aber auch auf eine Zunahme der qualifizierten Arbeitskräfte in den ländlichen Betrieben zurückzuführen. Dadurch ist das Lohngefälle von Stadt und Land weiter gemildert worden.

Besonders deutlich wird die Erhöhung der Wirtschaftskraft auf dem Lande durch den Anstieg der Realsteuerkraft — die ja in erster Linie von der Industrie getragen wird. Hier lag die Zunahme der Steuerkraft je Einwohner (Zeile 42) mit 77 vH erheblich über der in den Städten mit 62 vH, wobei allerdings die Steuerkraft absolut in den Städten noch immer mehr als doppelt so hoch ist wie auf dem Lande.

Stürmische Motorisierung in Stadt und Land

Das steigende Masseneinkommen bildete die wichtigste Voraussetzung für eine stürmische Motorisierungswelle, die schon bald nach der Währungsreform einsetzte, und, wenn man sämtliche Kraftfahrzeuge zusammenrechnet (Zeile 20), auf dem Lande sowohl relativ als auch absolut die höchsten Bestandszahlen erreicht hat. Allerdings ergeben sich hinsichtlich der Zusammensetzung der Kraftfahrzeuge wesentliche Unterschiede zwischen Stadt und Land.

Auf dem Lande dominieren verständlicherweise die Zugmaschinen (Zeile 24), denn sie sind ja heute die wichtigsten Arbeitsmaschinen auf den bäuerlichen Höfen. Ihre Zunahme seit 1936 stellt alles andere in den Schatten — sie ermöglicht aber auch z. T. die Bewirtschaftung mit einem geringeren Einsatz an menschlichen Arbeitskräften.

Das andere typische Kraftfahrzeug des Landes ist das Kraftrad (Zeile 21), bei dem der absolute Bestand hier mehr als $3\frac{1}{2}$ mal höher und auch relativ noch rd. doppelt so hoch ist wie in den Städten. Zum Teil sind schlechtere Wegeverhältnisse hierfür maßgebend, zum anderen sind aber gerade mit dem Kraftrad die oft entlegenen und schwer zugänglichen Feld- und Grünlandflächen noch am besten zu erreichen. Zum Teil kommen hier aber auch noch gewisse Kaufkraftunterschiede zum Ausdruck.

In den Städten herrschen, gemessen an der Einwohnerzahl, die Personenkraftwagen vor (Zeile 22), wenn auch die absolute Zahl auf dem Lande bereits größer und vor allem die Zuwachsrate von 1950 auf 1959 hier um annähernd das Achtfache erheblich höher war als in den Städten (mit gut dem Fünffachen). Als Gegenstück zur Zugmaschine bildet der LKW (Zeile 23) das typische motorisierte Arbeitsgerät der Stadt.

Der Lebensstandard in Stadt und Land nähert sich an

Wenn es auch keine exakten Maßzahlen für den Lebensstandard in Stadt und Land gibt, so kann man doch anhand einiger Angaben über die Versorgung mit bestimmten Waren und Dienstleistungen Anhaltspunkte für einen solchen Vergleich gewinnen.

Schon seit langem hat man in diesem Zusammenhang die Zahl der Rundfunk- und neuerdings auch der Fernsehgeräte herangezogen. Aus der Übersicht können wir ersehen, daß bei den Rundfunkgeräten (Zeile 25) die Versorgung auf dem Lande sich in der kurzen Zeit von 1953 bis 1957 erheblich verbessert hat und dem städtischen Niveau sich annähert. Bei den Fernsehgeräten (Zeile 26) ist allerdings die Stadt dem Lande, nachdem dieses zu Beginn ein leichtes absolutes Übergewicht hatte, zunächst einmal davongeeilt und hat — auf die Bevölkerung bezogen — einen fast $1\frac{1}{2}$ mal so hohen Bestand erreicht.

Auch auf dem Gebiet der Gesundheitspflege ist eine merkliche Verbesserung auf dem Lande zu verzeichnen. Die Zahl der Ärzte (Zeile 32), der Apotheken (Zeile 34) und auch der Krankenhausbetten (Zeile 35) hat, bezogen auf die Bevölkerung, auf dem Lande stärker zugenommen als in den Städten, wenn auch in diesen die Versorgung immer noch erheblich besser ist. Nur der Facharzt (Zeile 33) ist ausgespro-

chen auf die Stadt konzentriert, und wird es wohl auch in Zukunft bleiben, da er nur von diesen zentralen Orten aus den genügend großen Patientenkreis erreicht und die hochwertigen Einrichtungen rationell einsetzen kann.

Im Bereich von Kultur und Bildung können wir bei den Höheren und Mittelschulen (Zeilen 27 bis 30) auf dem Lande die gleiche positive Entwicklung feststellen, wo insbesondere bei letzteren die Zahl der Schulen sich von 1950 bis 1958 um mehr als zwei Drittel erhöht hat und absolut gesehen über der in den Städten liegt.

Nicht zuletzt ist auch auf die Wohnungsverorgung hinzuweisen. Wenn man bedenkt, daß infolge der Kriegszerstörungen und des schon bald einsetzenden Zustroms der Flüchtlinge vom Lande, die Städte zweifellos die Brennpunkte des Wohnungsbedarfes darstellten, so müssen die Zahlen über die Fertigstellung von Wohnungen (Zeile 31) im Jahre 1958 im Vergleich zu 1950 direkt verwundern: während die absolute Zahl der jährlichen Fertigstellungen in den Städten nur um 15,7 vH zunahm und gemessen an der Bevölkerungszahl praktisch unverändert geblieben ist, erhöhte sich die Zahl auf dem Lande um 66,3 vH und in bezug auf die Bevölkerung sogar um genau 75 vH! Es kann also auf dem Lande praktisch kaum noch eine Wohnungsnot geben, während sie in den Städten noch auf Jahre hinaus akut sein wird.

Bei diesen Zahlen muß man allerdings den gleichen Umstand wie bei der Entwicklung der Industrie berücksichtigen. Auch hier entfällt ein nicht unerheblicher Teil der Bautätigkeit auf die Umlandgemeinden der Stadtregionen, wo, gefördert durch die Eigenheimpolitik der Bundesregierung, die Familienheime der Städter entstehen, so daß ein Teil dieser Wohnungen auf dem Lande unmittelbar den Städten zugute kommt.

Unterschiedliche Lasten in Stadt und Land

Bei den vielen Annäherungspunkten gibt es aber auch noch eine Reihe von Problemen, die Stadt und Land unterschiedlich belasten.

Trotz des starken Abbaues der Arbeitslosigkeit (Zeile 17), die fast zu einer völligen Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven geführt hat, ist doch die Zahl der Arbeitslosen auf dem Lande immer noch mehr als doppelt so groß wie in den Städten, ja, bezogen auf die jeweilige Bevölkerung, hat sich die Situation auf dem Lande vergleichsweise sogar noch etwas verschlechtert. Wir hatten schon beim Altersaufbau gesehen, daß gerade das Land in erhöhtem Maße ältere Bevölkerungskreise hat aufnehmen müssen und so wird denn auch hier in erster Linie die Last der „strukturellen Arbeitslosigkeit“ zu tragen sein.

Demgegenüber konnten die Lasten für die Fürsorgeunterstützungen (Zeile 40) auf dem Lande wesentlich stärker reduziert werden als in den Städten, die auch schon vor dem Kriege die relativ höheren Aufwendungen zu verzeichnen hatten.

Besonders kraß werden die Unterschiede zwischen Stadt und Land, wenn man die Aufwendungen der öffentlichen Hand in den Kommunen miteinander vergleicht. In beiden Fällen konnten die gestellten Aufgaben nicht aus den laufenden Einnahmen beglichen werden und die Gemeindeverwaltungen waren daher darauf angewiesen, Schulden aufzunehmen (Zeile 41); in den Städten beträgt jedoch die Verschuldung, wiederum auf die Bevölkerung bezogen, das $2\frac{1}{2}$ fache des Betrages auf dem Lande. Das zeigt, daß der höhere Lebensstandard in den Städten auch entsprechend höher bezahlt werden muß.

Zum Schluß sei noch vermerkt, daß auch die Städte auf gewissen Gebieten gegenüber dem Lande noch etwas aufzuholen haben. So haben z. B. die Landbewohner bei allen großen Wahlen seit 1950 (Zeile 43) ein größeres Interesse am politischen Geschehen gezeigt als die Städter, wie das der Anteil der Wähler an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten zeigt. Aber auch hier kann man umgekehrt feststellen, daß der Anteil der Nichtwähler in den Städten laufend stärker abgenommen hat als auf dem Lande und daß somit sich auch auf diesem Gebiet der Abstand zwischen Stadt und Land verringert.

Dr. O. Boustedt

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013			2014		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	April	Februar	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 443	12 520	12 604	12 522	12 525	12 533
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	4 940	5 148	...	1 840	3 178	3 512
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,9	...	1,9	3,0	3,4
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 641	8 921	...	7 743	8 144	9 003
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,2	8,5	...	8,1	7,7	8,7
* Gestorbene ³	Anzahl	10 247	10 453	...	11 251	11 609	12 155
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,8	9,9	...	11,7	10,9	11,8
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	27	23	...	18	26	17
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	2,6	...	2,3	3,2	1,9
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	12	...	6	18	10
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,7	1,4	...	0,8	2,2	1,1
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 607	-1 532	...	-3 508	-3 465	-3 152
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	-1,5	-1,5	...	-3,7	-3,3	-3,1
* Totgeborene ²	Anzahl	26	25	...	22	32	25
Wanderungen (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	25 756	28 295	30 527	23 042	25 852	32 208
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	15 086	17 733	20 014	14 670	16 846	21 703
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 417	20 663	22 390	19 134	19 903	20 867
* darunter in das Ausland	Anzahl	10 028	11 391	13 050	11 972	11 332	11 558
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 670	10 563	10 514	8 372	9 006	10 505
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 389	9 272	9 340	7 162	8 571	9 309
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	6 339	7 632	8 137	3 908	5 949	11 341
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	41 749	42 140	43 522	35 843	39 333	43 262
		2011	2012	2013	2012			2013		
		Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.
Arbeitsmarkt⁵										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 727,1	4 843,8	4 930,7	4 827,4	4 913,8	4 858,9	4 913,0	5 008,9	4 938,1
* Frauen	1 000	2 154,2	2 211,3	2 258,9	2 195,6	2 236,4	2 231,8	2 242,5	2 287,4	2 272,1
* Ausländer	1 000	406,9	451,1	492,5	450,9	466,6	456,2	491,8	512,0	496,4
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	1 231,4	1 200,8	1 224,8	1 246,4	1 244,0
* darunter Frauen ⁷	1 000	1 021,2	998,5	1 014,1	1 032,7	1 032,3
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	22,7	23,3	24,3	24,7	25,0	20,9	26,1	26,3	21,8
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 615,3	1 647,8	1 668,4	1 645,7	1 672,9	1 646,0	1 665,5	1 696,1	1 666,5
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 347,4	1 373,5	1 391,5	1 366,6	1 384,8	1 381,1	1 382,4	1 404,3	1 399,2
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 279,7	1 304,7	1 321,2	1 297,7	1 315,3	1 312,3	1 312,3	1 333,0	1 328,6
* F Baugewerbe	1 000	267,8	274,3	277,0	279,0	288,1	264,9	283,1	291,8	267,3
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 087,3	3 169,6	3 235,2	3 154,0	3 212,8	3 189,1	3 218,8	3 283,6	3 247,1
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 048,6	1 072,1	1 088,8	1 068,3	1 088,1	1 075,5	1 081,8	1 106,0	1 092,2
* J Information und Kommunikation	1 000	161,4	168,1	172,7	166,2	170,3	170,6	172,0	174,1	173,3
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	185,2	186,8	188,9	185,2	188,0	188,3	187,2	190,6	189,7
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	27,4	29,3	29,9	29,1	29,7	29,6	30,0	30,0	29,9
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	552,5	578,3	597,7	576,7	593,5	578,6	598,7	616,5	596,8
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	941,2	962,5	985,5	955,5	968,4	975,1	977,6	993,6	995,3
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	171,2	172,6	171,6	173,0	174,8	171,3	171,4	172,9	170,0
		2011	2012	2013	2013			2014		
		Jahresdurchschnitt			August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
* Arbeitslose	1 000	254,3	248,8	264,5	264,1	253,6	249,1	253,0	262,8	...
* darunter Frauen	1 000	122,3	118,7	123,5	129,9	125,4	119,1	121,9	128,0	...
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8, 9}	%	3,8	3,7	3,8	3,8	3,6	3,5	3,6	3,7	...
* Frauen	%	3,9	3,7	3,8	4,0	3,8	3,6	3,7	3,9	...
* Männer	%	3,7	3,6	3,9	3,6	3,5	3,5	3,5	3,6	...
* Ausländer	%	8,7	8,5	8,8	8,5	8,4	8,1	8,1	8,3	...
* Jugendliche	%	3,0	3,0	3,2	4,1	3,4	2,6	3,2	4,2	...
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	22,3	18,2	19,9	7,7
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	67,5	70,1	64,4	67,5	67,6	68,5	73,3	75,7	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.
8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.
9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.
11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013		2014			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	547,4	528,4	520,7	491,3	526,2	521,1	486,9	497,3	512,8
darunter Rinder	1 000	74,7	75,0	74,1	58,6	65,5	71,0	62,9	67,1	75,2
darunter Kälber ²	1 000	2,1	1,8	1,7	1,3	1,4	2,1	1,3	1,3	1,1
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,7	0,4	0,5	0,4
Schweine	1 000	461,4	442,3	436,1	424,2	450,7	431,5	415,4	419,9	429,6
Schafe	1 000	10,6	10,4	9,9	10,0	9,2	17,2	8,0	8,5	7,4
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	539,5	522,1	515,3	487,6	522,7	516,2	483,7	494,1	509,5
darunter Rinder	1 000	73,6	74,1	73,2	57,9	65,0	70,3	62,4	66,5	74,7
darunter Kälber ²	1 000	1,9	1,7	1,5	1,2	1,3	2,0	1,2	1,3	1,0
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,6	0,4	0,5	0,4
Schweine	1 000	456,2	438,2	432,9	422,2	448,8	429,3	413,7	418,1	427,9
Schafe	1 000	9,1	9,2	8,7	7,1	8,3	15,5	7,2	7,7	6,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	339,0	341,2	343,0	346,7	342,1	343,4	347,8	346,1	342,9
darunter Kälber ²	kg	103,5	108,1	109,7	111,9	108,1	110,6	112,2	112,8	109,4
Jungrinder ³	kg	183,1	186,2	177,0	171,1	188,6	187,0	184,9	173,0	189,5
Schweine	kg	94,9	95,4	95,4	95,4	94,3	96,0	95,8	95,1	94,7
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	69,4	68,0	67,3	60,9	65,1	66,1	61,9	63,6	66,6
darunter Rinder	1 000 t	25,3	25,6	25,4	10,3	22,4	24,3	21,9	23,2	25,8
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	43,8	42,2	41,6	40,5	42,5	41,4	39,8	39,9	40,7
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1
* darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	68,5	67,4	66,7	60,5	64,7	65,7	61,5	63,0	66,2
* darunter Rinder	1 000 t	25,0	25,3	25,2	20,1	22,2	24,1	21,7	23,0	25,6
* darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
* Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	43,3	41,8	41,3	40,3	42,3	41,2	39,6	39,7	40,5
* Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	3 731	3 900	3 964	3 989	3 991	4 685	4 713	4 712	4 918
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 249	3 431	3 472	3 381	3 441	4 176	4 076	4 110	...
* Konsumeier ⁶	1 000	81 101	86 410	86 782	78 311	86 514	107 778	104 504	101 184	...
* Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	12,6	13,3	13,4	12,6	13,9	14,5	14,6	14,6	15,5
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	8,3r	8,8	5,3r	4,6	5,0r	3,0r	2,4
Weizen	1 000 t	132,6r	130,0r	53,1r	44,8	37,9r	24,8r	25,8
Gerste	1 000 t	46,4	33,6r	12,6r	13,0	14,9r	4,9	2,4
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,7	1,6	0,6	0,8	0,3r	0,2	0,2
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	98,5	98,7r	107,4	99,2	113,8	102,8	102,9
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,1	11,7r	11,5	10,6	12,5	11,1	10,7
Weizen und -gemenge	1 000 t	86,5	87,0r	95,9	88,6	101,4	91,8	92,3
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	37,2r	46,3	40,9r	16,5	22,4r	32,1r	29,4
Weizen	1 000 t	519,3r	511,3	441,6r	209,0	123,8r	374,7r	316,4
Gerste	1 000 t	360,3r	320,3	219,8r	148,4	165,6r	155,9r	134,7
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	7,8	8,7	8,7	6,6	6,2r	5,6	4,9
Mais	1 000 t	115,9r	147,0	75,7	61,7	36,8r	40,0r	36,8
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	2 043	2 503r	2 114	2 038	...	2 518
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	156	199	131	133	...	193
11 bis 13	1 000 hl	1 868	2 285r	1 955	1 883	...	2 279
14 oder darüber	1 000 hl	19	18r	27	22	...	47
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	472	547	441	450	...	531
dav. in EU-Länder	1 000 hl	300	341r	255	273	...	336
in Drittländer	1 000 hl	172	206r	186	177	...	195

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013		2014			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbebeanmeldungen ²	1 000	12,0	11,0	10,8	10,1	12,5	10,6	10,1	9,4	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,7	9,6	9,3	8,3	10,0	8,4	8,0	7,7	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 839	3 874	3 891	3 890	3 888	3 837	3 842	3 842	3 840
* Beschäftigte	1 000	1 088	1 095	1 089	1 089	1 095	1 102	1 104	1 107	1 112
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	372	374	373	372	375	384	385	385	387
Investitionsgüterproduzenten	1 000	516	525	522	522	523	521	522	524	525
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	40	35	35	35	35	35	35	35	35
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	159	157	158	160	159	159	161	162
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	139 399	140 284	129 305	139 546	154 270	142 851	141 444	132 277	153 877
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 250	4 438	4 707	4 521	4 822	4 543	4 875	4 907	5 076
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 746	26 935	25 953	27 428	28 639	27 719	28 004	27 889	29 672
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 822	6 827	6 811	6 952	7 394	7 424	7 286	7 134	7 670
* Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 217	15 427	14 658	15 849	16 185	15 640	16 023	15 998	17 089
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 042	3 120	3 011	3 060	3 408	3 210	3 111	3 176	3 415
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 213	14 546	14 156	14 849	15 226	15 098	15 276	15 258	16 227
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden										
von Steinen und Erden	%	105,9	105,8	100,9	108,2	113,7	110,0	111,0	108,3	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	97,7	96,8	103,3	113,3	125,0	105,8	109,4	106,9	...
Verarbeitendes Gewerbe	%	106,0	105,8	100,9	108,1	113,6	110,1	111,0	108,3	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	103,9	104,5	103,5	108,3	114,5	112,3	112,2	109,0	...
Investitionsgüterproduzenten	%	108,1	107,3	100,5	109,8	113,1	110,5	112,8	109,7	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,0	104,7	100,9	103,7	115,3	108,2	105,2	106,2	...
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 = 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt										
Inland	%	105,5	110,5	104,7	112,8	113,1	117,6	116,1	116,9	119,5
Ausland	%	102,4	104,3	93,5	102,1	112,7	109,7	111,5	102,0	113,2
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,4	114,6	111,9	119,6	113,3	122,7	119,0	126,6	123,6
Investitionsgüterproduzenten	%	100,8	105,8	101,4	106,7	108,2	112,5	112,0	108,9	114,1
Gebrauchsgüterproduzenten	%	107,5	113,1	107,0	116,7	115,2	121,1	119,2	121,7	122,3
Verbrauchsgüterproduzenten	%	101,0	94,9	86,0	90,2	94,3	94,6	91,2	94,1	101,3
Energie	%	104,7	105,5	95,0	94,8	122,4	100,7	99,3	98,9	117,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013		2014			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
* Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	128 467	130 624	139 246	143 898	144 765	137 664	139 193	139 541	139 811
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 887	12 481	13 374	15 833	18 114	15 019	14 681	14 443	16 990
* dav. Wohnungsbauten	1 000	5 737	5 600	6 050	7 170	8 239	6 833	6 699	6 507	7 657
* gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 591	3 506	3 724	4 100	4 716	4 118	3 945	3 965	4 558
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 558	3 376	3 601	4 563	5 159	4 068	4 037	3 971	4 775
* Entgelte	Mill. €	299,2	310,5	338,3	350,6	379,5	355,4	353,3	357,8	373,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 446,4	1 482,4	1 611,0	1 769,0	2 110,0	1 608,0	1 696,5	1 768,9	2 008,2
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	560,9	573,4	629,1	670,5	861,5	641,2	706,1	736,4	809,4
* gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	486,4	507,8	524,6	555,7	633,6	565,9	532,0	570,6	646,6
* öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	399,0	401,2	457,4	542,9	614,9	400,9	458,3	462,0	552,3
Messzahlen (2010 = 100)										
* Index des Auftragsseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	116,9	124,8	118,4	147,6	132,7	147,9	135,1	135,6	136,4
* davon Wohnungsbau	Messzahl	111,0	119,3	125,2	145,6	160,9	133,8	142,2	140,3	132,3
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	130,1	130,3	116,8	159,5	118,3	149,2	124,5	123,7	138,5
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	108,0	123,2	115,7	135,9	130,2	155,8	142,2	145,6	136,8
darunter Straßenbau	Messzahl	110,9	133,9	127,1	158,4	171,3	193,3	183,6	173,3	151,0
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5,6}										
* Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	48 891	50 226	59 121	58 710	.	.	.	60 480	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 040	5 110	6 065	18 141	.	.	.	18 264	.
* Entgelte	Mill. €	117,3	122,9	148,8	442,1	.	.	.	459,6	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	515,8	514,3	621,1	1 704,3	.	.	.	1 769,5	.
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe	Anzahl	258	253	253	254	254	249	249	249	245
* Beschäftigte	Anzahl	30 060	29 895	29 734	29 652	29 640	29 529	29 439	29 371	29 360
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 675	3 621	3 556	3 536	3 990	3 559	3 516	3 183	3 928
* Brutto- und -gehaltssumme	Mill. Euro	122	124	128	129	118	140	117	130	123
* Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	5 908,6	6 055,2	5 595,1	4 992,5	4 037,1	4 254,9	4 527,6	5 016,8	.
* Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	5 601,2	5 749,6	5 303,8	4 742,8	3 827,9	4 004,0	4 275,3	4 751,5	.
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	509,2	520,7	490,3	337,1	254,1	333,5	341,6	308,9	.
* Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	999,4	1 014,3	1 058,3	659,1	507,9	862,2	722,7	558,1	.
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 = 100)	Messzahl	.	.	.	100,2	.	.	.	100,8	.
* Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 = 100) (ohne Mehrwertsteuer)	Messzahl	.	.	.	106,6	.	.	.	108,3	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 013	1 901	1 980	2 084	2 392	2 323	2 247	2 023	2 188
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 807	1 681	1 733	1 803	2 074	2 086	2 012	1 748	1 891
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 523	2 465	2 611	2 854	3 332	2 964	2 860	2 641	2 817
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	718	716	776	858	975	897	886	809	870
* Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	433	427	453	486	573	511	495	456	493
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	815	726	709	849	877	854	747	723	705
* Umbauter Raum	1 000 m ³	4 460	4 187	4 265	4 186	6 282	4 127	3 951	5 021	4 337
* Veranschlagte Baukosten	Mill. €	599	569	559	530	664	578	513	519	648
* Nutzfläche	1 000 m ²	658	606	619	620	833	701	561	614	644
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 381	4 416	4 677	4 950	5 933	5 212	5 074	5 010	4 896
* Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	19 585	18 922	19 747	21 281	24 971	22 176	21 493	20 178	21 047
		2011	2012	2013 ¹⁴	2013 ¹⁴		2014 ¹⁴			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	12 140,0	12 299,3	12 280,3	12 033,2	12 579,6	12 608,7	12 302,5	12 103,6	12 260,5
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	635,1	638,7	639,5	648,2	636,5	632,7	645,5	663,6	644,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	11 021,6	11 224,5	10 688,8	10 408,9	10 953,6	11 015,0	10 724,1	10 560,7	10 686,8
* davon Rohstoffe	Mill. €	1 594,4	1 680,2	1 578,6	1 357,7	2 062,4	1 400,6	986,7	1 194,5	1 177,2
* Halbwaren	Mill. €	546,6	541,1	523,8	518,5	534,9	511,6	573,9	498,0	504,5
* Fertigwaren	Mill. €	8 880,6	9 003,1	8 586,3	8 532,8	8 356,4	9 102,8	9 163,4	8 868,2	9 005,1
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	985,2	1 007,5	954,2	1 197,6	927,0	794,9	814,5	821,2	814,5
* Enderzeugnisse	Mill. €	7 895,4	7 995,6	7 632,1	7 335,2	7 429,4	8 308,0	8 349,0	8 046,9	8 190,6

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Ungerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013 ¹	2013 ¹		2014 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	8 478,1	8 180,6	8 394,2	8 279,3	8 476,7	8 952,9	8 642,1	8 556,3	8 529,9
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	6 741,3	6 803,3	7 112,3	7 083,9	7 106,3	7 635,9	7 494,5	7 432,0	7 435,4
dar. aus Belgien	Mill. €	310,4	331,3	327,0	311,2	379,6	320,0	316,0	304,1	310,2
Bulgarien	Mill. €	28,0	31,0	31,6	24,4	27,1	34,9	33,9	33,0	34,1
Dänemark	Mill. €	60,9	61,7	59,3	57,3	56,5	73,0	64,9	60,5	60,4
Finnland	Mill. €	39,7	38,7	37,4	32,7	37,5	42,0	39,5	37,5	47,5
Frankreich	Mill. €	554,0	527,3	515,4	504,7	521,7	530,7	542,6	495,2	521,1
Griechenland	Mill. €	30,7	24,9	24,1	26,0	27,5	28,0	24,9	28,9	26,0
Irland	Mill. €	172,4	193,5	163,2	241,4	81,9	76,0	75,8	93,3	79,8
Italien	Mill. €	857,1	853,5	859,5	907,1	909,2	909,7	885,3	855,8	903,0
Luxemburg	Mill. €	19,1	19,0	20,1	17,0	19,3	21,5	20,6	17,1	20,7
Niederlande	Mill. €	588,1	592,7	625,4	619,3	642,2	654,6	636,2	632,6	641,2
Österreich	Mill. €	1 233,3	1 205,2	1 261,2	1 211,4	1 263,6	1 323,0	1 276,5	1 312,7	1 256,3
Polen	Mill. €	338,2	362,3	402,2	383,5	408,4	423,3	439,6	422,3	442,7
Portugal	Mill. €	47,2	54,1	63,6	62,5	66,8	72,7	67,1	67,7	65,3
Rumänien	Mill. €	173,9	164,5	169,3	145,3	151,6	227,8	206,4	233,8	214,0
Schweden	Mill. €	95,9	105,7	130,8	222,7	144,4	119,9	126,8	114,6	122,2
Slowakei	Mill. €	235,5	240,9	238,8	233,9	242,4	243,6	247,1	247,6	266,5
Slowenien	Mill. €	74,0	82,2	81,6	81,2	75,1	82,5	84,6	83,5	81,8
Spanien	Mill. €	212,2	299,9	299,3	298,4	311,1	317,8	314,1	328,6	344,8
Tschechische Republik	Mill. €	774,4	766,5	817,0	773,7	761,3	913,5	890,5	865,3	812,5
Ungarn	Mill. €	453,6	442,3	484,2	452,9	459,7	648,5	686,3	650,7	627,1
Vereinigtes Königreich	Mill. €	403,7	370,9	444,8	417,3	459,7	509,7	454,5	482,6	492,2
Russische Föderation	Mill. €	710,5	699,3	599,7	581,1	702,6	587,2	434,6	450,4	387,7
* Afrika ³	Mill. €	414,4	567,9	513,2	394,4	725,7	382,7	268,5	261,7	354,7
dar. aus Südafrika	Mill. €	47,1	41,7	41,6	37,0	30,9	38,4	44,4	30,6	29,1
* Amerika	Mill. €	1 000,1	996,0	925,9	991,5	824,3	921,3	1 254,0	974,2	924,6
darunter aus den USA	Mill. €	812,9	831,2	768,2	842,4	679,1	784,4	1 096,7	847,9	780,5
* Asien ³	Mill. €	2 229,5	2 540,0	2 435,2	2 352,4	2 538,2	2 343,6	2 129,4	2 300,2	2 438,9
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	1 146,1	1 097,3	942,4	891,3	888,6	905,2	827,9	876,6	1 018,1
Japan	Mill. €	305,8	275,1	246,9	228,7	226,2	265,4	247,2	198,5	202,4
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	17,8	14,7	11,8	15,4	14,5	8,2	8,6	11,1	12,3
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	13 334,9	13 715,7	14 085,3	13 624,0	14 092,7	14 478,1	14 178,7	14 021,9	14 130,4
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	660,2	696,4	692,0	711,7	686,2	701,4	710,0	724,6	728,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 506,6	12 865,9	12 870,1	12 389,3	12 847,0	13 259,6	12 959,8	12 801,7	12 888,6
* davon Rohstoffe	Mill. €	83,2	79,5	73,2	85,0	71,3	84,2	77,0	88,8	79,4
* Halbwaren	Mill. €	603,9	583,7	565,9	540,7	590,8	543,1	539,5	552,9	586,6
* Fertigwaren	Mill. €	11 819,5	12 202,7	12 231,0	11 763,6	12 184,9	12 632,4	12 343,3	12 160,0	12 222,6
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	1 041,7	1 023,0	995,8	1 037,0	1 044,4	1 034,8	1 023,9	1 032,0	1 008,8
* Enderzeugnisse	Mill. €	10 777,8	11 179,8	11 235,2	10 726,6	11 140,5	11 597,5	11 319,4	11 127,9	11 213,8
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	8 640,5	8 540,1	8 793,5	8 668,2	8 913,8	9 032,7	8 775,5	8 703,2	8 840,0
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	7 322,8	7 221,4	7 511,1	7 373,1	7 638,1	7 720,4	7 463,7	7 494,0	7 586,2
dar. nach Belgien	Mill. €	439,1	551,8	569,0	613,3	481,7	474,3	428,4	409,8	392,3
Bulgarien	Mill. €	25,9	34,7	29,4	28,8	31,4	30,3	28,3	25,4	28,7
Dänemark	Mill. €	101,0	114,8	115,0	109,8	125,6	130,0	118,9	118,7	114,6
Finnland	Mill. €	93,0	96,0	99,7	92,2	95,1	105,5	92,2	92,3	92,5
Frankreich	Mill. €	947,1	938,6	990,1	917,3	1 089,0	980,4	965,7	930,5	972,9
Griechenland	Mill. €	49,5	43,3	47,1	42,3	58,9	43,4	47,5	44,0	44,0
Irland	Mill. €	49,6	51,1	59,6	56,1	51,3	58,8	53,1	51,9	50,3
Italien	Mill. €	959,5	878,4	875,2	887,8	949,2	890,3	880,7	897,6	903,2
Luxemburg	Mill. €	42,8	37,9	39,0	39,1	42,4	42,3	41,1	38,2	38,0
Niederlande	Mill. €	495,7	476,6	476,1	471,9	481,5	508,7	472,5	487,6	463,0
Österreich	Mill. €	1 161,7	1 129,0	1 117,8	1 067,6	1 153,1	1 097,2	1 104,5	1 086,0	1 109,1
Polen	Mill. €	361,9	349,6	377,4	383,0	389,0	410,8	394,8	382,6	400,2
Portugal	Mill. €	84,3	78,2	84,3	91,2	86,3	96,4	95,9	89,6	96,6
Rumänien	Mill. €	121,5	125,0	129,2	133,8	127,5	141,5	140,9	135,1	163,1
Schweden	Mill. €	242,4	254,4	255,0	257,0	252,9	314,6	270,0	289,9	288,0
Slowakei	Mill. €	159,9	150,5	158,7	151,8	162,7	151,0	164,0	164,6	170,4
Slowenien	Mill. €	55,1	54,2	54,0	53,7	55,1	58,8	59,7	56,6	53,6
Spanien	Mill. €	427,5	361,9	359,0	386,1	373,2	382,6	341,3	396,2	360,4
Tschechische Republik	Mill. €	433,2	408,3	444,0	424,1	457,3	457,8	494,7	473,0	493,4
Ungarn	Mill. €	200,8	203,0	214,1	215,9	218,6	242,1	229,7	217,4	225,2
Vereinigtes Königreich	Mill. €	812,5	825,7	929,3	857,1	863,9	1 005,4	946,7	1 014,5	1 037,9
Russische Föderation	Mill. €	338,1	385,9	365,5	373,7	357,1	360,1	386,3	315,8	330,6
* Afrika ³	Mill. €	243,0	268,6	255,4	292,0	294,6	230,6	278,8	234,8	236,9
dar. nach Südafrika	Mill. €	112,2	122,2	116,9	146,1	140,6	95,0	98,9	90,4	98,5
* Amerika	Mill. €	1 735,9	2 028,7	2 121,7	1 929,1	1 970,3	2 132,3	2 033,2	2 065,0	1 959,8
darunter in die USA	Mill. €	1 282,0	1 524,1	1 577,0	1 392,0	1 415,2	1 587,9	1 550,4	1 591,6	1 479,4
* Asien ³	Mill. €	2 588,2	2 745,8	2 776,4	2 601,5	2 771,5	2 958,9	2 955,8	2 883,0	2 937,8
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 185,2	1 237,2	1 292,1	1 205,3	1 315,5	1 426,2	1 434,2	1 441,5	1 473,8
nach Japan	Mill. €	256,6	301,8	295,2	240,9	268,2	275,6	255,7	243,9	258,3
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	127,3	132,5	138,3	132,8	142,0	123,6	135,4	135,9	155,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
 3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
 4 EU 27. Ab Juli 2013 28.
 5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012 ¹	2013 ¹	2013 ¹		2014			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Großhandel (2010 = 100)^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	106,7	106,4	105,9	106,7	112,9	109,1	105,8	106,0	..
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	101,9	99,3	99,2	100,1	105,4	102,6	99,6	100,4	..
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	102,3	103,4	108,2	107,8	107,9	108,8	109,2	109,2	..
Einzelhandel (2010 = 100)^{2,5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	103,6	107,3	109,9	105,7	111,2	113,6	113,1	105,1	113,6
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	103,0	107,3	111,4	109,5	114,8	116,6	115,7	109,0	114,7
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	102,9	106,1	108,5	113,5	118,5	112,4	115,0	111,6	116,7
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	102,5	105,6	109,9	103,1	116,9	118,7	118,0	111,4	122,3
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	103,7	107,7	110,5	104,8	113,7	116,8	117,7	106,8	115,1
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	109,1	119,5	123,8	115,0	116,4	121,7	120,6	114,8	133,8
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	102,2	103,8	104,9	100,5	106,4	107,3	107,1	99,8	108,4
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	101,6	103,4	105,2	104,5	104,8	106,3	106,4	106,5	104,0
Kfz-Handel (2010 = 100)^{2,7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	105,1	102,6	101,9	106,4	112,6	115,3	111,9	104,3	..
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	103,7	100,4	99,7	104,5	110,3	113,0	109,6	102,1	..
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	103,1	105,2	112,9	112,1	111,9	113,3	113,5	113,3	..
Gastgewerbe (2010 = 100)²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	104,9	111,6	114,4	119,1	131,4	104,0	126,5	120,9	131,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	104,8	115,9	118,9	128,2	136,8	104,4	131,9	130,1	138,6
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	99,3	110,6	107,0	103,2	112,0	123,4	142,3	141,1	152,8
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	104,9	107,9	110,1	112,7	124,8	104,0	125,1	113,5	124,6
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	105,0	108,0	110,5	112,0	125,0	103,5	124,7	113,2	124,0
Kantinen und Caterer	%	105,8	113,1	117,5	118,0	135,7	109,9	118,3	115,6	135,8
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	103,4	107,9	108,0	112,1	124,1	96,8	117,0	111,6	121,8
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	101,2	103,8	104,9	107,0	109,1	105,1	109,1	108,8	109,8
Fremdenverkehr⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 486	2 596	1 808	2 951	3 652	2 368	2 952	3 111	3 604
* darunter Auslandsgäste	1 000	561	608	404	723	1 004	553	702	734	1 032
* Gästeübernachtungen	1 000	6 746	7 001	5 042	7 567	9 780	6 149	7 439	8 206	9 386
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 174	1 274	893	1 466	2 029	1 148	1 456	1 478	2 066
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	60 532	58 694	57 316	68 714	63 416	68 722	66 722	64 684	64 367
darunter Kraftfahrzeuge ¹⁰	Anzahl	2 873	2 974	2 934	3 830	4 266	6 229	4 668	4 104	3 997
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	51 910	50 208	48 962	59 124	53 137	56 450	56 035	54 964	54 615
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 999	3 722	3 603	4 007	3 742	3 701	4 125	3 874	3 852
* Zugmaschinen	Anzahl	1 450	1 472	1 459	1 413	1 823	1 888	1 490	1 430	1 524
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	204	219	242	248	380	285	262	228	305
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	105 172	106 172	105 933	315 726	319 039	..
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	91 334	92 455	92 138	273 422	274 686	..
private Unternehmen	1 000	13 838	13 717	13 795	42 304	44 354	..
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	29 227	30 364	31 040	32 563	35 634	30 858	33 411	29 486	..
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 427	4 354	4 318	5 504	6 882	4 223	4 877	4 883	..
mit nur Sachschaden	Anzahl	24 800	26 011	26 722	27 059	28 752	26 635	28 534	24 603	..
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	65	55	57	71	96	49	62	69	..
* Verletzte Personen	Anzahl	5 857	5 790	5 731	7 146	8 715	5 534	6 389	6 199	..
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 569	1 594	1 606	1 811	1 779	1 565	1 747	1 846	..
Abgang	1 000	1 564	1 589	1 603	1 725	1 835	1 560	1 758	1 792	..
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	164	149	137	149	143	112	134	160	..
Abgang	1 000	164	148	137	144	152	116	143	163	..
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	31	36	35	45	44	35	38	38	..
Abgang	1 000	32	36	35	41	48	37	39	37	..
Eisenbahnverkehr¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 578	2 501	2 444	2 515	2 584	2 437	2 509	2 237	..
Güterversand	1 000 t	2 043	1 902	1 966	2 022	2 092	1 812	2 015	1 885	..
Binnenschifffahrt										
* Gütereempfang insgesamt	1 000 t	452	432	415	305	521	333	531
davon auf dem Main	1 000 t	250	252	218	197	241	162	287
auf der Donau	1 000 t	201	181	197	108	280	172	245
* Güterversand insgesamt	1 000 t	270	277	230	185	292	128	311
davon auf dem Main	1 000 t	189	180	161	123	183	71	222
auf der Donau	1 000 t	80	96	69	62	110	57	89

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

8 Abschneidgrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkraftfahrzeuge, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013		2014			
		Monatsdurchschnitt ¹			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen^{2,3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	486 599	483 106	470 253	478 646	.	.	.	459 281	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	414 052	413 420	413 783	420 249	.	.	.	407 917	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	78 921	66 245	58 005	63 727	.	.	.	50 945	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	52 326	55 093	50 216	56 348	.	.	.	46 087	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	26 595	11 153	7 789	7 379	.	.	.	4 858	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	59 421	61 530	58 885	58 652	.	.	.	59 009	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	56 463	58 519	56 357	56 021	.	.	.	57 077	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 958	3 011	2 528	2 631	.	.	.	1 932	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	348 257	355 331	353 364	356 267	.	.	.	349 327	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	313 850	321 680	319 971	322 817	.	.	.	316 567	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	34 407	33 651	33 393	33 450	.	.	.	32 760	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	560 515	578 378	574 598	589 957	.	.	.	573 002	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	437 127	452 972	450 479	465 601	.	.	.	451 217	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	403 499	419 187	419 195	431 320	.	.	.	423 872	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	33 627	33 785	31 284	34 281	.	.	.	27 345	.
Spareinlagen	Mill. €	123 389	125 405	124 119	124 356	.	.	.	121 785	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	49 994	49 593	49 206	49 328	.	.	.	48 301	.
bei Kreditbanken	Mill. €	29 793	31 565	30 017	30 373	.	.	.	27 754	.
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 491	1 382	1 294	1 237	1 527	1 224	1 232	1 469	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	113	109	96	76	116	102	84	131	...
* davon Unternehmen	Anzahl	284	274	252	242	272	233	237	241	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	81	77	65	54	75	61	59	79	...
* Verbraucher	Anzahl	908	825	756	743	910	659	705	884	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	2	2	1	1	-	3	-	-	...
* ehemals selbständig Tätige	Anzahl	261	251	248	218	302	275	237	289	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	19	20	20	12	26	24	12	29	...
* sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	38	32	38	34	43	57	53	55	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	10	9	9	9	15	14	13	23	...
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	315 812	490 994	391 681	304 838	632 802	850 248	333 277	667 479	...
davon Unternehmen	1 000 €	196 827	382 936	286 485	180 625	517 185	756 992	193 474	574 579	...
Verbraucher	1 000 €	52 915	44 660	43 629	38 675	57 737	33 599	65 668	40 184	...
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	51 332	50 859	48 358	75 816	54 062	42 483	65 193	46 261	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	14 739	12 539	13 209	9 723	3 819	17 175	8 942	6 455	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	117,1	120,2	133,1	118,0	120,4	131,2	121,6	117,9	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	136,1	134,1	151,3	133,3	132,5	169,2	147,0	137,9	...
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹²										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	245,0	232,3	232,6	233,4	233,3	236,3	234,9
Leistungsempfänger	1 000	445,6	420,4	421,9	423,5	424,0	430,5	428,0
davon von Arbeitslosengeld II	1 000	317,7	298,7	298,9	300,3	300,4	304,4	302,6
Sozialgeld	1 000	127,9	121,7	123,1	123,2	123,6	126,1	125,5
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 054,7	4 320,8	4 663,9	7 479,7	3 839,7	3 508,8	4 006,2	8 038,6	...
davon Lohnsteuer	Mill. €	2 701,1	2 897,6	3 054,6	3 207,5	3 081,3	2 975,2	3 303,3	3 315,2	...
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	557,2	633,2	768,3	2 161,2	- 66,8	287,9	118,9	2 262,3	...
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	341,8	421,2	371,6	945,2	626,6	152,5	246,0	1 172,2	...
Abgeltungsteuer	Mill. €	109,1	109,3	122,8	87,5	112,8	85,6	92,3	54,5	...
Körperschaftsteuer	Mill. €	345,5	259,5	346,6	1 087,3	85,8	7,6	245,7	1 234,4	...
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 676,3	1 731,0	1 905,1	1 827,9	1 862,3	1 813,5	2 130,8	2 029,2	...
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €
Bundessteuern [*]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	204,0	221,1	240,4	211,5	250,5	288,0	335,7	263,7	...
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	70,6	83,0	89,8	75,2	103,6	132,5	175,0	110,1	...
Grunderwerbsteuer	Mill. €	98,2	104,4	112,2	96,4	113,4	121,3	120,0	109,2	...
Biersteuer	Mill. €	12,7	12,5	12,3	14,0	12,0	10,1	15,3	11,6	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2013		2014				
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Noch: Steuern											
Gemeindesteuern ^{1,2,3}	Mill. €	758,9	779,7	830,4	2 761,9		...				
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,0	7,0	29,3		...				
Grundsteuer B	Mill. €	130,5	133,6	135,4	453,9		...				
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	617,4	634,9	683,8	2 264,8		...				
Steuereinnahmen des Bundes³											
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 576,2	1 682,1	1 835,3	3 152,1	1 517,3	1 312,8	1 348,6	3 412,8	...	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6}	Mill. €	23,2	26,1	26,5	0,0	87,3	80,5	0,0	0,0	...	
Steuereinnahmen des Landes³											
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4,5}	Mill. €	1 570,1	1 644,9	1 796,6	3 152,1	1 517,3	1 312,8	1 244,4	3 412,8	...	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4,6,7}	Mill. €	88,6	98,3	99,8	0,0	297,3	287,1	15,8	0,0	...	
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv^{2,3,4}											
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4,8}	Mill. €	433,8	466,6	506,9	754,7	407,6	436,7	361,1	781,4	...	
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €	48,1	51,0	51,3	153,4	
Gewerbesteuer (netto) ^{1,9}	Mill. €	505,1	507,8	558,4	1 865,2	
Verdienste											
		2012	2013	2012		2013		2014			
		Jahreswert			2. Vj.	3. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
* Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten											
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 517	3 535	3 608	3 643	3 629	3 673	...	
männlich	€	3 764	3 764	3 840	3 868	3 846	3 891	...	
weiblich	€	2 951	2 973	3 049	3 095	3 108	3 141	...	
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	6 305	6 417	6 574	6 586	6 643	6 745	...	
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	4 117	4 149	4 225	4 251	4 250	4 301	...	
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	2 909	2 924	2 971	2 999	2 946	2 997	...	
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	2 394	2 419	2 452	2 479	2 441	2 509	...	
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	1 967	2 039	1 997	2 059	2 029	2 062	...	
Produzierendes Gewerbe											
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 189	3 181	3 232	3 208	3 068	3 147	...	
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 710	3 721	3 839	3 912	3 915	3 986	...	
Energieversorgung	€	4 194	4 227	4 221	4 224	4 050	4 141	...	
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen											
Baugewerbe	€	3 009	3 039	3 023	3 005	2 889	3 141	...	
Dienstleistungsbereich											
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 434	3 417	3 516	3 528	3 522	3 516	...	
Verkehr und Lagerei	€	2 790	2 817	2 762	2 829	2 835	2 881	...	
Gastgewerbe	€	2 089	2 083	2 128	2 182	2 249	2 292	...	
Information und Kommunikation	€	4 716	4 729	4 709	4 816	4 781	4 797	...	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 510	4 547	4 495	4 534	4 566	4 567	...	
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 570	3 506	4 006	4 048	3 901	3 953	...	
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	4 347	4 366	4 447	4 477	4 397	4 478	...	
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 235	2 274	2 310	2 323	2 296	2 326	...	
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 158	3 204	3 345	3 318	3 395	3 395	...	
Erziehung und Unterricht	€	3 908	3 919	4 143	4 073	4 158	4 165	...	
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 408	3 429	3 404	3 419	3 428	3 520	...	
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/	
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 177	3 228	3 330	3 412	3 370	3 379	...	
		2009	2010	2011	2012	2013	2013	2014			
		Durchschnitt ¹³					August	Juni	Juli	August	
Preise											
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)											
Gesamtindex	%	98,9	100,0	102,1	104,3	105,8	106,2	106,5	106,9	107,0	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	98,8	100,0	102,8	106,0	109,6	109,3	110,7	110,8	110,0	
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	98,6	100,0	102,0	105,5	108,0	108,7	109,1	109,5	109,8	
Bekleidung und Schuhe	%	100,0	100,0	101,7	104,6	106,2	103,1	106,4	102,1	106,0	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	98,7	100,0	103,1	105,5	107,5	107,7	108,3	108,4	108,6	
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,0	100,0	100,4	101,2	102,4	102,1	102,9	102,8	102,7	
Gesundheitspflege	%	99,4	100,0	100,5	103,1	98,7	98,9	100,5	101,1	101,2	
Verkehr	%	96,7	100,0	104,9	108,2	108,2	108,8	109,1	109,6	109,0	
Nachrichtenübermittlung	%	102,3	100,0	96,5	94,8	93,4	93,3	92,3	92,2	92,0	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	101,0	100,0	99,5	100,6	103,2	106,1	104,1	106,8	106,7	
Bildungswesen	%	98,5	100,0	100,9	102,8	97,3	104,6	76,5	76,7	76,7	
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	98,7	100,0	100,4	102,5	105,2	106,2	107,7	108,5	108,7	
Anderer Waren und Dienstleistungen	%	98,5	100,0	101,5	102,8	104,2	104,5	105,9	106,5	106,5	
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	99,0	100,0	100,9	102,5	103,6	105,3	104,6	106,1	106,3	
Nettokaltmiete	%	98,4	100,0	101,4	102,7	104,0	104,3	105,5	105,6	105,9	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Vj. Kassenstatistik.

2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).

3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 Einschl. Erhöhungsbetrag.

8 Einschl. Zinsabschlag.

9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;

Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;

Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;

Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2013	2014			
		Durchschnitt ¹					Nov.	Februar	Mai	August	
Noch: Preise											
Preisindex für Bauwerke ² (2010 = 100)											
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	99,3	100,0	102,8	105,5	107,8	108,5	109,4	109,9	...	
davon Rohbauarbeiten	%	99,4	100,0	103,2	106,0	107,9	108,5	109,4	109,8	...	
Ausbauarbeiten	%	99,1	100,0	102,5	105,0	107,7	108,5	109,5	110,1	...	
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	99,1	100,0	101,3	102,5	103,8	104,0	105,3	105,9	...	
Bürogebäude	%	99,5	100,0	102,9	105,4	107,6	108,4	109,3	109,8	...	
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	99,5	100,0	103,2	105,6	107,6	108,2	109,1	109,5	...	
Straßenbau	%	99,0	100,0	102,3	105,5	107,8	108,1	108,5	109,2	...	
								2013		2014	
								2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Baulandpreise je m²											
Baureifes Land	€	207,51	223,39	206,57	225,40	223,59	275,08	177,67	223,81	239,06	
Rohbauland	€	43,27	58,59	39,61	46,96	59,72	44,21	65,00	79,97	38,57	
Sonstiges Bauland	€	46,37	39,54	42,56	57,33	61,06	72,04	47,49	67,34	68,67	

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2013	2014			
		Durchschnitt ¹					August	Juni	Juli	August	
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)											
Gesamtindex	%	98,9	100,0	102,1	104,1	105,7	106,1	106,7	107,0	107,0	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	98,8	100,0	102,8	106,3	110,4	110,3	111,4	111,4	110,9	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	98,4	100,0	101,8	104,8	107,0	107,8	109,7	110,0	110,3	
Bekleidung und Schuhe	%	99,3	100,0	101,2	103,3	104,4	101,2	104,2	100,5	103,1	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	99,0	100,0	103,1	105,4	107,5	107,6	108,5	108,6	108,6	
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	99,9	100,0	100,4	101,1	102,1	101,9	102,6	102,5	102,4	
Gesundheitspflege	%	99,2	100,0	100,7	103,2	99,4	99,5	101,2	101,9	102,0	
Verkehr	%	96,7	100,0	104,5	107,7	107,5	108,2	108,3	108,5	108,1	
Nachrichtenübermittlung	%	102,3	100,0	96,5	94,8	93,4	93,3	92,3	92,2	92,0	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,2	100,0	99,7	100,6	103,1	106,1	104,1	106,9	106,9	
Bildungswesen	%	99,7	100,0	99,6	94,0	95,1	96,2	93,4	93,5	93,5	
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	98,9	100,0	101,5	103,6	106,0	106,3	108,3	108,4	108,4	
Andere Waren und Dienstleistungen	%	98,7	100,0	101,6	102,6	104,3	104,6	106,1	106,2	106,2	
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland											
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 = 100)	%	93,4	100,0	106,4	108,7	105,9	105,5	104,0	103,6	...	
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 = 100)	%	96,9	100,0	103,3	104,9	104,3	104,2	104,0	104,1	...	
Index der											
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 = 100) ...	%	98,5	100,0	105,3	107,0	106,9	106,5	105,9	105,8	...	
Vorleistungsgüterproduzenten	%	96,0	100,0	105,6	105,8	104,6	104,0	103,4	103,6	...	
Investitionsgüterproduzenten	%	100,0	100,0	101,2	102,2	103,0	103,0	103,5	103,5	...	
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	99,5	100,0	103,5	106,3	108,4	108,8	109,4	109,5	...	
Gebrauchsgüterproduzenten	%	99,7	100,0	101,7	103,3	104,3	104,4	105,7	105,8	...	
Verbrauchsgüterproduzenten	%	99,4	100,0	103,8	106,8	109,0	109,5	110,0	110,0	...	
Energie	%	99,3	100,0	109,7	113,0	112,0	111,2	108,6	107,9	...	
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 = 100)	%	88,2	100,0	113,0	119,0	120,4	118,8	117,4p	113,2p	...	
Pflanzliche Erzeugung	%	83,9	100,0	114,9	125,3	119,3	110,8	111,2	104,9	...	
Tierische Erzeugung	%	91,0	100,0	111,8	114,9	121,1	124,0	121,4p	118,6p	...	
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 = 100)	%	95,5	100,0	105,8	108,0	107,4	106,9	106,4	106,4	...	
darunter Großhandel mit											
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	.	100,0	104,9	107,7	111,5	112,1	112,1	112,1	...	
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	.	100,0	114,2	121,3	115,8	116,3	111,7	113,3	...	
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel											
zusammen (2010 = 100)	%	99,4	100,0	101,6	103,3	104,4	104,1	104,9	104,8	104,8	
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	99,6	100,0	102,0	104,6	107,2	107,1	108,3	108,1	107,9	
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	98,9	100,0	102,3	105,7	108,8	108,9	109,9	110,0	109,7	
Kraftfahrzeughandel	%	99,8	100,0	101,2	101,9	101,8	101,8	102,1	102,2	102,3	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

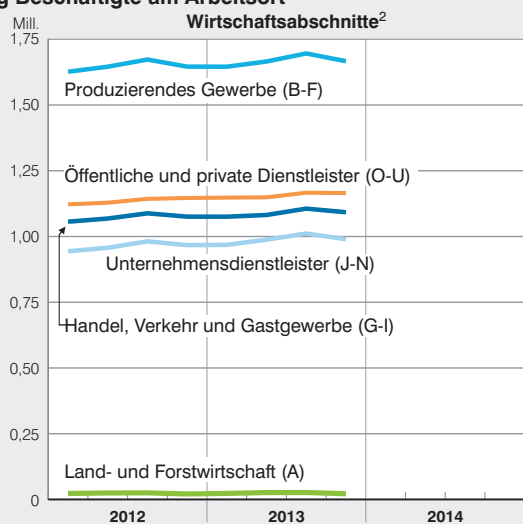
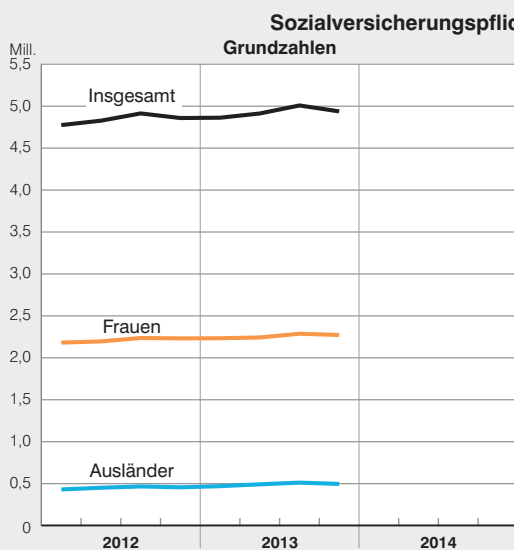
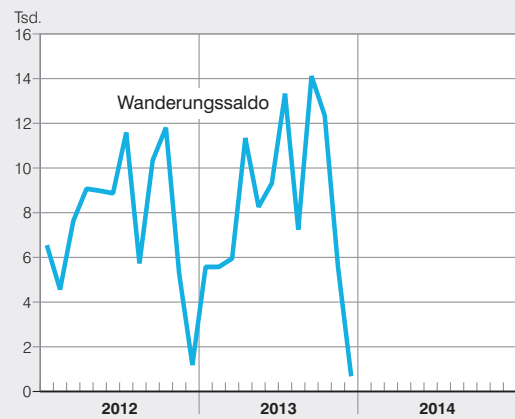
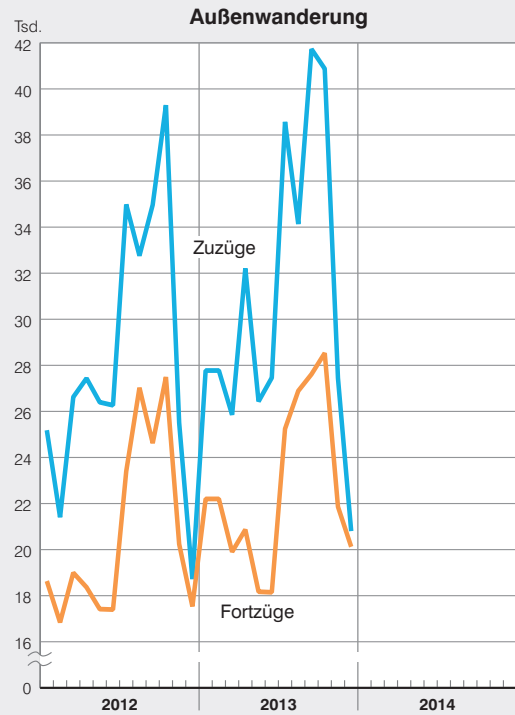
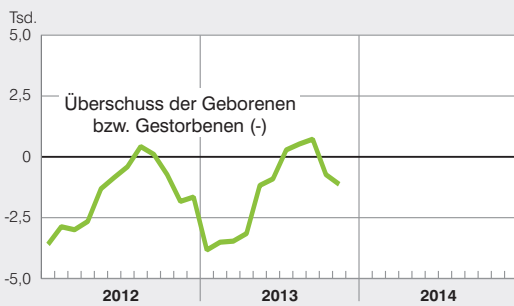
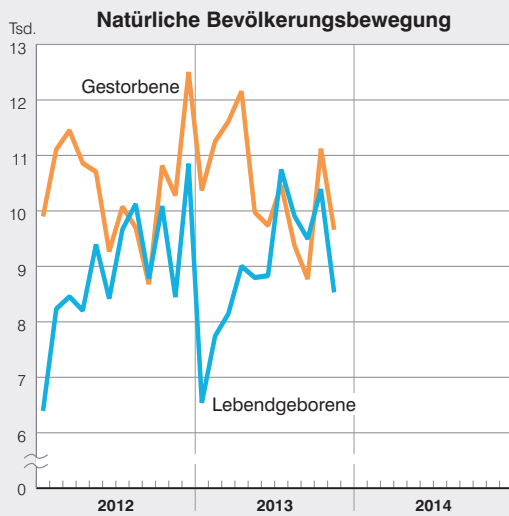
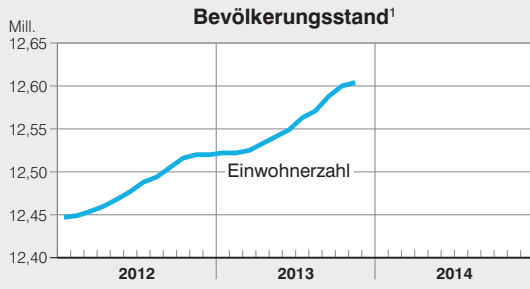
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

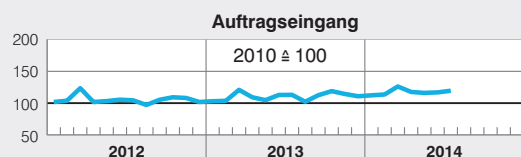
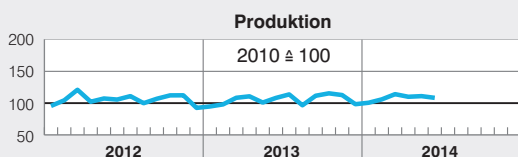
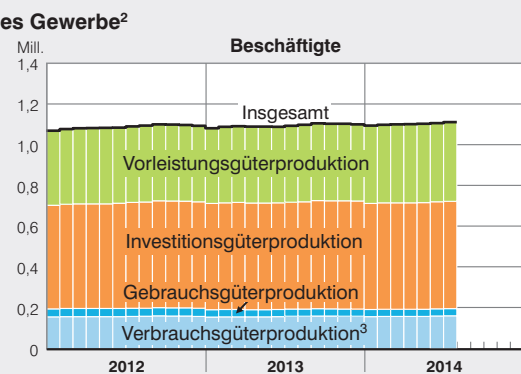
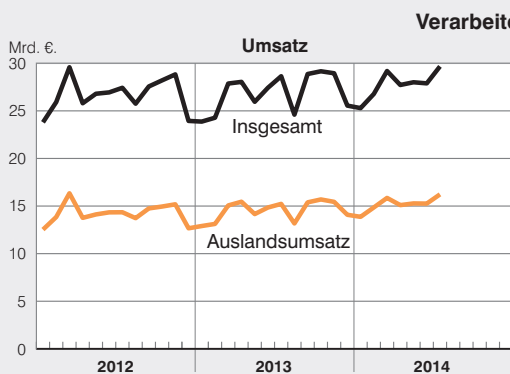
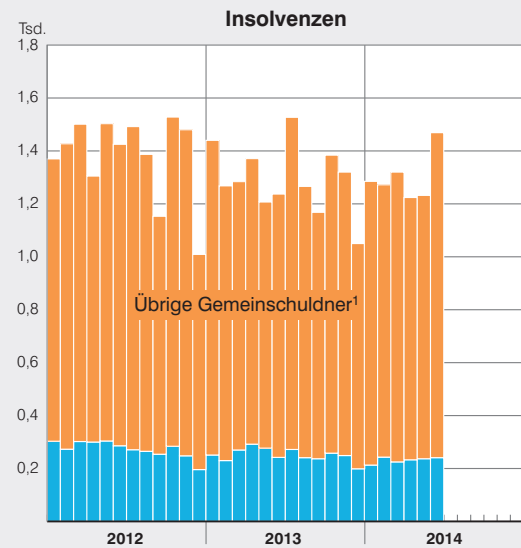
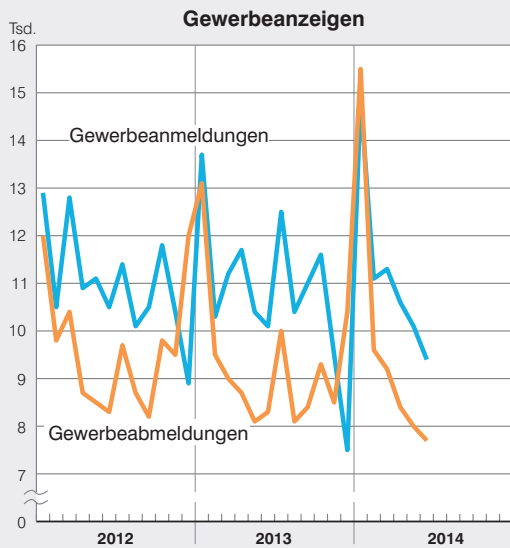
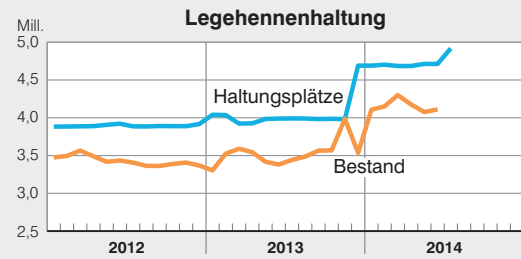
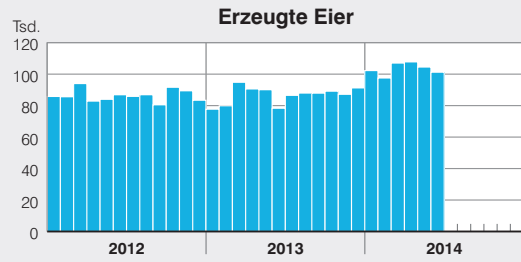
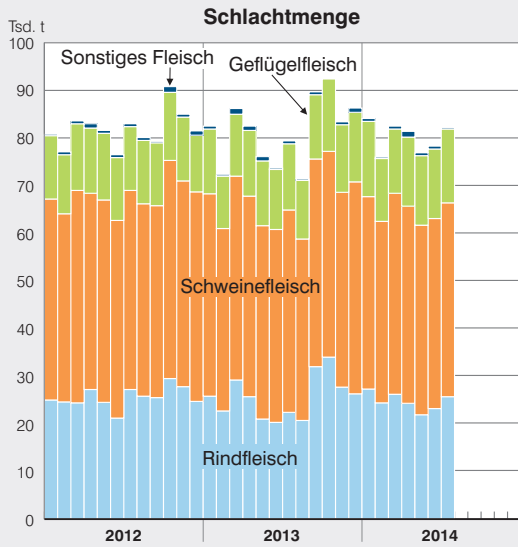
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

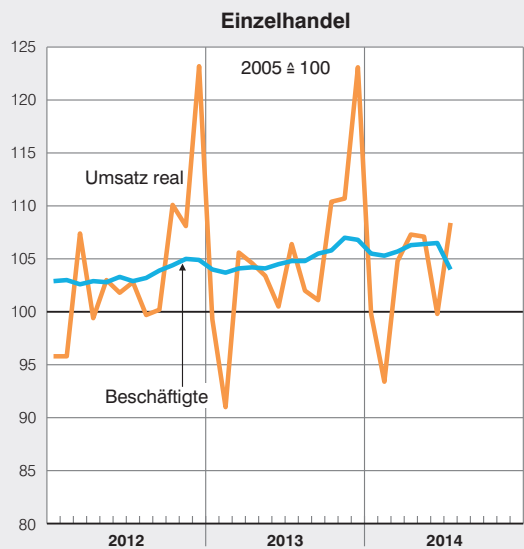
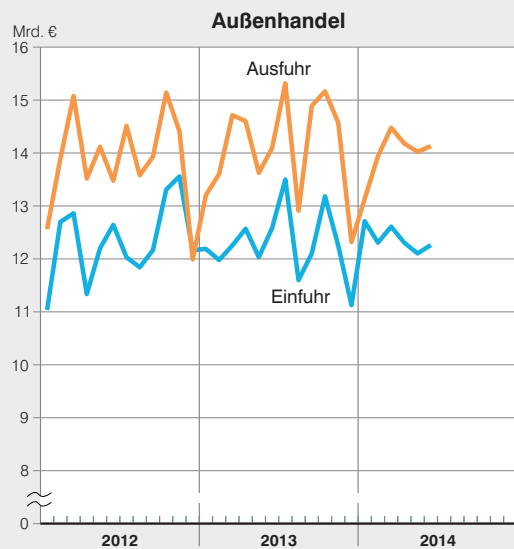
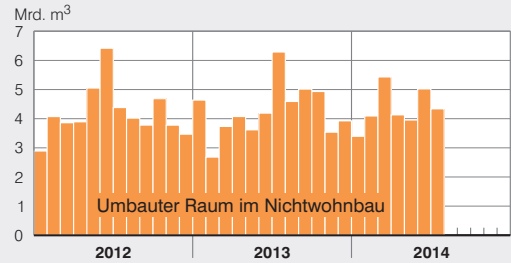
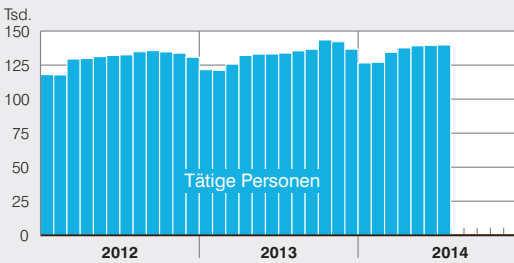
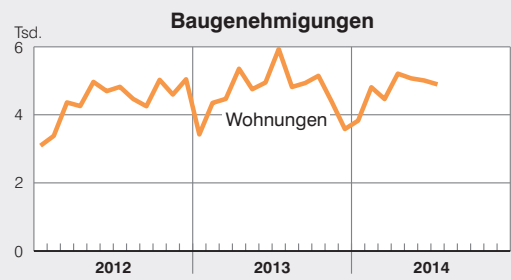
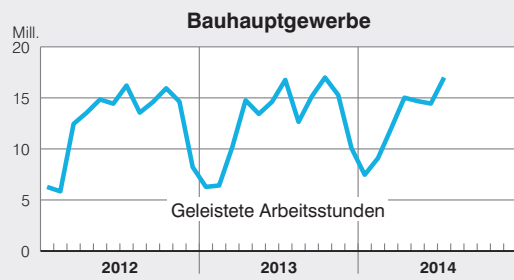
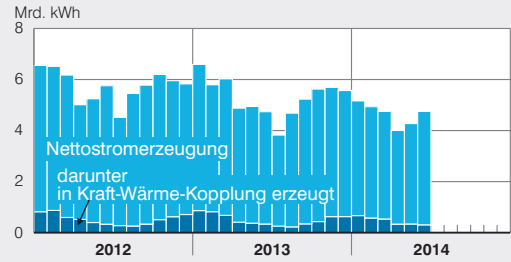
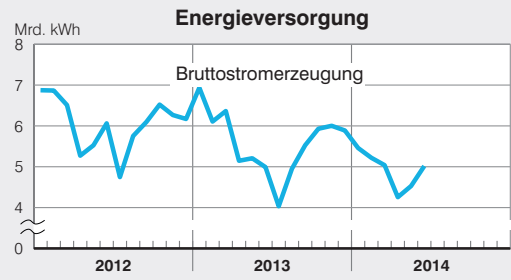
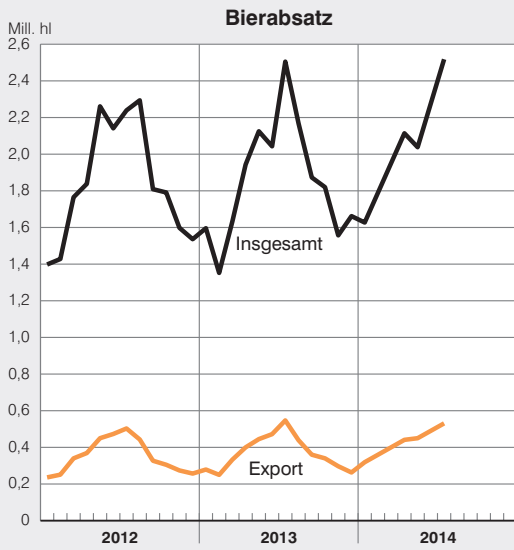


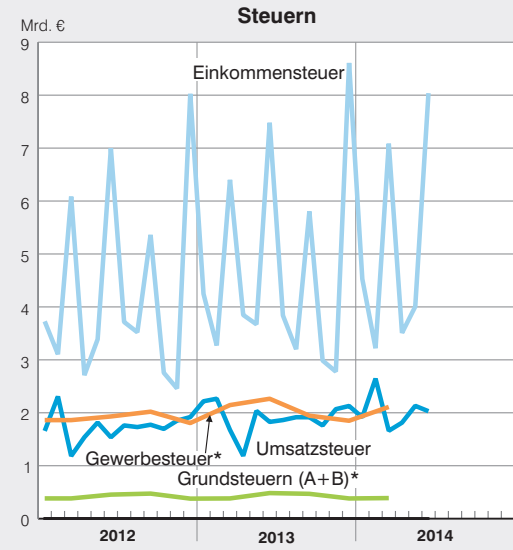
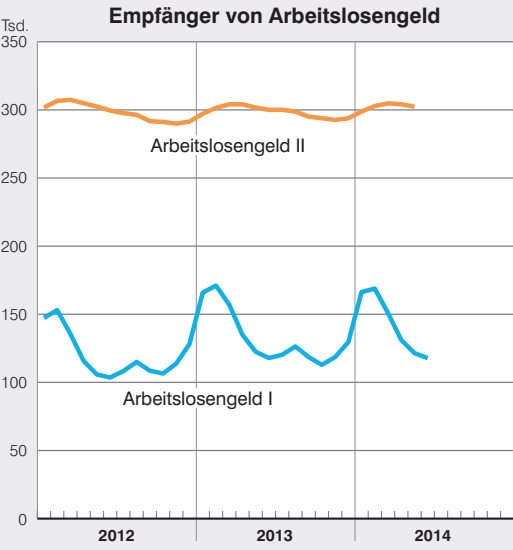
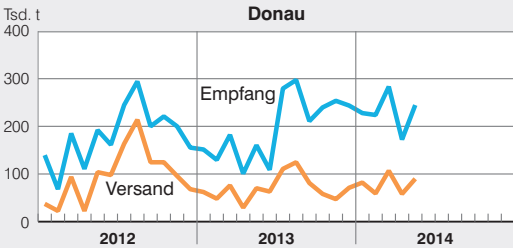
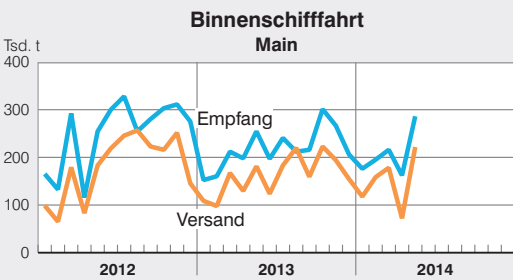
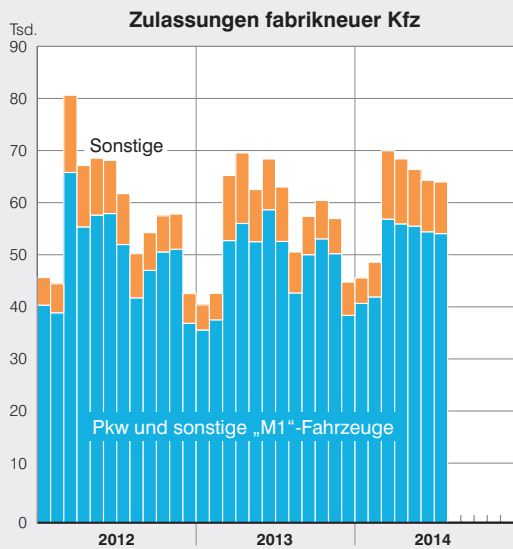
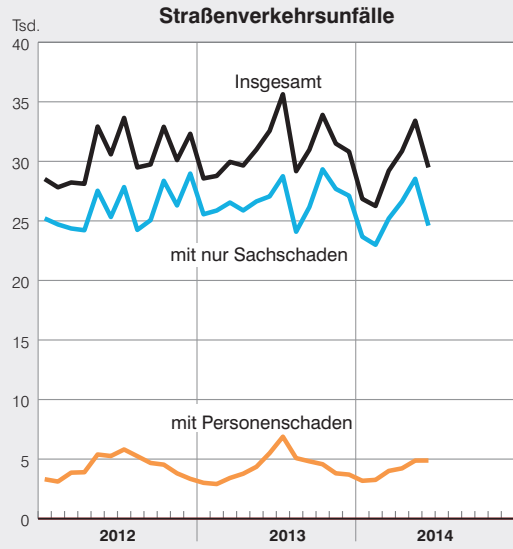
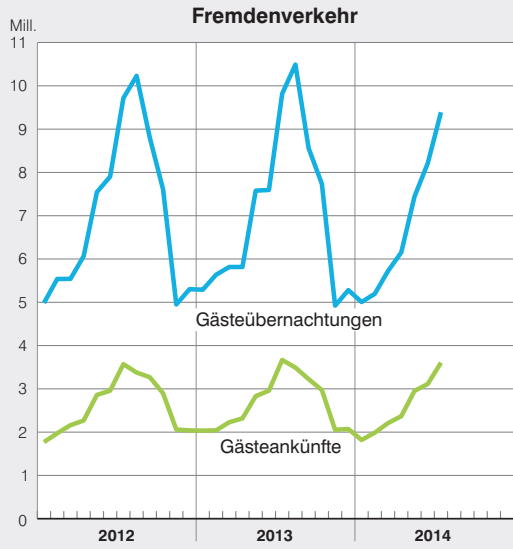
1 Ab Mai 2011 Basis Zensus 2011.

2 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).



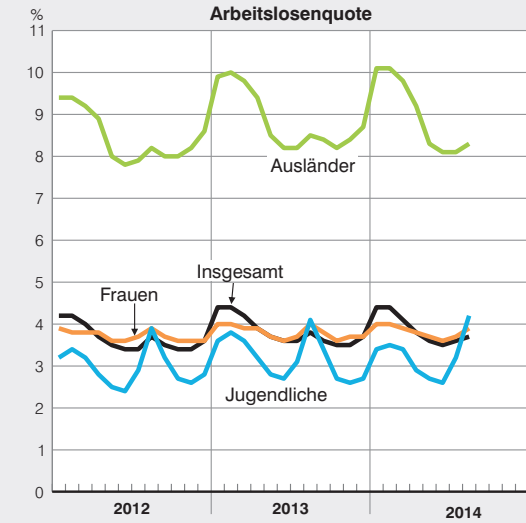
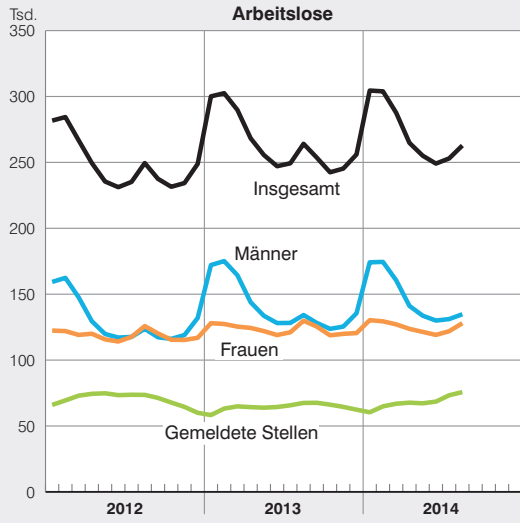
1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.
 2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.
 3 Einschließlich Energie.



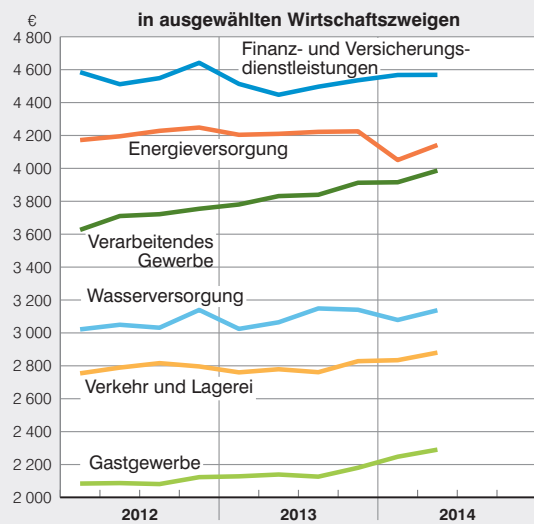
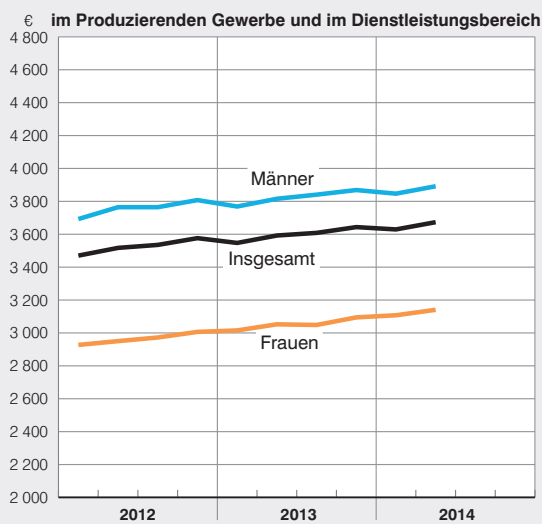


* Quartalswerte.

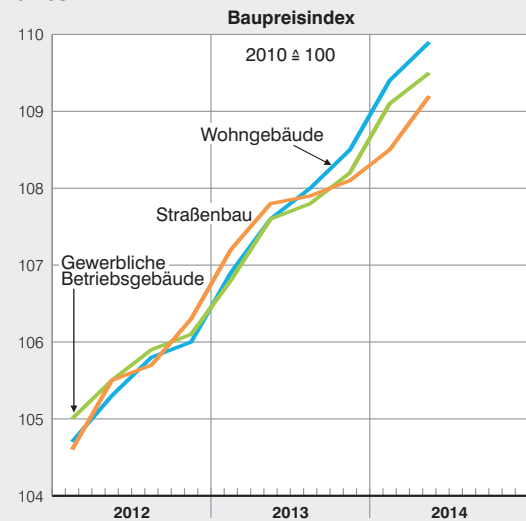
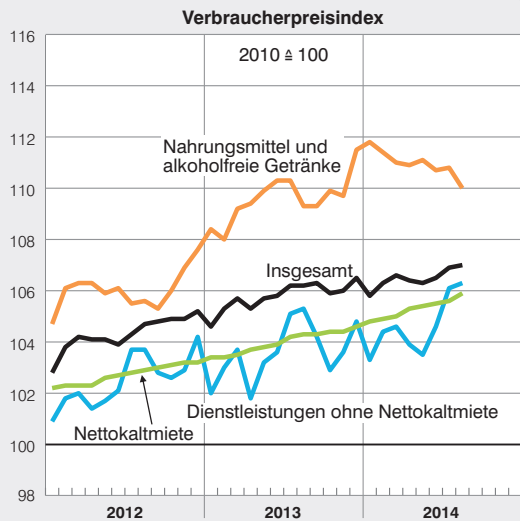
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Schulwesen insgesamt

- Bayerische Schulen/Eckzahlen sämtlicher Schularten – Schuljahr 2013/14 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 20,50 €

Allgemeinbildende Schulen

- Förderzentren und Schulen für Kranke in Bayern Stand: 1. Oktober 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 14,20 €
- Realschulen, Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung, Abendrealschulen in Bayern 2013/14 Stand: 1. Oktober 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 9,40 €

- Gymnasien, Abendgymnasien, Kollegs u.a. in Bayern Schuljahr 2013/14 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 16,00 €

Berufliche Schulen, Berufsbildung

- Berufliche Schulen in Bayern – Schuljahr 2013/14 (Regierungsbezirke) 20,50 €
- Berufsschulen in Bayern – Schuljahr 2013/14 (Regierungsbezirke) 14,50 €
- Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung in Bayern Schuljahr 2013/14 (Regierungsbezirke) 14,20 €

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Gasthörer an den Hochschulen in Bayern Wintersemester 2013/14 (Hochschulorte)

Erwachsenenbildung

- Erwachsenenbildung in Bayern 2012 (Regierungsbezirke)

Rechtspflege

- Abgeurteilte und Verurteilte in Bayern 2013 23,50 €

Wahl zum 17. Bayerischen Landtag 2013

- Landtagswahlen in Bayern/Zeitreihe 1946 bis 2013 (Regierungsbezirke) 18,50 €

Volksbegehren/Volksentscheide

- Volksbegehren „Mehr Zeit zum Lernen – Mehr Zeit zum Leben! Neunjähriges Gymnasium (G9) als Alternative anbieten.“ vom 3. Juli bis 16. Juli 2014. Endgültiges Ergebnis (Kreisfreie Städte und Landkreise) 6,10 €

Europawahl in Bayern am 25. Mai 2014

- Repräsentative Wahlstatistik 2014 5,00 €

Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

- Erzeugung in Aquakulturbetrieben in Bayern 2013 (Regierungsbezirke)

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Juni 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im Juni 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in den Regierungsbezirken und Regionen Bayerns 2013 (Regierungsbezirke)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Juni 2014
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juni 2014

Baugewerbe insgesamt

- Baugewerbe in Bayern im Juni 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Juni 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 8,40 €

Wohnungswesen

- Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Bayern Stand 31. Dezember 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juni 2014
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Mai 2014
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Mai 2014
- Tourismus in Bayern im Juni 2014 (Gemeinden) 17,60 €
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juni 2014

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Mai 2014 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Mai 2014 (Häfen)

Sozialhilfe

- Sozialhilfe in Bayern Teil I: Ausgaben und Einnahmen 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 7,90 €

Steuern

- Erben und Schenken in Bayern 2013

Preis- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern sowie Jahreswerte von 2011 bis 2013 im Juli 2014
- Verbraucherpreisindex für Bayern/Monatliche Indexwerte von Januar 2010 bis Juli 2014 6,10 €
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Juli 2014 (Bund) 4,40 €
- Kaufwerte für Bauland in Bayern 1. Vierteljahr 2014 3,30 €
- Kaufwerte für Bauland in Bayern (Kreisergebnisse) 2013 (Kreisfreie Städte und Landkreise) 4,00 €

Arbeitskosten

- Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern (Statistischer Bericht) 2012

Gesamtrechnungen

- Verfügbares Einkommen und Primäreinkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen, Regierungsbezirken sowie Regionen Bayerns – 2000 – 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

Verzeichnisse

- Verzeichnis der Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern Stand: 1. Oktober 2013 (Standorte) 38,80 €
- Verzeichnis der Förderzentren und Schulen für Kranke in Bayern Stand: 1. Oktober 2013 (Standorte) 15,80 €
- Verzeichnis der Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung in Bayern Stand: 20. Oktober 2013 (Standort) 4,20 €

Alle Statistischen Berichte und einige ausgewählte Querschnittsveröffentlichungen sowie fast alle Gemeinschaftsveröffentlichungen sind **als Datei zum kostenlosen Download verfügbar** unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen bzw. www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp Ein **kostenpflichtiger Druck** dieser Veröffentlichungen ist auf Anfrage **möglich**.

Werden **Veröffentlichungen auch als Druckwerk oder als kostenpflichtige Datei** angeboten, so ist jeweils der **Einzelpreis** (ohne Versandkosten) angegeben.

Bei jeder Veröffentlichung ist i.d.R. in Klammern die **kleinste regionale oder kleinste sonstige Einheit** angegeben, bis zu der die Daten ausgewiesen werden.

Das **Veröffentlichungsverzeichnis 2014** ist als Datei verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen und kann auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Im Internet unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen oder direkt über vertrieb@statistik.bayern.de (siehe auch zweite Umschlagseite).



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2013

Das neue Jahrbuch
erscheint im Januar 2015.

Inhalt

- Zeitreihen • Zeitreihen zu wichtigen statistischen Bereichen für die Jahre 1970, 1980, 1990, 2000, 2010 und 2012
 - Bevölkerung und Kultur • Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
 - Wirtschaft und Finanzen • Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
 - Soziale Verhältnisse • Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
 - Gesamte Volkswirtschaft • Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
 - Regionaldaten • Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreien Städte und Landkreise sowie Regionen
 - Bund und Länder • Wichtige Strukturdaten für Deutschland und alle Bundesländer
 - Bayern in Europa • Strukturdaten für EU-Mitgliedsstaaten
 - Sachverzeichnis • Merkmalsbezogen tief gegliedert
- 630 Seiten
 - Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
 - Graphische Darstellungen
 - Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen
 - Geographische und meteorologische Angaben

Preise

Buch	39,- €
CD-ROM (PDF)	12,- €
Buch + CD-ROM	46,- €

Bestellungen

Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München



Das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen
bestellbar im Internet unter

www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen